



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
17. Wahlperiode

Drucksache **17/518**
2010-05-04

Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2009

Federführend ist das Innenministerium

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 29. August 2010 wird der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz 60 Jahre alt. Das Jubiläum gibt Anlass zur Rückschau. Sie finden daher in diesen Jahresbericht einen Abriss der Geschichte des Verfassungsschutzes in Schleswig-Holstein.

Der runde Geburtstag gibt auch Anlass, in die Zukunft zu blicken. Hierbei ist durchaus etwas Optimismus angebracht. Zwar kann auch der Jahresbericht 2009 keine Entwarnung geben. Optimistisch stimmt aber das neue Landesverfassungsschutzgesetz. Es verspricht in Zeiten der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus einen Sicherheitsgewinn, ohne dass dieser zu Lasten der Grundrechte geht. Vielmehr werden die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger durch mehr Transparenz gestärkt. Gestärkt wird zudem die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes. Das neue Landesverfassungsschutzgesetz wird Ihnen im Bericht erläutert.

Doch zunächst einmal will ich die Verfassungsschutzbehörde vorstellen: ihre Aufgaben, ihre Organisation und ihre Befugnisse sowie die Kontrolle des Verfassungsschutzes durch das Parlament. Dazu sei angemerkt, dass der Verfassungsschutz zwar in der Lage ist, Gefahren für die Freiheit und Sicherheit aufzuklären. Zu schützen sind Freiheit und Sicherheit aber nur dann, wenn Sie, die Bürgerinnen und Bürger, Ihrem demokratischen Rechtsstaat nicht gleichgültig gegenüberstehen und Extremisten jedweder Couleur eine klare Absage erteilen.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse am Verfassungsschutzbericht.

Klaus Schlie

Inhalt

I. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	6
1 Aufgaben.....	6
1.1 Organisation	7
1.2 Befugnisse	8
1.3 Kontrolle	9
2 Rückblick: 60 Jahre Verfassungsschutz.....	10
3 Das neue Landesverfassungsschutzgesetz	13
II. RECHTSEXTREMISMUS.....	16
1 Überblick.....	16
2 Schwerpunkte	18
2.1 Strukturelle Veränderungen im aktionistischen Rechtsextremismus	18
2.2 Parlamentarische Höhenflüge der NPD scheinen gestoppt.....	21
2.2.1 Bundestagswahl	22
2.2.2 Landtagswahl in Schleswig-Holstein	24
2.2.3 Die NPD in den kommunalen Parlamenten	27
2.3 Rechtsextremistische Internet-Seiten - Propaganda, Schulung, Steuerung - und manchmal auch heiße Luft.....	28
3 Organisationen und Personenzusammenschlüsse.....	33
3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	33
3.1.1 Bund	33
3.1.2 Land.....	38
3.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU).....	40
3.3 Neonazistische Personenzusammenschlüsse in Schleswig-Holstein.....	43
3.4 Rechtsextremistische Subkultur-Gruppen und deren Musik.....	45
3.5 Aktionen und regionale Schwerpunkte in Schleswig-Holstein	48
3.5.1 Südwestliches Schleswig-Holstein.....	48
3.5.2 Raum Pinneberg	51
3.5.3 Region Neumünster/Bad Segeberg	52
3.5.4 Region Lübeck/Ostholstein.....	53
3.5.5 Südöstliches Schleswig-Holstein	55
3.5.6 Nördliches Schleswig-Holstein.....	56
3.5.7 Kiel und Umgebung.....	56
4 Schrifttum, Verlagswesen und Vertriebsdienste	58
4.1 „Arndt-Verlag“ und zugehörige Verlage	59
4.2 Sonstige rechtsextremistische Verlage	60
4.3 Skinhead-Vertriebsdienste.....	60
5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2007 bis 2009	61

III. LINKSEXTREMISMUS	62
1 Überblick.....	62
2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums	63
2.1 Undogmatischer Linksextremismus.....	63
2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte.....	63
2.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt.....	64
2.1.3 Entwicklungen der undogmatischen Szene.....	69
2.2 Dogmatischer Linksextremismus.....	70
2.2.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	71
2.2.2 Weitere Gruppierungen	72
2.3 „Rote Hilfe e. V.“	72
3 Aktionsfelder	73
3.1 „Anti-Faschismus“	74
3.2 „Anti-Repression“	77
3.3 „Anti-Globalisierung“	80
3.4 „Anti-Militarismus“	84
3.5 „Anti-Rassismus“	88
3.6 „Sozialabbau“	89
4 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2007 bis 2009	90
IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN MIT AUSLANDSBEZUG	91
1 Überblick.....	91
2 Islamismus.....	95
2.1 Islamistische Ideologie	95
2.1.1 Islamismus: Ein religiös motivierter politischer Extremismus.....	95
2.1.2 Was wollen Islamisten? Ziele und Charakteristika	95
2.1.3 Problematische Dynamik: Der Salafismus.....	101
2.1.4 Jihadismus - eine eigenständige Ideologie.....	105
2.2 Islamistischer Terrorismus	109
2.2.1 Internationale Entwicklungen im Jahr 2009	109
2.2.2 Islamistischer Terrorismus in Deutschland.....	112
2.2.3 Islamistischer Terrorismus in Schleswig-Holstein.....	119
2.2.4 Terrorprozesse gegen Personen aus Schleswig-Holstein	120
2.3 „Hizb Allah“ [„Partei Gottes“].....	120
2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG)	123
2.5 „Tablighi Jama’at“ [„Gemeinschaft der Verkündung und Mission“]	125
2.6 „Türkische Hizbullah“	127
2.7 „Islamismus 2.0“ - Nutzung des Internets	129
3 Nicht islamistisch motivierter Extremismus mit Auslandsbezug: „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), ehemals „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)	133
3.1 Die PKK in Deutschland	133
3.2 Veranstaltungen.....	134
3.3 Einflussnahme über die Partei „DIE LINKE.“	135
3.4 Enttäuschte Hoffnungen in der Türkei.....	136
3.5 Exekutivmaßnahmen - PKK benennt Deutschland und Frankreich als Feindbild	138
3.6 Finanzierung	139
3.7 Ausblick	139
4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerschaften der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2007 bis 2009	141

Vorbemerkungen

Der vorliegende Bericht erwähnt nicht alle Beobachtungsobjekte der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde und auch nicht alle Ereignisse des Jahres 2009, sondern nur die bedeutenderen Organisationen und Gruppierungen sowie Geschehnisse.

Hinweise auf Vorkommnisse außerhalb des Landes Schleswig-Holstein wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind.

Die in den Abschnitten II bis IV aufgenommenen Zitate entsprechen in ihrer Schreibweise jeweils dem Original.

I. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Aufgaben

Der Verfassungsschutz schützt die Werte, welche unseren demokratischen Rechtsstaat ausmachen: die freiheitliche demokratische Grundordnung. Geschützt werden die Menschenrechte und die Demokratie sowie wichtige Verfassungsgrundsätze, die das Wesen der Demokratie ausmachen. Es handelt sich hierbei um Werte, die die Freiheit garantieren und den Einzelnen vor Diktatur und Bevormundung bewahren.

Freiheit ist aber nur in Sicherheit möglich. So muss der Verfassungsschutz auch den Bestand und die Sicherheit des Staates schützen, eben derjenigen Institution, welche als einzige die Freiheit effektiv zu garantieren vermag. Andernfalls steht zu befürchten, dass der Staat zur Beute von Extremisten wird, so wie in der unseligen Zeit des Nationalsozialismus.

Im Unterschied zur Weimarer Republik hält die Bundesrepublik jedoch nicht still, wenn Extremisten sich daran machen, die Freiheit abzuschaffen. Die Bundesrepublik verteidigt ihre freiheitliche demokratische Grundordnung. In dieser streitbaren Demokratie kommt dem Verfassungsschutz die Funktion eines Frühwarnsystems zu: Der Verfassungsschutz klärt Gefahren für die Freiheit und Sicherheit auf und informiert die Regierung sowie die Bevölkerung darüber - so auch mit diesem Bericht.

Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus genügt es aber nicht mehr, Freiheit und Sicherheit nur in Deutschland zu schützen. Wird z. B. in Deutschland Geld für Terroranschläge im Ausland gesammelt, muss der Verfassungsschutz dem im Interesse der auswärtigen Belange der Bundesrepublik nachgehen. Gleiches gilt für die Machenschaften so genannter Hassprediger, wenn diese z. B. von Deutschland aus das Existenzrecht Israels verneinen. Denn solche geistigen Brandstifter sind es, die dem Terrorismus das Feld bereiten und damit auch die Sicherheit in Deutschland gefährden.

Neben diesen Gefahren von Extremisten aller Couleur hat es der Verfassungsschutz nach wie vor mit Spionage zu tun. Dabei hat sich das Interesse fremder Staaten seit dem Ende des „Kalten Krieges“ auf die Wirtschaft verlagert. Hier konzentrieren sich

die Abwehrbemühungen des Verfassungsschutzes auf den illegalen Technologietransfer (Proliferation).

Weiterhin wirkt der Verfassungsschutz beim Geheim- und Sabotageschutz mit. Der Geheimschutz soll sicherstellen, dass Geheimnisse auch geheim bleiben. Zu denken ist hier an geheime Regierungsdokumente und polizeiliche Fahndungskonzepte, aber auch an Pläne zu Waffensystemen. Solche Geheimnisse sollen nur verantwortungsbewussten Personen anvertraut werden. Der Verfassungsschutz hilft bei deren Auswahl. Zudem berät der Verfassungsschutz Behörden zu baulichen und technischen Sicherheitsvorkehrungen. Ferner wirkt er in der Atom-, Luft- und Hafensicherheit mit.

1.1 Organisation

Der Verfassungsschutz ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Insgesamt gibt es 17 Verfassungsschutzbehörden: 16 Landesverfassungsschutzbehörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz als deren Koordinierungsstelle. Die Landesverfassungsschutzbehörden sind entweder als eigenständige Landesämter organisiert oder Teil des jeweiligen Innenministeriums, so auch in Schleswig-Holstein.

Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums hat derzeit rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Fachrichtungen. Die Abteilung ist in vier Referate gegliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz
- Nachrichtenbeschaffung
- Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit
- Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz

Für Sachmittel und Investitionen standen im Jahr 2009 insgesamt 874.000 Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung.

1.2 Befugnisse

Die Befugnisse des Verfassungsschutzes sind darauf beschränkt, Informationen zu sammeln und auszuwerten. Mehr darf der Verfassungsschutz nicht: Er darf keine Personen festhalten oder verhaften. Er darf nicht Vereine verbieten oder Ausländer ausweisen. Derartige Befugnisse stehen dem Verfassungsschutz nicht zu.

Auch benötigt der Verfassungsschutz keine polizeilichen Befugnisse zur Erfüllung seiner Aufgabe: Wie oben dargelegt, besteht diese allein darin, Gefahren für die Freiheit und Sicherheit aufzuklären. Die Beseitigung der aufgeklärten Gefahren ist nicht seine Aufgabe. Der Verfassungsschutz kann aber seine Informationen an Behörden weitergeben, denen die Beseitigung der Gefahren oder die Verfolgung damit einhergehender Straftaten obliegt, z. B. an die Polizei bzw. an die Staatsanwaltschaft sowie an die Vereins- oder Ausländerbehörden. Diese Behörden entscheiden dann selbst, ob und gegebenenfalls wie sie aufgrund der Informationen des Verfassungsschutzes tätig werden.

Der Verfassungsschutz soll die Freiheit und die Sicherheit schützen. Es handelt sich hierbei um kostbare Rechtsgüter. Zu deren Schutz ist der Verfassungsschutz berechtigt, bereits auf den Verdacht einer Gefahr hin tätig zu werden und Informationen zu sammeln. Der Verdacht muss aber Hand und Fuß haben. Ermittlungen auf Vorrat oder ins Blaue hinein sind dem Verfassungsschutz nicht gestattet.

Gefahren für die Freiheit und Sicherheit sind politische Gefahren. Zu deren Aufklärung richtet der Verfassungsschutz sein Augenmerk auf politisch wirksame Personenzusammenschlüsse, z. B. auf extremistische Gruppen, Vereine und Parteien. Nicht Einzelpersonen, sondern solche Bestrebungen sind es, die den Verfassungsschutz interessieren. Einzelpersonen sind für den Verfassungsschutz nur dann von Interesse, wenn sie Teil einer Bestrebung sind, sei es als Mitglied, insbesondere dann, wenn sie in der Bestrebung als Funktionäre tätig sind, sei es als Unterstützer z. B. terroristischer Vereinigungen.

Zu diesen Bestrebungen sammelt der Verfassungsschutz Informationen. Er greift dazu überwiegend, das heißt zu etwa 60 %, auf öffentlich zugängliche Quellen zu-

rück, so z. B. auf die Publikationen von Extremisten. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Internet zu. Dort tummeln sich die Extremisten auf zahlreichen Seiten. Dem geht der Verfassungsschutz nach.

Ferner wertet der Verfassungsschutz Polizeiberichte und Gerichtsurteile aus. Zu verdächtigen Personen werden Daten aus behördlichen Registern, z. B. aus dem Melderegister, Personalausweisregister, Ausländerzentralregister oder Fahrzeugregister abgefragt. Diese Behördenauskünfte machen einen Anteil von etwa 20 % der vom Verfassungsschutz gesammelten Informationen aus.

Erhärtet sich der Verdacht gegen eine Bestrebung, kann der Verfassungsschutz Informationen auch heimlich mit Hilfe so genannter nachrichtendienstlicher Mittel beschaffen. Zu denken ist hier an eine Observation oder an den Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute). Bei schwerwiegenden Gefahren für die Freiheit und Sicherheit kann der Verfassungsschutz zudem den Post- und Telekommunikationsverkehr von Verdächtigen überwachen.

Greift der Verfassungsschutz bei der Beobachtung Verdächtiger in Grundrechte ein, muss er stets die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs prüfen. Dabei geht es um die Frage, inwieweit der Schutz der Freiheit und Sicherheit der Allgemeinheit eine Beschränkung der Freiheit der Betroffenen rechtfertigt. Der Verfassungsschutz macht sich diese Abwägung nicht leicht. Bei schwerwiegenden Eingriffen, wie z. B. der Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs, behält sich der Innenminister persönlich die Entscheidung vor.

Unter welchen Voraussetzungen welche nachrichtendienstlichen Mittel gegen wen angeordnet werden können, kann im Landesverfassungsschutzgesetz und im Artikel-10-Gesetz nachgelesen werden. An dieser Stelle wird auf die Darstellung der jüngsten Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes unter Nr. 13 verwiesen.

1.3 Kontrolle

Der Verfassungsschutz ist an Recht und Gesetz gebunden, so wie jede andere Behörde auch. Doch mehr noch als jede andere Behörde wird der Verfassungsschutz

kontrolliert, nämlich durch die Rechtsprechung, durch das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz und durch das Parlament. Besondere Bedeutung kommt dabei der parlamentarischen Kontrolle zu. Sie ist erforderlich, da die Gerichte zumindest die geheime Tätigkeit des Verfassungsschutzes nur eingeschränkt überprüfen können.

Die parlamentarische Kontrolle erfolgt durch zwei vom Landtag eingesetzte Ausschüsse: dem Parlamentarischen Kontrollgremium und der G-10-Kommission. Das Parlamentarische Kontrollgremium kontrolliert den Verfassungsschutz insgesamt. Dazu berichtet der Innenminister dem Gremium zu den wesentlichen Vorgängen. Will der Verfassungsschutz den Post- und Telekommunikationsverkehr eines Verdächtigen überwachen, muss der Innenminister dafür zuvor die Genehmigung der G-10-Kommission einholen. Auf diese Weise wird die Tätigkeit des Verfassungsschutzes nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch im Einzelfall vom Parlament überprüft.

Mit der jüngsten Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes ist die parlamentarische Kontrolle gestärkt worden. Es wird insoweit auf Nr. 13 verwiesen.

2 Rückblick: 60 Jahre Verfassungsschutz

Der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz wird am 29. August 1950 gegründet, zunächst als eigenständiges Landesamt. Die Gründung fällt in die noch schwierige späte Nachkriegszeit. Schleswig-Holstein hat mit der Integration der zahlreichen Flüchtlinge und Vertriebenen zu kämpfen. Auf vier Einheimische kommen drei Hinzugezogene. Wohnungsnot erschwert den Alltag.

Mit der Einrichtung des Verfassungsschutzes zieht die gerade gegründete Bundesrepublik die Lehre aus Weimar, dass eine Demokratie nicht nur tolerant, sondern auch wehrhaft sein muss.

Anfang der 1950er-Jahre sieht sich die Bundesrepublik im Wesentlichen zwei Bedrohungen gegenüber: Zum einen besteht in einigen Bevölkerungsteilen eine latent nationalsozialistische Gesinnung fort. Die Entnazifizierung ist in Schleswig-Holstein

nach Auffassung vieler nur halbherzig durchgeführt worden. Selbst der ehemalige Gauleiter Hinrich Lohse geht als „Minderbelasteter“ durch. Zum anderen sind die Kommunisten erstarkt. Die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) ist in die Landtage eingezogen, wenngleich nicht in Schleswig-Holstein. Von „Roter Gefahr“ ist die Rede. Der „Kalte Krieg“ hat begonnen und das geteilte Deutschland ist „Frontstaat“.

In dieser bedrohlichen Zeit zeigt sich die noch junge Demokratie wehrhaft. Das Bundesverfassungsgericht verbietet sowohl die „Sozialistische Reichspartei“ - ein Sammelbecken für „Alt-Nazis“ - als auch die KPD. In den beiden Urteilen stellt das Gericht klar, welche Verfassungsgrundsätze gegen Extremisten zu verteidigen sind. Es definiert die freiheitliche demokratische Grundordnung. Diese Definition ist nach wie vor gültig und liegt auch noch heute der Arbeit des Verfassungsschutzes zugrunde.

Die 1950er- und 1960er-Jahre sind die Zeit des Wirtschaftswunders. Bald besteht Arbeitskräftemangel. Schon 1955 werden erstmals von offizieller Seite „Gastarbeiter“ angeworben. Die Anwerbung wird nach dem Mauerbau 1961 und dem Ausbleiben von DDR-Flüchtlingen noch verstärkt. Trotz des zunehmenden Wohlstandes zeigen sich vor allem die Studenten unzufrieden. Sie kritisieren die autoritären Strukturen. Die gerade gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) zieht bereits in die Landtage ein. Auf die Studentenschaft gewinnen Linksextremisten Einfluss. Die Proteste eskalieren. Am 2. Juni 1967 erschießt ein Polizist in Berlin den Studenten Benno Ohnesorg. Als Reaktion darauf entstehen militante Gruppen, so um Andreas Baader und Gudrun Ensslin. Man schreibt das Jahr 1968. Die Gesellschaft ist im Umbruch. Ein Slogan dieser Zeit ist: „Mehr Demokratie wagen“. Die Linksterroristen vermag dieses Versprechen nicht zu versöhnen. Sie fordern die Bundesrepublik durch zunehmend schwerere Anschläge heraus. Hinzu kommen ausländerextremistische Gruppen, welche die Konflikte ihrer Heimatländer in Deutschland austragen.

Der Staat reagiert auf die sicherheitspolitische Herausforderung mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze. 1968 erhält der Verfassungsschutz die Befugnis, den Post- und Fernmeldeverkehr von Terrorverdächtigen zu überwachen. Auch das schleswig-holsteinische Verfassungsschutzgesetz wird geändert. 1973 wird der Be-

obachtungsauftrag des Verfassungsschutzes auf den Ausländerextremismus erweitert. Im Übrigen wird klargestellt, dass der Verfassungsschutz für die Spionageabwehr zuständig ist. Denn noch herrscht „Kalter Krieg“. Trotz offizieller Entspannungspolitik entsendet die DDR ihre Agenten, die sie als „Kundschafter des Friedens“ bezeichnet, auch nach Schleswig-Holstein.

Die 1970er- und 1980er-Jahre stehen im Zeichen des Terrorismus. Höhepunkte sind die Ermordung von Mitgliedern der israelischen Mannschaft während der Olympischen Sommerspiele 1972 in München und der „Deutsche Herbst“ 1977 mit der Entführung der Lufthansamaschine „Landshut“.

Bei der Aufklärung des Linksextremismus gerät der Verfassungsschutz in die öffentliche Kritik. Grund dafür ist zum einen der so genannte Radikalenerlass. Danach werden öffentlich Bedienstete daraufhin überprüft, ob Zweifel bestehen, dass sie für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten. Es kommt zur Ablehnung von Bewerbungen und zu Entlassungen. Gegner des Radikalenerlasses sprechen von Berufsverboten.

Die zunehmende Kritik am Verfassungsschutz geht einher mit einem stärkeren Bewusstsein für den Datenschutz. Bürgerinitiativen rufen zum Boykott der Volkszählung 1983 auf. Das Bundesverfassungsgericht entwickelt im so genannten Volkszählungsurteil das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Aus den politischen Turbulenzen der Jahre 1987/88 in Schleswig-Holstein geht Björn Engholm als Ministerpräsident hervor. Er beruft den Bundesbeauftragten für den Datenschutz Professor Dr. Hans Peter Bull zum Innenminister. Unter Bull wird das Landesverfassungsschutzgesetz von Grund auf nach den Maßgaben des Volkszählungsurteils novelliert. Bis heute haben diese Grundsätze Bestand; sie prägen auch weiterhin das neue Landesverfassungsschutzgesetz.

Mit der Wiedervereinigung entfällt der Gegner im Osten. Die Bedeutung der Spionageabwehr geht zurück, ebenso die Bedrohung durch Linksextremisten. Das Augenmerk des Verfassungsschutzes richtet sich nun vornehmlich auf den Rechtsextremismus. Eine Subkultur wird zum Problem: die Skinheads. Anschläge auf Ausländer

nehmen zu, so z. B. der Mordanschlag in Mölln vom 23. November 1992. Rechtsextreme Parteien ziehen in die Landtage ein, in Schleswig-Holstein die „Deutsche Volksunion“. Auch ist ein Erstarren der NPD zu beobachten.

Die Hoffnung auf eine friedlichere Welt nach dem Ende des „Kalten Krieges“ wird mit den Anschlägen vom 11. September 2001 zunichte gemacht. Es folgen Anschläge in London und Madrid. Islamistische Terroristen planen auch in Deutschland Anschläge. Diese können aber von den Sicherheitsbehörden vereitelt werden.

Der Bundesgesetzgeber reagiert umgehend. Schon zum 1. Januar 2002 tritt das Terrorismusbekämpfungsgesetz als Teil eines Anti-Terror-Pakets in Kraft. Es verleiht dem Bundesamt für Verfassungsschutz Befugnisse zur Aufklärung terroristischer Netzwerke. Schleswig-Holstein verzichtet zunächst auf eine landesrechtliche Umsetzung. Erst als sich die neuen Befugnisse bewähren, werden sie in Schleswig-Holstein übernommen, allerdings mit Augenmaß. Es soll an der liberalen Tradition des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzgesetzes festgehalten werden (siehe dazu unter Nr. I 3).

3 Das neue Landesverfassungsschutzgesetz

Am 27. Februar 2009 hat der Landtag das Landesverfassungsschutzgesetz novelliert. Der Gesetzgeber reagierte damit auf die Gefahren, welche vom internationalen Terrorismus ausgehen. Wie die Fälle der so genannten Kofferbomber und eines inzwischen verurteilten Terrorismuslogistikers gezeigt haben, ist die neue Bedrohung auch in Schleswig-Holstein gegenwärtig. Die Novelle soll es dem Verfassungsschutz ermöglichen, diese Gefahren - effizienter als bisher - bereits im Vorfeld aufzuklären.

Bei der Vorfeldaufklärung des internationalen Terrorismus war der Verfassungsschutz bislang auf die Beobachtung von Bestrebungen beschränkt, die sich gegen die Bundesrepublik bzw. gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten oder die im Ausland Gewalttaten vorbereiteten. Geistige Brandstifter, welche ihre politischen Gegner im Ausland bekämpften, ohne dabei konkrete Gewalttaten vorzubereiten, blieben unbeobachtet. Der Verfassungsschutz musste von Rechtswegen wegschauen, wenn von Deutschland aus z. B. das Existenzrecht Israels verneint worden ist. Hier schafft die Novelle mit der Einführung des Schutzgutes des Gedan-

kens der Völkerverständigung Abhilfe. Dieses hat sich bereits im Vereinsrecht bewährt.

Ferner sieht die Novelle neue Befugnisse für den Verfassungsschutz vor. Jene sind auf die Vorgehensweise von Terroristen und ihres Unterstützerkreises abgestimmt: Zur Durchführung terroristischer Anschläge müssen Ressourcen bereitgestellt werden. So müssen z. B. Fahrzeuge, Wohnungen und Sprengmittel beschafft sowie das todbringende Know-how vermittelt werden. Dazu bedarf es einer Logistik des Terrors. Sie wird durch ein internationales Netzwerk vermittelt. Dieses Netzwerk wird durch Kommunikation zusammengehalten. Dem Internet kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu, aber auch Reisen, so z. B. zur Ausbildung in Terror-Camps. Ferner wird in dem Netzwerk Geld bewegt, um die Anschläge zu finanzieren. Die Novelle versetzt den Verfassungsschutz in die Lage, terroristische Netzwerke anhand ihrer Telekommunikation, ihrer Reisetätigkeit und ihrer Geldströme aufzuspüren. Dazu werden Privatunternehmen, wie Telefongesellschaften, Internet-Anbieter, Fluggesellschaften und Banken verpflichtet, die Kundendaten zu Terrorverdächtigen herauszugeben.

Bei seinen Ermittlungen muss der Verfassungsschutz mit der technischen Entwicklung Schritt halten. So werden z. B. Telefonate häufig nicht mehr über Festanschlüsse geführt, sondern über Mobiltelefone. Um ein Mobiltelefon abhören zu können, muss die Karten- oder Gerätenummer bekannt sein. Dies wird erschwert, wenn Karten und Geräte konspirativ getauscht werden. Die Novelle sieht daher die Befugnis vor, Mobiltelefone auf technischem Wege ausfindig zu machen, wobei auch der Standort des Telefons ermittelt werden kann.

Die Erweiterung des Beobachtungsauftrages und die neuen Befugnisse gehen auf die Terrorismusbekämpfungsgesetze des Bundes zurück, welche infolge der Anschläge des 11. September 2001 verabschiedet worden sind. Deren landesrechtliche Umsetzung erfolgte mit Augenmaß. Denn die neuen Befugnisse sind geeignet, erheblich in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger einzugreifen, so z. B. beim Orten von Mobiltelefonen. Ein derart schwerwiegender Eingriff ist nur dann gerechtfertigt, wenn dies eine ebenso schwerwiegende Gefahr erfordert. Ferner ist der Schutz der Berufsgeheimnisträger zu wahren, so z. B. bei Rechtsanwälten, Ärzten

und Geistlichen. Last but not least ist die Intimsphäre tabu. Hier geht Menschenwürde vor Sicherheit.

Die Novelle bringt nicht nur ein Mehr an Sicherheit, sondern auch ein Mehr an Transparenz. In Abhängigkeit von der Intensität des jeweiligen Grundrechtseingriffs hat der Gesetzgeber detailliert festgelegt, unter welchen Voraussetzungen der Verfassungsschutz in welcher Weise gegen wen ermitteln darf. Auf diese Weise sind nicht nur die neuen Befugnisse geregelt worden, sondern auch die bestehenden nachrichtendienstlichen Mittel. Zwar birgt diese Transparenz das Risiko, dass Extremisten und ausländische Nachrichtendienste die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes ausforschen. Dieses Risiko ist der Gesetzgeber aber eingegangen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Verfassungsschutz zu stärken.

Die Novelle stärkt überdies die parlamentarische Kontrolle. Dabei gilt der Grundsatz: je stärker der Verfassungsschutz in die Grundrechte eingreift, desto intensiver muss die parlamentarische Kontrolle sein. Diesem Grundsatz folgend sind die verfassungsschutzbehördlichen Berichtspflichten zu den neuen Befugnissen präzisiert worden. Weiterhin werden zwei der parlamentarischen Ausschüsse zur Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde in einem Gremium zusammengefasst. Auf diese Weise wird Sachverstand gebündelt und dem Parlament ein besserer Überblick über die verfassungsschutzbehördliche Tätigkeit ermöglicht. Die G-10-Kommission bleibt von der Bündelung unberührt.

II. Rechtsextremismus

1 Überblick

Die Zahl der in Schleswig-Holstein vom Verfassungsschutz gezählten Rechtsextremisten liegt derzeit bei 1.455. Das bedeutet gegenüber 2008 einen geringfügigen Anstieg um 35. Ursächlich hierfür sind Zuwächse im aktionistisch geprägten Neonazismus. Einen leichten Rückgang der Mitgliederzahlen von 240 auf 230 musste dagegen die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) hinnehmen. Gründe waren vor allem interne Querelen und Richtungskämpfe in der Partei auf Bundesebene. Um dennoch ihren Führungsanspruch im deutschen Rechtsextremismus zu manifestieren, kündigte die NPD am 27. Juni den „Deutschlandpakt“ mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU). Zweck des „Deutschlandpaktes“ war es, Konkurrenz-Kandidaturen von NPD und DVU bei Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene zu vermeiden. Hiervon profitierte fast ausschließlich die NPD. Beobachter gingen ohnehin von Beginn an davon aus, dass die DVU als offenkundig schwächerer Bündnispartner mittelfristig an Bedeutung verlieren würde. Damit endete ein Bündnis, das ab dem Jahr 2004 die Grundlage für das Erreichen parlamentarischer Präsenz der NPD in zwei Ländern gebildet hatte und so der Partei logistische und finanzielle Möglichkeiten für weiteres Wachstum lieferte. Auswirkungen auf Schleswig-Holstein hatte das Ende dieser Partnerschaft aufgrund der verhältnismäßig geringen Bedeutung der DVU im Lande bislang nicht.

Obwohl die NPD die größte rechtsextremistische Partei bleibt und weiterhin von herausragender Bedeutung für den derzeitigen Rechtsextremismus in Deutschland ist, erlitt auch sie im Laufe des Jahres Rückschläge. Unterschlagungen ihres ehemaligen Schatzmeisters hatten zu Jahresbeginn innerparteiliche Turbulenzen ausgelöst. Durch die Wiederwahl des bisherigen Parteivorsitzenden Udo Voigt auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 4./5. April konnten diese nur oberflächlich beruhigt werden. Gleichzeitig wurde die neonazistische Beeinflussung der Partei durch die weiteren Ergebnisse der Vorstandswahl verstärkt.

In Schleswig-Holstein ist die Partei seit Jahren ohnehin derart eng mit den neonazistischen „Freien Nationalisten“ verflochten, dass eine getrennte Beschreibung dieser früher unterschiedlichen Strömungen des Rechtsextremismus der tatsächlichen Situation kaum gerecht wird. Dominierend sind dabei die neonazistischen Kräfte. Sie

sehen aufgrund der verfassungsmäßig garantierten Möglichkeiten der Partei in der NPD lediglich eine Art „Transportmittel“ zur Umsetzung ihrer an den historischen Nationalsozialismus angelehnten Weltanschauung. In einer nach der Europawahl im Juni über das Internet verbreiteten Stellungnahme bezeichnete Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern), Neonazi-Führer und NPD-Bundesvorstandsmitglied, die Partei folgerichtig als „parlamentarischen Arm in der Gesamtbewegung“. Daran wird die verfolgte „Arbeitsteilung“ erkennbar: Der einst von Udo Voigt postulierte „Kampf um die Straße“ ist zur Sache der Neonazis in der Partei geworden.

Die ebenfalls von Voigt stammende Vorgabe des „Kampfes um die Parlamente“ ist im Berichtsjahr ins Stocken geraten. Die Wahlerfolge blieben aus. Schon das Ergebnis der Europawahl hatte gezeigt, dass rechtsextremistische Parteien zumindest in den westlichen Bundesländern nach wie vor weit davon entfernt sind, von der Bevölkerung als politische Alternative verstanden zu werden. Symptomatisch für die derzeitige Entwicklung des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein aber war die Beteiligung der NPD an der Bundestagswahl und an der schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 27. September. Kaum feststellbare Wahlkampf-Aktivitäten waren ein unübersehbares Zeichen für die Probleme des Landesverbandes. Insofern ist die Halbierung des Stimmenanteils gegenüber der Landtagswahl 2005 nicht verwunderlich.

Der seit Jahren anhaltende Strukturwandel im Rechtsextremismus zugunsten der aktionistisch ausgerichteten Kräfte setzte sich auch 2009 fort. Der organisierte Neonazismus profitierte davon allerdings nur teilweise. Ein merklicher Zuwachs des Personenpotenzials wurde bei „rechts-autonom“ strukturierten Rechtsextremisten registriert. Diese sich nicht nur in Schleswig-Holstein verstärkende Strömung des aktionistischen Rechtsextremismus ist weniger fest in bestehende, durch seit Jahren von älteren norddeutschen „Freien Nationalisten“ gesteuerte Netzwerke eingebunden und inhaltlich zumeist viel weiter von der NPD entfernt als die Hauptakteure der „Freien Nationalisten“. Deren Protagonisten haben sich, wie der viele Jahre den Neonazismus in Norddeutschland dominierende Thomas Wulff, inzwischen in der auf junge Rechtsextremisten „altbacken“ wirkenden NPD „eingerichtet“. Durch diese Entwicklung ist der aktionistische Rechtsextremismus weniger berechenbar geworden. Die Aktivitäten der „rechts-autonom“ geprägten Rechtsextremisten sind offen-

kundig weniger ideologisch unterlegt, dafür aber häufig durch die pure Lust auf Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner und dem Staat ausgerichtet. Die Risiken von gewalttätigen Auseinandersetzungen, vor allem mit ebenfalls gewaltbereiten Linksextremisten, aber auch der Polizei, haben sich vergrößert. Bei Demonstrationen treten „Freie Nationalisten“ und „Rechts-Autonome“ gemeinsam auf. Beispielhaft hierfür ist die im März in Lübeck durchgeführte Demonstration „Bomben für den Frieden? - Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ mit geschichtsrevisionistischem Hintergrund und - mit rassistischem Hintergrund - eine Demonstration unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft! Unser Signal gegen Überfremdung!“ am 6. Juni in Pinneberg.

Die polizeiliche Straftatenstatistik weist für das Jahr 2009 einen leichten Anstieg rechtsextremistischer Straftaten in Schleswig-Holstein aus. Ihre Gesamtzahl erhöhte sich von 756 im Jahr 2008 auf 768 Fälle im Jahr 2009. Dies entspricht einem Anstieg von 1,6 %.

Die Zahl der registrierten Gewalttaten (überwiegend Körperverletzungen) belief sich im Jahr 2009 auf insgesamt 60. Im Vergleich zu 2008 mit 46 Delikten in diesem Bereich bedeutet dies einen Anstieg um rund 30 %. Die sonstigen politisch motivierten Straftaten - größtenteils Propagandadelikte - beliefen sich im Jahr 2009 auf 708 Fälle. 2008 wurden nahezu gleich viele Delikte, insgesamt 710, verzeichnet.

Trotz stagnierender Gesamtzahl im Bereich der rechtsextremistisch motivierten Straftaten ist der deutliche Anstieg des Gewalttatenanteils ein wichtiger Aspekt bei der Bewertung der rechtsextremistischen Bedrohungslage. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass 42 % der rechtsextremistischen Gewalttaten Übergriffe waren, die sich gezielt gegen den politischen Gegner (von „Links“) richteten.

2 Schwerpunkte

2.1 Strukturelle Veränderungen im aktionistischen Rechtsextremismus

Die seit Mitte der 1990er-Jahre bestehenden Strukturen der schleswig-holsteinischen Neonazi-Szene sind in Bewegung geraten. Bestimmend für den Neonazismus waren

die damals nach den Verboten zahlreicher neonazistischer Vereine ins Leben gerufenen „Freien Nationalisten“ und die durch Skinheads geprägte rechtsextremistische Subkultur-Szene. Kennzeichnend für den aktionistischen Rechtsextremismus waren - nicht nur in Schleswig-Holstein - lange Zeit die von den „Freien Nationalisten“ ins Leben gerufenen „Kameradschaften“, die hier im Wesentlichen durch das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“ gesteuert wurden. Durch die Öffnung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) für Neonazis haben sich diese „Kameradschaften“ inzwischen entweder aufgelöst oder ihre früheren Mitglieder bestimmen die Arbeit von NPD-Kreisverbänden. Obwohl führende „Freie Nationalisten“ immer noch einen bedeutenden Einfluss auf den gesamten aktionistischen Rechtsextremismus z. B. durch verschiedene Koordinierungstreffen ausüben, gelang es nicht, den neonazistischen Nachwuchs dauerhaft in die Strukturen der „Freien“ zu integrieren und dadurch zu instrumentalisieren. Auch die Subkultur-Szene, deren Angehörige früher ein bedeutendes Mobilisierungspotenzial für die Aktivitäten der aktionistischen Rechtsextremisten darstellten, ist nur noch schwer für gemeinsame Aktionen zu begeistern. Der Schwerpunkt der durch die Skinheads dominierten subkulturellen Szene liegt heute beim Konsum oder der Produktion rechtsextremistischer Musik anstelle von politischer Betätigung.

Im Laufe der letzten Jahre bildete sich aber allmählich eine neue Erscheinungsform des aktionistischen Rechtsextremismus, der in völlig unstrukturierten Bündnissen agiert, die Ähnlichkeiten zu den „Links-Automen“ aufweisen. Das Konzept einer „autonomen Rechten“ wurde bereits Anfang der 1990er-Jahre durch den Neonazi Christian Worch (Hamburg) entwickelt, der frühzeitig die „Vorzüge“ einer vereinsrechtlich kaum angreifbaren Organisationsform nach dem Vorbild der „Links-Automen“ auch für den aktionistischen Teil des Rechtsextremismus beschrieben hatte. Seine Vorstellungen wurden kurz darauf - allerdings unter dem Begriff „Freie Nationalisten“ - umgesetzt.

„Rechts-autonom“ geprägte Rechtsextremisten treten häufig unter der Bezeichnung „Aktionsgruppen“ auf. Im Gegensatz zu den früheren „Kameradschaften“ sind sie gegenüber diesen nicht nur weniger im organisatorischen Sinne strukturiert, sondern auch in ideologischer Hinsicht weniger auf den Neonazismus festgelegt. Zur Beschreibung dieser neuen Szene wird von verschiedener Seite auch der Begriff „Au-

tonome Nationalisten“ verwendet. Oftmals werden die Begriffe „Autonome Nationalisten“ und „Schwarzer Block“ in der öffentlichen Diskussion synonym verwendet bzw. gleich gesetzt und im nächsten Schritt sofort mit „rechtsextremistischer Militanz“ in Verbindung gebracht. In Bezug auf die Bedeutung dieser neuen Variante des aktionistischen Rechtsextremismus war diese Betrachtungsweise auch zunächst gerechtfertigt: Die ersten etwa 2004 bekannt gewordenen Gruppen, die sich bewusst als „Autonome Nationalisten“ bezeichneten, grenzten sich erkennbar von anderen rechtsextremistischen Strömungen ab. Sie propagierten einen revolutionären nationalen Sozialismus und kopierten bei öffentlichen Auftritten die originär linksextremistische Aktionsform des „Schwarzen Blocks“ und damit auch die Bereitschaft zur Gewaltanwendung. In ihrer Ausdrucksweise verwendeten sie gelegentlich im rechtsextremistischen Lager an sich unübliche Anglizismen („Fuck the system!“) sowie auch durch Linksextremisten benutzte Symbole.

Heute nutzen auch andere Rechtsextremisten den Begriff „Autonome Nationalisten“ in der offenkundigen Absicht, hierdurch ein Bedrohungspotenzial zu suggerieren. Die „Autonomen Nationalisten“ als Gruppierung im landläufigen Sinne gibt es in Schleswig-Holstein dennoch nicht. „Autonome Rechte“ sind jedenfalls nicht automatisch mit den ursprünglichen „Autonomen Nationalisten“ gleichzusetzen. Die genaue Zahl der Anhänger dieser neuen Strömung des aktionistischen Rechtsextremismus ist nicht bekannt, jedoch sind in fast allen Landesteilen entsprechende „Aktionsgruppen“ anzutreffen. Insofern hat sich das Erscheinungsbild des schleswig-holsteinischen Neozitismus in den letzten Jahren deutlich verändert, denn dieser trat stets nur in einzelnen Landesteilen auf.

Die ideologische Unbeweglichkeit der traditionellen „Freien Nationalisten“, die nach wie vor in erster Linie durch Fixiertheit auf NS-Nostalgie gekennzeichnet ist, mag ein Grund für das Entstehen der heutigen „Autonomen Rechten“ gewesen sein. Hinzu kommt der allmähliche Bedeutungsverlust der rechtsextremistischen Skinhead-Subkultur. Der „klassische Skinhead“ mit Springerstiefeln und Glatze dominierte die rechtsextremistische Subkultur (und das öffentliche Bild des Rechtsextremisten) vor allem in den 1990-er Jahren. Diese Szene wurde durch ein selbst definiertes Außenseitertum, rechte Musik und einen jugendlichen, szenetypischen „Lifestyle“ geprägt - Dinge, die auch heute noch attraktiv auf manche Jugendliche und junge Erwachsene

wirken. Seit der Jahrtausendwende jedoch verliert die Skinhead-Subkultur immer mehr Anhänger. Das so entstandene Vakuum scheint sich zu einem großen Teil durch die „Autonomen Rechten“ und deren Verständnis von einem modernen Rechtsextremismus zu füllen, ohne dass es dazu ideologischer Grundsatzpapiere oder organisatorischer Regelungen bedarf. Die Entwicklung weist in gewisser Weise Parallelen mit der nunmehr schon Jahrzehnte zurückliegenden Vereinnahmung der Skinhead-Subkultur durch Neonazis auf. Heute werden vielfach die äußerlichen Charakteristika der (Links-) Autonomen durch eine neue Generation von Rechtsextremisten übernommen bzw. kopiert: Kleidungsstil, Aktionsformen, „Organisation“, Musik. So sind rein äußerlich kaum Unterschiede zwischen Rechts- und Linksextremisten zu erkennen. Das einzige diese Subkulturen thematisch verbindende Element dürfte allerdings der Hass auf den Staat sein. Die überwiegend jüngeren Angehörigen der „Autonomen Rechten“ verdrängen zunehmend die tendenziell älteren Skinheads. Auch im Vergleich zur Neonazi-Szene wirkt diese moderne Erscheinungsform des Rechtsextremismus offenkundig anziehender. Insbesondere die nicht allein auf NS-Nostalgie beschränkte Weltanschauung und die äußerliche „Normalität“ im Vergleich zur Skinhead-Subkultur dürften diesen Trend erleichtern bzw. verstärken. Jugendliche, die offen für rechtsextremistisches Gedankengut sind, werden sich jedenfalls sehr viel leichter für die modernen „Autonomen Nationalisten“ begeistern lassen. Bei der Bewertung dieser neuen Form des Rechtsextremismus darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass gegenwärtig insbesondere gegenüber politischen Gegnern die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung deutlich niedriger als bei den „taktisch“ agierenden „Freien Nationalisten“ zu sein scheint.

2.2 *Parlamentarische Höhenflüge der NPD scheinen gestoppt*

Die Wahlergebnisse des Jahres 2009 sollten für die NPD, die sich nach einer Erklärung des Parteipräsidiums vom 28. September als „einzige ernstzunehmende nationale Kraft“ bezeichnet, zur Ernüchterung bezüglich ihrer mittelfristigen Erfolgsaussichten bei Wahlen geführt haben. Als Begründung für einen der zahlreichen Misserfolge tröstete das Parteipräsidium aber sich und die Parteimitglieder mit der Aussage, die Krise sei „im Bewusstsein weiter Teile unseres Volkes immer noch nicht angekommen“. Tatsächlich wurden die von rassistisch motivierter Ausländerfeindlichkeit und erkennbarer Ablehnung der bestehenden Staatsform durchsetzten Parolen

der NPD von den Wählern offensichtlich durchschaut. Nach den Wahlergebnissen konnte die Partei nämlich weder von der Wirtschaftskrise noch von der niedrigen Wahlbeteiligung profitieren. In Schleswig-Holstein fiel zudem auf, dass die eigene Anhängerschaft sich weit weniger als bei vorangegangenen Wahlen engagierte.

Erneut gab es ein auffälliges „Ost-West-Gefälle“. Der einzig (bedingt) bemerkenswerte Erfolg gelang in Sachsen, wo der Partei mit 5,6 % der Stimmen erstmals in ihrer Geschichte der Wiedereinzug in ein Landesparlament möglich wurde. Verluste gab es aber auch dort. Das herausragende Ergebnis von 9,2 % im Jahr 2004 konnte nicht wiederholt werden. Die Partei verlor nahezu die Hälfte ihrer damals mobilisierten Wählerschaft.

In Thüringen verfehlte sie mit 4,3 % der Stimmen - trotz eines mit erheblichen Sachmitteln aggressiv geführten und auf Medienresonanz setzenden Wahlkampfes - das Ziel, nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern eine dritte Landtagsfraktion zu stellen.

In Brandenburg, wo sie nach Beendigung des „Deutschlandpaktes“ in Konkurrenz zur „Deutschen Volksunion“ (DVU) antrat, erhielt sie 2,6 % und ließ die DVU (1,1 %), die bislang mit einer Fraktion im Landtag vertreten war, deutlich hinter sich.

Wahl	Datum	Zweitstimmen
Hessen - Landtagswahl	18. Januar	0,9 %
Sachsen - Landtagswahl	30. August	5,6 %
Thüringen - Landtagswahl	30. August	4,3 %
Saarland - Landtagswahl	30. August	1,5 %
Nordrhein-Westfalen - Kommunalwahl	30. August	0,3 %
Schleswig-Holstein - Landtagswahl	27. September	0,9 %
Brandenburg - Landtagswahl	27. September	2,6 %
Bundestagswahl	27. September	1,5 %

2.2.1 Bundestagswahl

Das Bundestagswahlergebnis der NPD von 1,5 % (2005: 1,6 %) reichte immerhin für den Anspruch auf die staatliche Teilfinanzierung des Wahlkampfes. Trotz der gegenwärtigen Schwäche ermöglichte die über Jahrzehnte aufgebaute Organisationsstruktur der Partei eine nahezu flächendeckende Präsenz mit Direktkandidaten in allen 16 Bundesländern. Zwar konnte sie auch in Schleswig-Holstein alle elf Wahlkreise mit Direktkandidaten besetzen, mit nur 1,0 % der Stimmen lag sie jedoch noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Wahlkampf der NPD war zunächst von Optimismus und Abgrenzung zur DVU geprägt. Anfang August ließ der Parteivorsitzende Udo Voigt verlauten:

„Das Superwahljahr 2009 findet jetzt eine motivierte handlungs- und kampagnenfähige NPD im vollen Wahleinsatz. (...) Die NPD wird am 30. August wieder in die Landtage von Sachsen und erstmalig in den Landtag von Thüringen einziehen. (...) Die greifbar nahen Erfolge werden einen ungeahnten Auftrieb zur Bundestagswahl am 27. September verursachen und bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl in Brandenburg unserer NPD zum vierten Einzug in ein weiteres Landesparlament verhelfen. (...) Darum wird sich jetzt die NPD mit Ihrer Unterstützung als Deutschlands »Echte Rechte« durchsetzen. Angesichts der bedrohlichen Lage für Volk und Vaterland ergibt die Zersplitterung nationaler Kräfte keinen Sinn.“

Die für den „Straßenwahlkampf“ ausgewählten Motive ließen überraschend deutlich die rechtsextremistische Intention der Partei erkennen: „Arbeit zuerst für Deutsche“, „Heimreise statt Einreise“, „Vaterland, Muttersprache, Kinderglück“ und „27. September: Abwracken“.

Beispielhaft ist ein so genannter 5-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung:

- „Ein grundlegender politischer Wandel muß die menschenfeindliche Integrationspolitik beenden sowie die deutsche Volkssubstanz erhalten. (...)
1. Schaffung eines nationalen Arbeitsplatzsicherungsgesetzes (...)
Der Gesetzgeber hat sicherzustellen, daß fremde Arbeitskräfte immer teurer sind als deutsche! (...)
 2. Sofortige Ausgliederung der in Deutschland lebenden und beschäftigten Ausländer aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem (...)
Ausländer sind daher aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem auszugliedern. Wer keine Ansprüche daraus ableiten kann, hat auch keinen Grund, sich ohne Arbeit in Deutschland aufzuhalten. (...)
 3. Strikte Anwendung eines Ausländergesetzes zur Aufenthaltsbeschränkung (...)
 4. Ausländer dürfen kein Eigentum an Grund und Boden in Deutschland erwerben (...)
 5. Ersatzlose Streichung des einklagbaren Rechtes auf Asyl“

Der rassistische Hintergrund der NPD-Propaganda war noch deutlicher erkennbar bei einer gleichzeitig durchgeführten Diffamierungskampagne der thüringischen NPD gegen einen dunkelhäutigen Politiker der CDU:

„Gute Heimreise, Zeca Schall (...) Die NPD wird morgen in der Hildburghäuser Apothekergasse das direkte Gespräch mit dem CDU-Quotenneger Zeca Schall suchen, der derzeit auf Großplakaten der Regierungspartei die multikulturellen Zukunftsvorstellungen für den Freistaat verkörpern soll. ‚Thüringen muß deutsch bleiben. Wir danken Zeca Schall für seine Hilfe als Gastarbeiter in Thüringen. Heute wird er jedoch nicht mehr benötigt, weshalb wir ihn direkt dazu animieren wollen, in seiner Heimat Angola mit den hier eingezahlten Sozialversicherungsbeiträgen ein neues Leben zu beginnen. Angola braucht Zeca Schall und hier gibt es mehr als 100.000 Thüringer, die Schalls Arbeitsplatz gut gebrauchen könnten (...). Wir haben unsere Kreisverbände gezielt angewiesen, neben die Negerplakate der CDU unsere Plakate mit dem Motiv ‚Gute Heimreise‘ zu hängen, damit deutlich wird, wer im Lande wirklich Heimat- und Familienpartei ist.‘ (...).“

Erst im November konnte der Parteivorsitzende Udo Voigt sich zu einer Video-Botschaft durchringen, in der er zugab, dass das „Superwahljahr (...) ‚ganz sicher nicht berauschend für uns“ war. „In Zeiten der Wirtschaftskrise hätte die NPD ‚sicher mehr punkten können“. In seiner Botschaft äußerte er überraschenderweise deutlich Selbstzweifel und fragte sich, „ob die Verpackung unserer politischen Visionen noch“ stimme. Als Folge kündigte er eine Strategiekommission für Januar 2010 an, damit „dem Parteivorstand ‚neue Vorschläge“ unterbreitet werden könnten, „der sich dann ‚ernsthafte Gedanken‘ darüber machen wolle, ‚was wir umsetzen können und umsetzen wollen“.

2.2.2 Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. September erhielt die NPD lediglich 0,9 % der Stimmen (2005: 1,9 %) und kam somit noch nicht einmal in den Genuss der staatlichen Teilfinanzierung (mindestens 1,0 %). Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende versuchte gar nicht erst, das desolate Wahlergebnis zu beschönigen, verfiel gleichwohl in Durchhalteparolen:

„Die vorgezogene Landtagswahl hat der NPD eine klare Niederlage beschert (...). Trotz Wirtschaftskrise und zusammengebrochener Chaos-Regierung haben die Nationalen (...) die Hälfte der Stimmen im Vergleich zur letzten Landtagswahl verloren. Besonders bitter ist, daß wir sogar aus der Parteienfinanzierung herausgefallen sind. (...) Es ist uns offenbar nicht gelungen, den Bürgern zu vermitteln, daß nur eine konsequent nationale Politik für deutsche Interessen die Probleme des Landes lösen kann. Doch den Kopf in den Sand zu stecken, verbietet sich von selbst: Wir wissen, daß unsere Weltanschauung, unsere Lösungsvorschläge ohne Alternative sind, wenn unser Volk überleben will. (...)“

Dabei schien die politische Situation in Schleswig-Holstein nach dem Ende der Großen Koalition aus Sicht der NPD günstig, um eine größere Anzahl an Protestwählern mobilisieren zu können. Entsprechend optimistisch begann die NPD ihren Wahlkampf: So ließ der in Schleswig-Holstein agierende führende Neonazi Thomas Wulff, Mitglied des NPD-Bundesvorstandes, in einem auf dem schleswig-holsteinischen rechtsextremistischen Internet-Portal „mein-sh.info“ erschienenen Artikel „Dem Volkszorn eine Stimme geben - Neuwahlen jetzt!“ verlauten:

„Beide Koalitionsparteien haben die Regierung gestellt und beide Parteien sind für den größten Finanzskandal und Volksbetrug in Schleswig-Holstein verantwortlich! (...) Nun ist unsere Zeit gekommen! (...) werden wir in Schleswig-Holstein den ersten ‚west‘-deutschen Landtag knacken können. (...) Unser Wählerpotenzial liegt in Schleswig-Holstein (...) bei rund 10 % + X. Mit diesem Theater im Landtag in Kiel werden die Frustrationen und die Abkehr von den etablierten Bankrott- und Abzockerparteien noch zunehmen.“

Als Wahlkampfzeitung gab der NPD-Landesverband eine „Sonderausgabe zur Landeskrisis“ heraus. In ihr wurden verschiedene unverfängliche tagespolitische Themen, wie Schulreform, Krise der HSH-Nordbank oder auch Hausärzteversorgung aufgegriffen. Die NPD versuchte sich dabei in bekannter Weise als wahre Interessenvertretung der Bevölkerung, insbesondere der „kleinen Leute“ zu präsentieren. Deutlicher als bei vorangegangenen Wahlkämpfen bemühte sie sich jedoch kaum mehr, ihre rechtsextremistische Motivation zu verschleiern. Die Parolen lauteten: „Konsequente Ausweisung aller kriminellen Ausländer!“ oder „Das eigene Volk zuerst! Multi-Kulti ist Volkszerstörung!“. Die Politiker der demokratischen Parteien wurden dagegen in bekannter Weise von der NPD diffamiert:

„Die Versager: Stegner und Carstensen haben das Land an die Wand gefahren (...). Nur mit einer wirklichen Opposition im Landtag werden die Versager der etablierten Parteien gezwungen, sich am Riemen zu reißen. Denn nur dann können sie die Schweinereien nicht mehr wie bisher hinter dem Rücken der Bürger begehen und hoffen, daß es niemand merkt! (...) Die Täter der der derzeitigen Chaosregierung gehören in die Wüste geschickt!“

An der Zusammensetzung der Wahlkampfteams war die enge Verknüpfung von Neonazis und NPD zu erkennen. Zu den Unterstützern zählten auch die Anhänger der als gewalttätig bekannten „Aktionsgruppe Kiel“. Diese ließen im Vorfeld des schleswig-holsteinischen Wahlkampfes auf ihrer Internet-Seite verlauten:

„Nun heißt es, in Schleswig-Holstein den Wahlkampf zu beginnen und wir hoffen, dass jeder Kamerad, ob freier Nationalist oder Parteimitglied, sich aktiv beteiligt und wir alle Hand in Hand für Deutschland marschieren. Es geht um unsere Heimat, darum muß das Motto lauten: Wer, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt? Der Kampf geht weiter!“

Einen weiteren Beleg für die Instrumentalisierung der NPD durch Neonazis lieferte Thomas Wulff in dem bereits zitierten Artikel „Dem Volkszorn eine Stimme geben - Neuwahlen jetzt!“:

„Der nationale Widerstand steht auch in Schleswig-Holstein bereit. Die Landesliste der NPD wurde mit freien und altgedienten Kräften besetzt. (...) In einer Zeit, in der die deutschfeindlichen Kräfte in unserer Heimat mit allen Mitteln versuchen, unseren Widerstand gegen Volkzerstörung und soziale Verelendung unseres Volkes, durch politische Verfolgung und spalterische Zersetzung zu schwächen, stehen wir im Kampf, um das Überleben unseres Volkes in Freiheit. Niemand darf jetzt abseits stehen und der Meinung Raum geben, solch ein Wahlkampf sei nur Sache einer Partei und gehe ihn oder seine Gruppe nichts an. Es geht nunmehr darum mit unserem Instrument - der NPD - die entscheidenden Hiebe zu setzen. Gerade auch hier bei uns in Schleswig-Holstein.“

Derartige Aussagen belegen, dass für die Neonazis die NPD lediglich ein Instrument zum Zweck der Systemüberwindung darstellt.

2.2.3 Die NPD in den kommunalen Parlamenten

Seit den Kommunalwahlen im Frühjahr 2008 ist die NPD mit jeweils einem Vertreter in der Kieler Ratsversammlung und im Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg vertreten. Der überraschende Wahlerfolg aufgrund des Wegfalls der 5-Prozent-Klausel bei Kommunalwahlen hatte zunächst noch für Euphorie im rechtsextremistischen Lager gesorgt. Kurz nach den Wahlen hatte der NPD-Kreisverband Kiel/Plön auf seiner Internet-Seite vollmundig verkündet, dass im Rathaus in Kiel „der große Katzenjammer ausgebrochen“ sei und dass „die Altparteien“ hinnehmen müssten, dass „ihnen auf die Finger geschaut“ werde. Mit der Zeit ging die Berichterstattung der NPD jedoch zurück; so stammt beispielsweise der letzte Bericht auf der eigens für die Kommunalarbeit in Kiel eingerichteten Internet-Seite vom 10. Juli. Lediglich gegenüber ihrer Anhängerschaft versucht die Partei auf ihren Internet-Seiten einen anderen Eindruck zu vermitteln. Exemplarisch hierfür ist ein Beitrag über den NPD-Kreistagsabgeordneten im Kreis Herzogtum Lauenburg:

„Punktsieg für NPD im Kreistag! (...) Der Tagungspräsident versuchte mit einem Handstreich den Antrag der GRÜNEN von der Tagesordnung zu bekommen, in welchem diese eine erhöhte Einschleusung von Fremden in unseren Landkreis forderten (...). Es kam dann zum Vortrag des Antrages der Grünen und somit zur sofortigen Gegenrede durch den NPD-Abgeordneten Kay Oelke. Dieser machte ganz klar, daß die Deutschfeindlichkeit hinter dem Ansinnen der Grünen auf den klaren Widerstand der NPD stoßen wird. Die Ausführungen spiegelten den Standpunkt der deutschen Mehrheitsbevölkerung wieder und ließen auch bei Vertretern von CDU und FDP eine Ahnung davon aufkommen, wie hierzu die Stimmung im Volke ist. Die Aufforderung der NPD lautete ganz klar: ‚Der Antrag der Grünen ist somit abzulehnen!‘ Nach der energischen Rede des NPD-Abgeordneten Oelke wurde dieses Ansinnen dann gemeinsam mit den Stimmen von NPD, CDU und FDP mehrheitlich abgelehnt!“

Die im Internet von der Kieler NPD veröffentlichten, oftmals nicht offenkundig rechtsextremistischen Beiträge spiegelten in der Regel hinlänglich bekannte populistische Themen wie „Keine Prüfung einer Wiedereinführung von O-Bussen“ oder „Aus für das ‚Maritime Science Center‘ ist richtig!“ wider. Durch das Aufgreifen allgemeiner politischer, meist umstrittener Themen versuchte die NPD vergeblich, Aufmerksamkeit auch außerhalb des rechtsextremistischen Spektrums zu erlangen. Erwartungsgemäß - insbesondere um die eigene Klientel zu bedienen - wurden aber auch NPD-typische Themen, wie „Gedenkminute für die Kieler Kriegsoffer“ oder „Kulturförderung: Mittel zur Alimentierung linker Genossen?“ veröffentlicht. Oftmals handelte es

sich dabei erkennbar um die von der NPD hinlänglich bekannten Versuche zur Diskreditierung der demokratischen Parteien.

2.3 Rechtsextremistische Internet-Seiten - Propaganda, Schulung, Steuerung - und manchmal auch heiße Luft

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend einer Ausdehnung rechtsextremistischer Aktivitäten im Internet hält ungebrochen an. Bundesweit war im Jahr 2009 eine weitere Steigerung entsprechender Angebote zu verzeichnen. Das gilt auch für Schleswig-Holstein; die Anzahl entsprechender Internet-Seiten im Jahr 2009 nahm deutlich zu.

Für die rechtsextremistische Szene erfüllt das Internet vorwiegend drei Funktionen: es dient als Propaganda-Instrument, Kommunikationsmittel und Schulungs-Plattform. Ende 2009 waren den Sicherheitsbehörden etwa 1.000 von deutschen Rechtsextremisten betriebene Internet-Seiten bekannt. Nach wie vor ist dieser Bereich durch einen ständigen Wandel gekennzeichnet. Rund ein Viertel aller bundesweit bekannten Seiten wurde im Verlaufe des Jahres eingestellt. Durch die annähernd gleich große Zahl an neu erstellten Seiten war jedoch keine quantitative Veränderung festzustellen.

Die Spanne rechtsextremistischer Internet-Angebote umfasst mittlerweile nahezu alle Facetten des Netzes. Typische Seiten, wie die „Heimatseiten“ rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen, Nachrichtenportale, Diskussionsforen und Szene-Versandhäuser existieren seit Jahren. Aber auch einschlägige Internet-Radios und Kontaktbörsen, auf denen Rechtsextremisten „unter sich“ sind, haben sich mittlerweile etabliert. Dabei kommt den Nutzern zunehmend entgegen, dass die Erstellung derartiger Seiten immer einfacher wird und in der Regel kostenlos ist. So können Diskussionsforen oder „Social Networks“ am eigenen Rechner erstellt und betreut werden. Inzwischen fungieren Szene-Angehörige mitunter sogar als „Webhoster“, das heißt sie stellen Speicherplatz für den Betrieb rechtsextremistischer Internet-Seiten zur Verfügung. Die Betreiber sind dort sehr viel unabhängiger von herkömmlichen kommerziellen Providern, die oftmals unter Hinweis auf ihre Nutzungsbedingungen Seiten mit rechtsextremistischen Inhalten sperren.

In Schleswig-Holstein waren Ende 2009 rund 40 verschiedene Seiten aus dem rechtsextremistischen Spektrum erreichbar. Eine der markantesten Veränderungen vollzog sich im Herbst 2009 mit der Einstellung des „Aktionsbüro Norddeutschland“. Das „Aktionsbüro“ war jahrelang eine der bedeutsamsten und zentralen Internet-Seiten in der norddeutschen rechtsextremistischen Szene. Die Seite wurde fast nahtlos durch mehrere regional geprägte Seiten ersetzt. Daneben wurde 2009 eine Vielzahl neuer Seiten von verschiedenen „Aktionsgruppen“ erstellt.

Im Spektrum der rechtsextremistischen Parteien ist die schleswig-holsteinische NPD seit Jahren nicht nur mit einer Seite des Landesverbandes, sondern auch mit allen sechs Kreisverbänden im Internet präsent. Die Partei nutzt das Internet vorwiegend, um verschiedene politische Themen und Vorgänge aus nationaldemokratischer Sicht zu kommentieren, die demokratischen Parteien („Systemparteien“) zu diffamieren und sich selbst als „starke nationale Opposition“ darzustellen. Einen Schwerpunkt bildet die Berichterstattung über Kampagnen und Aktivitäten der NPD. Einige Kreisverbände haben in den vergangenen Monaten zudem eine Überarbeitung ihrer eigenen Seiten vorgenommen und diese merklich professionalisiert. Neben der Anpassung an die Gestaltung der NPD-Bundesseite nutzt beispielsweise der Bezirksverband Westküste auch den Kurznachrichtendienst „Twitter“. Auch andere NPD-Kreisverbände aktualisierten regelmäßig ihre Seiten, beispielsweise die Kreisverbände Lübeck/Ostholstein und Nordfriesland/Schleswig-Flensburg/Flensburg. Andere Kreisverbände wiederum sind in dieser Hinsicht gar nicht aktiv und kaum in der Lage, regelmäßige Meldungen auf ihrer Seite zu veröffentlichen.

Insgesamt dient der NPD das Internet als Medium zur günstigen, einfachen und (vermeintlich) weit reichenden Verbreitung ihrer Propaganda. Es ist ihr aber noch nicht gelungen, einen landesweit einheitlichen Internet-Auftritt in Schleswig-Holstein zu erstellen. Eine Sonderseite, wie sie noch 2008 zu den Kommunalwahlen eingerichtet wurde, wurde im „Superwahljahr“ 2009 nicht erstellt. Dies dürfte zum einen mit der recht kurzfristigen Vorbereitungsphase auf die Landtagswahl zusammenhängen, offenbar mangelt es der Partei aber auch an personellen Kapazitäten.

Auch die DVU in Schleswig-Holstein ist seit Jahresende im Internet erreichbar. Auf der Seite des Landesverbandes werden, ähnlich wie bei der NPD, Beiträge zum Ge-

schehen im Landesverband und zu allgemein-politischen Themen veröffentlicht. Die DVU-Kreisverbände verfügen dagegen nicht über eigene Auftritte im Internet.

Eine deutliche Steigerung hat es im Jahr 2009 bei der Zahl der Internet-Präsenzen regionaler Gruppierungen außerhalb des rechtsextremistischen Parteienspektrums gegeben. Mehr als ein Dutzend Seiten von „Aktionsgruppen“, „Nationalen Sozialisten“ oder „Autonomen Nationalisten“ aus nahezu allen Landesteilen sind mittlerweile erreichbar. Vorwiegend sind diese Seiten als so genannte Blogs, das heißt in Form eines öffentlichen Tagebuchs, gestaltet. Derartige Seiten sind sehr schnell zu programmieren und erfordern in der Regel nur wenig Betreuungsaufwand. Neben einer Selbstdarstellung („Wer wir sind“, „Was wir wollen“, „Was ist nationaler Sozialismus?“) gehören eine Rubrik „Aktuelles“ sowie diverse Links zu anderen rechtsextremistischen Seiten zum üblichen Inhalt. Vorwiegend wird in den veröffentlichten Artikeln über durchgeführte Aktivitäten der Gruppierung und über Geschehnisse aus dem regionalen Umfeld berichtet. Viele dieser „Blogs“ wurden jedoch bereits kurz nach der Einrichtung nicht mehr aktualisiert. Sie sind zwar weiterhin erreichbar, werden aber nicht mehr betreut und sind insofern bedeutungslos.

Die vermeintlich flächendeckende Präsenz von rechtsextremistischen „Aktionsgruppen“ stimmt daher nicht immer mit der Realität überein. Einige der sich dort präsentierenden „Aktionsgruppen“ dürften Projekte von Einzelpersonen sein, die nur sehr kurzfristig entsprechendes Engagement an den Tag legen und ihre Seite schnell wieder vernachlässigen. Andererseits existieren durchaus regionale rechtsextremistische Szenen, die sich (noch) nicht im Internet präsentieren. Die virtuellen Strukturen und die tatsächlichen Verhältnisse sind in keiner Weise deckungsgleich und verzerren das tatsächliche Bild des schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus.

Unter den schleswig-holsteinischen rechtsextremistischen Musikgruppen ist vor allem das Online-Netzwerk „myspace“ sehr beliebt. Mehrere Gruppen aus Schleswig-Holstein nutzen die Möglichkeit, sich dort mit einem Profil darzustellen und Kontakte zu anderen Bands und/oder Fans zu knüpfen. Lediglich die Ostholsteiner Formation „Words of Anger“ verfügt neben einem „myspace“-Profil über eine professionell gestaltete Internet-Seite, die unter anderem mit Hörproben, einem Gästebuch und Informationen zur Band ausgestaltet ist.

Vervollständigt wird das Bild der für den Rechtsextremismus relevanten Internet-Seiten durch die Angebote einiger schleswig-holsteinischer Szene-Vertriebe und -Verlage. Diese kommerziell ausgerichteten Unternehmen nutzen das Internet kaum für die Verbreitung politischer Inhalte, sondern als Verkaufs-Plattform. Insbesondere die „Lesen & Schenken Verlagsauslieferung“ aus Martensrade (Kreis Plön) betreibt einen umfangreichen Online-Handel.

Von herausgehobener Bedeutung für die rechtsextremistische Szene in Schleswig-Holstein ist inzwischen das „nationale und sozialistische Weltnetzportal aus Schleswig-Holstein“, „mein-sh.info“. Die Seite hat sich im Jahr 2009 zu einem der umfangreichsten und wichtigsten rechtsextremistischen Internet-Angebote aus Schleswig-Holstein entwickelt. Nachdem das Projekt „Aktionsbüro Norddeutschland“ Ende 2009 durch den Betreiber aufgegeben wurde, hat „mein-sh.info“ die Rolle als zentrale Seite übernommen. Dies wird nicht nur durch die Verlinkung der Seite auf fast allen Internet-Seiten aus Schleswig-Holstein deutlich. Das Portal wird unter anderem auch mit Visitenkarten oder Aufklebern beworben. In diesem Zusammenhang haben die Seitenbetreiber die folgende Selbsteinschätzung abgegeben:

„Wir hoffen, daß viele Gruppen aus Schleswig-Holstein dieses Propagandamittel nutzen, (...). Wenn Ihr diese Aufkleber verklebt, macht Ihr damit auch Werbung für Eure Aktionsgruppe oder eine Aktionsgruppe in Eurer Umgebung, denn auf der Netzseite sind alle uns bekannten Aktionsgruppen aus SH (egal ob frei oder Partei) vertreten.“

Die Veröffentlichungen auf der Seite stammen aus nahezu allen Spektren des Rechtsextremismus. So berichten „Aktionsgruppen“ nicht nur auf ihren eigenen Seiten über Aktivitäten, wie Teilnahmen an Kundgebungen, Kranzniederlegungen und Grillfeiern, sondern auch auf „mein-sh.info“. Die Berichterstattung über verschiedene anlassbezogene Veranstaltungen, wie beispielsweise zum „Heldengedenken“ am Volkstrauertag, wird auf der Seite oft auch in einem Artikel zusammengefasst. Nur folgerichtig ist es daher, dass nahezu sämtliche „Aktionsgruppen“ aus Schleswig-Holstein als Kontaktmöglichkeiten auf der Seite vertreten sind.

Auch die Berichterstattung über die Aktivitäten der NPD nimmt einen Teil dieses Portals ein. So wurde im Wahljahr 2009 von Neonazis verstärkt über deren Einbindung in den Wahlkampf in Schleswig-Holstein berichtet. Die Neonazis nutzen „mein-sh.info“ oftmals für Beiträge zu verschiedenen allgemein-politischen Angelegenheiten. Namentlich meist nicht genannte Autoren erläutern hier ihre Sicht der Dinge zu Fragen des politischen „Systems“ und seiner Abschaffung oder zur US-Außenpolitik. Berichte zu verschiedenen neonazistischen Kundgebungen, wie dem alljährlichen „Trauermarsch“ in Lübeck, runden das Bild ab.

Neben der propagandistischen Nutzung erfüllt die Seite „mein-sh.info“ aber auch Schulungszwecke. So gibt es beispielsweise Tipps und Anleitungen zur Herstellung von Transparenten oder Graffitis, die es Interessierten erleichtern sollen, aktiv zu werden. Den Betreibern gelingt es sogar, in der Umschreibung ihrer Absichten ein Stück ideologisches Rüstzeug zu verpacken:

„In einer Zeit wo sich der Nationale Widerstand selbstverwalten und vor Ort autonom selbst organisieren muss, ist es wichtig die richtigen Anleitungen zu geben, damit die Aktivisten und Aktivistinnen ihre Materialien für den Kampf gegen das Regime selber herstellen können, so dass sie nur minimal auf die großen Konsumtempel unserer Zeit angewiesen sind.“

Durch die thematische Auswahl und Ausrichtung der Beiträge auf „mein-sh.info“ sorgen sie zudem dafür, dass der Leser ideologisch „auf Kurs“ gehalten wird. Weitergehende Möglichkeiten zur Information bieten sich dem Besucher über die reichlich vorhandenen Links auf der Seite. So ist es interessierten Rechtsextremisten sehr leicht möglich, praxisrelevante Informationen zu diversen Themen zu erlangen. Beispielsweise werden auf entsprechenden Internet-Seiten Rechtsratgeber veröffentlicht, die explizit die Rechte bei Demonstrationen oder Hausdurchsuchungen beschreiben. Auch Praxisratgeber für „Verhaltensweisen bei nachrichtendienstlichen Anwerbeversuchen“ oder Tipps zur Herstellung von Internet-Seiten und Flugblättern werden veröffentlicht. Was noch vor wenigen Jahren mehr oder weniger aufwendig auf Schulungsveranstaltungen vermittelt werden musste, wird inzwischen zu einem beträchtlichen Teil online bereitgestellt. In dieser Hinsicht stellen die Möglichkeiten des Internets eine enorme Vereinfachung dar.

Insgesamt erfüllt die Seite „mein-sh.info“ viele Aufgaben, die für die rechtsextremistische Szene nützlich sind. Durch den breit gefächerten Adressatenkreis und die Vielzahl der Themen wirkt das Portal als „virtuelle Klammer“ der rechtsextremistischen Szene in Schleswig-Holstein, als zentrales Sprachrohr und Schulungs-Plattform. Zudem wird der eigenen Klientel ein gewisses Maß an Geschlossenheit und Stärke vermittelt.

Nahezu sämtliche rechtsextremistischen Internet-Auftritte finden außerhalb der Szene vermutlich nur wenig Beachtung. Die Absichten der Betreiber sind meist klar erkennbar und ihre Positionen und Ansichten wenig verschleiert. Der durchschnittliche Internet-Nutzer wird sich kaum länger damit befassen. Internet-Nutzer, die rechtsextremistischem Gedankengut positiv gegenüber stehen, bietet sich hierdurch allerdings die Möglichkeit, ungestört ihre Weltanschauung zu verfestigen. Weil die virtuelle und die reale Welt im Internet allzu leicht verwischt werden, ist zu erwarten, dass sich durch die Nutzung derartiger Internet-Angebote bei „anfälligen“ Personen deren rechtsextremistische Denkmuster verfestigen. Unkomplizierte Kontaktmöglichkeiten, die das Internet ebenfalls bietet, führen Gleichgesinnte zusammen und erleichtern so den Einstieg in die Szene.

3 Organisationen und Personenzusammenschlüsse

3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

3.1.1 Bund

Die Mitgliederzahl der NPD sank 2009 auf Bundesebene im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erneut um rund 200 und beträgt nunmehr rund 6.800. Damit haben sich die bereits 2008 erkennbaren Probleme für die NPD verfestigt. Die dürftigen Wahlergebnisse zeigen zudem, dass es der Partei nicht gelungen ist, beim schon vor Jahren propagierten „Kampf um die Wähler“ nachhaltige Erfolge zu erzielen. Interne Probleme und das Fehlen vermittelbarer Themen dürften hierfür mitverantwortlich sein. Im ersten Halbjahr 2009 wurde die NPD in der Öffentlichkeit insbesondere durch Meldungen über erhebliche finanzielle Probleme (unter anderem wegen des fehlerhaften Rechenschaftsberichtes 2007) und die sich fortsetzenden internen Querelen, ausgelöst durch die Finanzaffäre des ehemaligen Bundesschatzmeisters Erwin Kemna und die daraus resultierenden Personaldiskussionen, wahrgenommen.

Auch der Parteivorsitzende Udo Voigt geriet hierdurch in Bedrängnis. Auf dem Bundesparteitag Anfang April wurde er mit 63,6 % bzw. 136 Stimmen jedoch deutlicher als erwartet in seinem Amt bestätigt.

Der neue Parteivorstand setzt sich weitgehend aus Vertrauten Voigts zusammen. Zwangsläufig erhöhte sich dadurch der Anteil von Neonazis im Parteivorstand. Hierzu gehört auch einer der Wortführer der schleswig-holsteinischen „Freien Nationalisten“, Thomas Wulff, der noch Ende 2008 öffentlich das „Ende der Volksfront“ propagiert und Voigt angegriffen hatte. Überraschend ist auch der vergleichsweise hohe Anteil an Funktionären aus Schleswig-Holstein im neuen Parteivorstand: Neben Wulff gehören ihm auch der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Uwe Schäfer (Plön) als Beisitzer und Wolfgang Schimmel (Leezen, Kreis Segeberg) als Beisitzer Finanzen an. Der Zugriff auf schleswig-holsteinische NPD-Funktionäre, die mit Ausnahme des aber in der Partei nicht unumstrittenen Wulff bislang keine bundespolitischen Erfahrungen haben, zeigt das personelle Dilemma der NPD auf, das sich durch die Machtkämpfe der letzten Zeit ergeben hat. Zudem verlor der neonazistisch geprägte Flügel durch den Tod des Neonazis Jürgen Rieger (Hamburg), dessen Handschrift am Positionspapier „Der deutsche Weg“ nicht zu verkennen war, einen seiner wichtigsten Unterstützer.

Erwartungsgemäß hielten die Flügelkämpfe innerhalb der NPD auch unter dem neuen Bundesvorstand an. In dem Ende April vom Parteivorstand veröffentlichten Positionspapier „Der deutsche Weg“ fordert Voigt an Stelle der Politikfähigkeit der NPD „eine ganz klare und vor allem kompromisslose Ausrichtung auf Überwindung des liberalkapitalistischen Systems und des bestehenden volksfeindlichen Parteienstaats“ ein:

„Es wurde stets betont, daß es eine Zusammenarbeit mit Kräften, die seit Jahr und Tag dabei sind, unser Land zu zerstören und unsere nationalen Eigenarten zu verkaufen, nicht geben wird. (...) Deutschland braucht auf Grund seiner einzigartigen Geschichte und Gegenwart keine weichgespülte nationale Kraft, sondern eine knallharte Opposition, die das ausspricht, was Millionen denken. (...) Die Zeiten stehen auf Sturm - so offensichtlich wie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr. Da wäre es das falsche Signal, gerade jetzt den radikalen Weg einer nationalen und sozialen Erneuerung zu verlassen, um Zugeständnisse an ge-

wisse, für uns derzeit erst in zweiter Linie erreichbare Wählerschichten zu machen.“

Der sächsische NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel, der als Vertreter des gemäßigten Flügels in der NPD gilt, trat hingegen für den so genannten sächsischen Weg ein: Dieser stehe „für einen gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus, der die soziale Frage in den Mittelpunkt der Programmatik stellt und der sich von unpolitischer Nostalgiepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehabe abgrenzt“. Mit dieser Feststellung zielte die sächsische NPD offenkundig auf eine breiteren Wählerschichten vermittelbare Zielsetzung der Partei ab und sprach gleichzeitig dem neonazistisch geprägten Bundesvorstand die Zukunftsfähigkeit, das heißt eine Verankerungsfähigkeit der Partei außerhalb des Rechtsextremismus, ab. Der - trotz deutlicher Stimmenverluste (siehe dazu unter Nr. II 2.2) - erstmalige Wiedereinzug der NPD in ein Landesparlament stärkte die Position Apfels innerhalb der NPD.

In einer im November veröffentlichten Video-Botschaft - als verspätete Reaktion auf das insgesamt schlechte Abschneiden der NPD bei den vorangegangenen Wahlen - äußerte Udo Voigt überraschenderweise deutlich Selbstzweifel und fragte sich, „ob die Verpackung unserer politischen Visionen“ noch stimme. Zudem kündigte er eine Strategiekommission für Januar 2010 an, damit dem Parteivorstand „neue Vorschläge“ unterbreitet werden könnten, der sich dann „ernsthafte Gedanken“ darüber machen wolle, „was wir umsetzen können und umsetzen wollen“.

Am 27. Juni verkündete die NPD auf ihrer Internet-Seite einseitig das Ende des 2004 mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU) geschlossenen „Deutschlandpaktes“ und gleichzeitig ihren Wahlantritt in Konkurrenz zur DVU bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September:

„Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß es dem Wähler nicht mehr vermittelbar ist, daß einmal die NPD, dann wieder die DVU (...) antreten. Aus bislang geführten Gesprächen konnte geschlossen werden, daß die DVU lediglich an einer Verlängerung des Paktes, also an weiteren Wahlabsprachen über 2009 hinaus interessiert ist, nicht aber an einem Zusammenschluß beider Parteien. (...) Der DVU bietet sich jetzt die historische Gelegenheit, auf eine veränderte Situation schnell zu reagieren, den immer wieder von ihrem neuen Bundesvorsitzenden an-

gekündigten Zusammenschluß mit der NPD energisch zu betreiben und damit in Brandenburg das Projekt einer starken nationalen Rechten in Deutschland voranzutreiben.“

Auf das zweifelhafte Angebot der NPD ging die DVU nicht ein. Obwohl die NPD die DVU durch die Aufkündigung des „Deutschlandpaktes“ derzeit deutlich geschwächt hat, konnte sie hierdurch ihre eigene Anhängerzahl nicht messbar erhöhen.

Auch im Berichtsjahr gab es zahlreiche Belege für auf Überwindung tragender Verfassungsgrundsätze gerichtete Einlassungen und Aktivitäten der NPD: Herausragendes Agitationsthema war einmal mehr der demokratische Rechtsstaat mit seinen Vertretern. Im Zusammenhang mit dem Verbot der rechtsextremistischen Organisation „Heimattreue Deutsche Jugend“ ließ die NPD in einem Internet-Beitrag verlauten:

„Kurz vor seinem sehr wahrscheinlichen politischen Ableben wollte sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble scheinbar noch ein Denkmal setzen, indem er nun die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) verboten hat. In den Morgenstunden wurden zahlreiche Wohnungen und Büros von vermeintlichen Führungskräften der besagten nationalen Jugendorganisation in mehreren Bundesländern durch die bewaffneten Einheiten des Systems auf den Kopf gestellt. (...) Als Fazit kann nur gezogen werden, daß Schäuble und seine Lakaien Organisationen verbieten können, wie sie wollen, die Idee lebt in den Menschen weiter. Jedes Verbot verdeutlicht einmal mehr die kriminelle Energie des bestehenden Systems. (...) Wenn Jugend- und Kinderschutz in diesem Land wirklich eine Rolle spielen würden, dann hätte man schon längst die Samthandschuh-Politik gegen Drogenhändler, Kinderschänder und andere Schwerstkriminelle beendet. Aber die eine Krähe hackt der anderen bekanntlich kein Auge aus.“

Beispielhaft für den rassistisch motivierten Antisemitismus der NPD ist ein Beitrag des sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel auf ihrer Internet-Seite mit dem Titel „Der Spaltpilz in der jüdischen Schuld kult-Zentrale“:

„Ehrlich wäre es, wenn diese Interessenorganisation ‚Zentralrat der Juden gegen Deutschland‘ hieße. Schließlich nehmen die Zentralratsjuden selbst die vierte deutsche Nachkriegsgeneration in eine groteske, aber für sie nützliche Schuld knechtschaft. (...) Egal wie die Zentralratsvorsitzenden auch hießen (...) für sie war der Zentralrat die nachkriegsdeutsche Schattenregierung, die Schuld kult-Zentrale mit angemäßigtem Opfermonopol, die Inquisitionsbehörde zur moralischen Ächtung und

strafrechtlichen Verfolgung unliebsamer Meinungsäußerungen. (...) Für Juden ist es natürlich eine gruselige Vorstellung, daß nebenan ein arabischer Völkermord-Lüstling wohnen könnte, der ihnen überdies noch ihr angemaßtes Monopol als Opfer der Weltgeschichte streitig macht.“

Nicht unerwartet wurde auch der US-amerikanische Präsident Barack Obama bei seinem Deutschland-Besuch aus offenkundig rassistischen Gründen angegriffen:

„Für Deutschlands Zukunft kann man nur noch ‚schwarz‘ sehen, registriert man die heuchlerische Andacht Obamas, Merkels und des Vorzeige-Verfolgten Elie Wiesel in Buchenwald. (...) Der perverse Schuld- und Sühnekult wird via bundesdeutsche Massenmedien in die Heime der Menschen ausgestrahlt. Im Geschichtsunterricht wird unsere Geschichte verfälscht, verdreht und auf 12 Jahre verkürzt. Daß unsere deutsche, abendländische, ja nordische Geschichte viele Tausend Jahre beinhaltet und in Form unseres Erbgutes noch in uns allen schlummert, wird geflissentlich verschwiegen. (...) Wir empfinden tiefes Mitleid mit Barack Obama, der aufgrund seiner exotisch anmutenden Herkunft kein Heimatgefühl und keine Wesensverwandtschaft mit irgendjemanden empfinden kann.“

Nach der öffentlichen Diskussion über das „Minarett-Verbot“ in der Schweiz nahm sich erwartungsgemäß die NPD dieses Themas an: Der NPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, bewertete in einer Presseerklärung vom 1. Dezember das „Votum“ als „wegweisend“, da es belege, dass eine wachsende Zahl von Menschen sich mit dem „von der EU und den etablierten Kräften forcierten Überfremdungswahn nicht mehr abfinden“ wolle. Es sei notwendig, den eigenen Landsleuten zu verdeutlichen, dass es mit der NPD eine politische Kraft gebe, die „sich in aller Schärfe gegen die fortschreitende Überfremdung und Islamisierung in unserer Heimat“ ausspreche. In diesem Sinne sei es mit einem „Minarett-Verbot“ als „symbolische(m) Akt“ nicht getan. Zusätzlich müssten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um „die sozialen Brennpunkte in deutschen Großstädten durch konsequente Ausländerrückführung zu entschärfen und klare Kante gegen islamistische Haßprediger und Strukturen zu zeigen, die unser Land mit aller Gewalt in einen islamischen Gottesstaat umwandeln und uns fremde Sitten und Regeln wie Scharia oktroyieren“ wollen. Unter dem Titel „Wir wollen Schweizer Verhältnisse!“ versuchte die NPD sich als Vorreiter einer so genannten Anti-Minarett-Kampagne unter dem Motto „Danke, Schweiz - Minarett-Verbot auch hier!“, „(...) damit der Impuls des Schweizer Minarett-Votums (...) auch in der Bundesrepublik Wirkung entfalten kann“. Die „flä-

chendeckende Kampagne“ beinhaltete neben einem Flugblatt auch ein Online-Votum auf der Internet-Seite der Bundes-NPD. Zudem wurde bei der Bundestagsverwaltung ein Antrag auf Abhaltung einer Online-Petition eingereicht.

Es war abzusehen, dass die NPD die auch in Deutschland einsetzende Diskussion über das Thema nutzen würde, um ihre nicht verfassungskonformen Absichten unter Berufung auf die in rechtsextremistischer Hinsicht „unverdächtige“ Schweiz zu transportieren. Eine Akzeptanz des Islams als „raum- und volksfremde Religion“ in Mitteleuropa ist mit den Vorstellungen der NPD über die Zusammensetzung einer Volksgemeinschaft undenkbar.

3.1.2 Land

In Anbetracht der Probleme der NPD auf Bundesebene kann die derzeit desolat wirkende Situation des schleswig-holsteinischen Landesverbandes nicht verwundern. An dieser Lage wird sich kurzfristig kaum etwas ändern, denn im Gegensatz zur Landtagswahl 2005 gelang es dem NPD-Landesverband nicht, durch den Wahlkampf zur Landtags- und Bundestagswahl im September seine Mitgliederzahl zu erhöhen. Diese sank im Vergleich zu 2008 (240) sogar auf 230.

Der NPD-Landesverband ist geprägt durch zwei konkurrierende Flügel, die seit Jahren um die Vorherrschaft im Landesvorstand ringen. Während sich der gemäßigte Flügel um den langjährigen Vorsitzenden Uwe Schäfer (Plön) überwiegend aus älteren Rechtsextremisten zusammensetzt, finden sich im neonazistisch geprägten Flügel um den stellvertretenden Landesvorsitzenden Jens Lütke (Martensrade, Kreis Plön) und den ebenfalls in Schleswig-Holstein agierenden Neonazi Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern) überwiegend jüngere Neonazis wieder. Bei den Kandidatenaufstellungen für die im Jahr 2009 durchgeführten Wahlen beim Landespartei-tag am 25. Januar im Kreis Nordfriesland wurde erkennbar, dass derzeit keine Gruppe über eine verlässliche Mehrheit verfügt. Bei den im Februar 2010 durchgeführten Vorstandswahlen wurde dann allerdings deutlich, dass der Einfluss der traditionellen „Freien Nationalisten“ auch in der schleswig-holsteinischen NPD rückläufig ist; Thomas Wulff wurde nicht in den Landesvorstand gewählt.

Auch der schleswig-holsteinische NPD-Landesverband hielt sich mit diffamierenden Äußerungen über Politiker nicht zurück:

„Auch unser ‚Freund‘ Ralf Stegner hat als Aufsichtsrat der HSH-Nordbank offensichtlich jahrelang geschlafen, aber dennoch bereitwillig die Hand aufgehoben. Bei den Geschehnissen um die HSH-Nordbank vermissen wir die sonst so markigen Worte des SPD-Fraktionsvorsitzenden. Dabei gäbe es hinreichend Klärungsbedarf! Daß die norddeutsche SPD an einer Aufklärung wenig Interesse hat, scheint jedoch bereits zur Tradition zu werden. Auch zu Zeiten, als noch die ehemalige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis Aufsichtsratschefin der HSH-Nordbank war, taumelte das Geldhaus durch manchen (unaufgeklärten) Skandal.“

Die Absicht der NPD, die demokratischen Parteien zu diskreditieren und damit letztlich die Handlungsfähigkeit des Parlamentarismus in Frage zu stellen, wird auch an der folgenden Aussage erkennbar:

„Denn eines dürfte die Große Koalition während ihrer Regierungszeit erreicht haben: Das Vertrauen in die Politik dieser volksfeindlichen Parteien, egal ob rot, grün, gelb oder schwarz, haben die meisten Menschen längst verloren. (...) Egal ob SPD oder CDU, beide Parteien stecken tiefer im Finanzskandal um die angeschlagene HSH-Nordbank, als es die meisten Bürger vermuten. Unsere Aufgabe wird es daher sein, den Bürger bis zum Wahltermin über diese Machenschaften aufzuklären!“

Öffentliche Aktivitäten der NPD gab es in Schleswig-Holstein außerhalb des Wahlkampfes kaum. Zu den wenigen Ausnahmen gehörte ein am 7. November auf dem Rendsburger Paradeplatz vom NPD-Kreisverband Kiel/Plön durchgeführter Informationstisch mit dem Thema „Neue Regierungen - alte Probleme. Was nun?“.

Die Partei war jedoch nicht in der Lage, sich bestimmend in die in Rendsburg entstandene Diskussion um die dort neu erbaute Moschee einzubringen. Dass das Thema dennoch im Agitationsfeld des Landesverbandes liegt, belegte ein Beitrag in der NPD-Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“:

„Wieder einmal stellt sich eine ‚Stadtregierung‘ zugunsten ausländischer Interessen gegen das Wohl der Mehrheit, anstatt die Gefahren - wie es sein sollte - abzuwenden.“

NPD-Mitglieder nahmen aufgrund ihrer Verflechtung mit Neonazi-Gruppen wiederum an Aktivitäten anderer rechtsextremistischer Organisationen bzw. Organisatoren teil, wie z. B. an der in Lübeck stattfindenden Demonstration „Bomben für den Frieden? - Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“.

3.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Der Abwärtstrend der DVU hielt auch in diesem Berichtszeitraum weiter an. Mit mittlerweile nur noch rund 4.500 Mitgliedern (2008: 6.000) ist sie jedoch weiterhin die zweitstärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland. Der im Januar 2009 gewählte neue Bundesvorsitzende Matthias Faust (Hamburg) verstand es nach dem Rückzug des langjährigen Parteivorsitzenden und -gründers Dr. Gerhard Frey bislang nicht, den erkennbaren Niedergang der DVU aufzuhalten. Zwar versuchte Faust, aus der einstmals zentralistisch geprägten Organisation eine Partei mit eigenständigen Landes- und Kreisverbänden aufzubauen, doch fehlte es dazu sowohl an finanziellen als auch an personellen Mitteln. Kurz nach seiner Wahl zum Vorsitzenden ließ Faust auf der rechtsextremistischen Internet-Plattform „altermedia“ verlauten:

„Insbesondere während des bundesweiten Europawahlkampfes wird sich erstmalig zeigen, wie die veränderte Organisationsstruktur greift.“

Im Wahlkampf zeigte sich dann, dass die DVU noch gar nicht in der Lage war, einen selbständigen Wahlkampf zu führen. Andere Rechtsextremisten mussten hier aus-helfen. Auch das Wahlergebnis von 0,4 % der Stimmen ließ keine Gedanken an einen etwaigen Aufschwung der DVU aufkommen.

Aufmerksamkeit erlangte die DVU in der rechtsextremistischen Szene durch zwei personelle Veränderungen in der Führungsspitze: Nachdem der ehemalige NPD-Funktionär Andreas Molau seine Kandidatur um den NPD-Parteivorsitz aufgrund fehlenden Rückhalts zurückgezogen hatte, trat er der DVU bei und bildete von nun an eine Art „geistiges Rückgrat“ der Partei in der Funktion des Bundespressesprechers. Für die finanzielle Unterstützung sollte zukünftig - ohne dies mit politischem Einfluss zu verbinden - der schwedische Rechtsextremist und Gründer der internationalen rechtsextremistischen Organisation „Kontinent Europa Stiftung“, Patrik Brinkmann,

aufkommen. Auch das in der Öffentlichkeit geprägte Bild der DVU als einer Partei von „Ewiggestrigen“ sollte erneuert werden. Man wolle nicht, dass „die DVU in die Nähe neonazistischer Agitatoren“ gerückt werde und man lehne „die politische Ideologie des Nationalsozialismus mit allem Nachdruck“ ab. Um sich auch begrifflich von der „alten“ DVU abzuheben, sprach man im Zuge der „neuen DVU-Strategie, die ‚Rechte‘ als notwendigen Gegenpol zur Linken zu etablieren“, nunmehr von der „DVU - Die Neue Rechte“. Brinkmann führte in einem Beitrag auf der Internet-Seite der DVU dazu aus, die neue Rechte definiere sich aus einer Haltung, die nicht allein biologisch bestimmt sei:

„Professor Pierre Vial definiert sehr schön die drei Komponenten, was ein Volk zum Volk macht: die Herkunft, die Kultur und der Wille. Die Reduzierung auf die Herkunft, das ist wirklicher Rassismus, politisch dumm, unfruchtbar und provinziell.“

Aufgrund des von der NPD aufgekündigten „Deutschlandpaktes“ stand die DVU bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September entgegen vorheriger Absprachen erstmals wieder in direkter Konkurrenz zur NPD. Sie war hier seit 1999 im Landtag vertreten. Trotz des desillusionierenden Ergebnisses bei der Europawahl versuchte die DVU, Optimismus auszustrahlen: In Brandenburg gebe es eine so aktive Öffentlichkeitsarbeit wie noch nie in einem DVU-Wahlkampf, so dass der Bürger kaum die Möglichkeit hätte, die DVU nicht wahrzunehmen. Zudem befinde sich die DVU seit einigen Monaten in einem Umbruch, einer Neustrukturierung, die letztendlich dazu führe, in allen Landesverbänden eine starke, schlagkräftige Basis zu erlangen.

Unterstützung erhielt die Partei im Wahlkampf unter anderem von Christian Worch (Hamburg), einem der führenden Neonazis in Deutschland. Während die NPD in Brandenburg auf 2,6 % der Stimmen kam, verfehlte die DVU mit 1,1 % ihren angestrebten Wiedereinzug überaus deutlich und verlor damit ihre letzte Landtagsfraktion.

Auch bei der am gleichen Tag stattfindenden Bundestagswahl, zu der die DVU als Konsequenz aus der Kündigung des „Deutschlandpaktes“ entgegen ihrer ursprünglichen Absicht ebenfalls antrat, erzielte sie ein desolates Ergebnis von lediglich 0,1 % der Stimmen (NPD: 1,5 %). Der Bundesvorsitzende Faust ließ unter Ausblendung

jedweder parteieigener Verantwortung in seiner Wahlanalyse zur Landtagswahl in Brandenburg verlauten:

„Wir gestehen es offen zu: Wir haben heute verloren! Die DVU verlor in Brandenburg rund 5 % der Stimmen und landete bei rund 1 %. Somit haben wir unser Wahlziel klar verpaßt und leider unsere Fraktion (...) verloren. (...) Die NPD hat durch den Bruch des Deutschland-Paktes und den eigenen Wahlantritt gegen uns klar mit zu diesem Ergebnis beigetragen (...).“

Faust stritt zudem jegliche Auflösungs- oder Fusionsgedanken mit der NPD ab und sah die in ihrer Existenz bedrohte Partei unverändert als möglichen Ausgangspunkt und handlungsfähigen Faktor für die Herbeiführung einer vereinigten Rechtspartei:

„Seit einigen Wochen hört man hier und da Stimmen, die das Ende der DVU heraufbeschwören oder aber die Selbstaflösung und ‚Anschluss‘ an die NPD fordern. Beides wird es nicht geben. Die DVU ist nach wie vor eine eigenständige nationale Partei mit rund 6.500 Mitgliedern. (...) Ich habe meinen Glauben daran, dass es auch in Deutschland möglich ist, eine junge, freiheitliche Rechtspartei zu etablieren, nach wie vor nicht verloren. Wirklichen Erfolg (...) wird es nur durch eine moderne, patriotische Politik geben können, nicht aber durch Parolen von Vorges-tern oder dem ständigen Beweihräuchern von 12 Jahren deutscher Vergangenheit.“

In diversen Beiträgen auf ihrer Internet-Seite besetzte die DVU hingegen die für eine rechtsextremistische Partei typischen Agitationsfelder, wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Revisionismus. So hieß es in einem Beitrag unter dem Titel „Wer betreibt eine ‚Islamisierung‘ in Deutschland?“:

„(...) Die Millionen Türken in Deutschland werden nicht von ungefähr ‚selbstbewusster‘. Sie werden langsam aber sicher zu einer Macht und sie spüren und wissen das. Die primitiven ungebildeten türkischen Bengel an den Hauptschulen, die ihre mittlerweile in der Minderzahl befindlichen deutschen Mitschüler drangsaliieren, verprügeln und ausrauben merken das längst. Auch die zumeist türkisch oder kurdisch dominierten Ausländergangs, die neuerdings auch gerne mal deutsche Polizisten verprügeln spüren das längst - aber auch die ‚integrierten‘, intelligent und gebildet auftretenden Türken wie Cem Özdemir usw. (...) Die USA fördern nicht nur junge Türkenpolitiker aus Deutschland, um groß und stark zu werden, sondern fordern auch vehement und mit Unterstützung ihrer Anhänger in den etablierten Parteien die Aufnahme der Türkei in die EU. Dann können einige Millionen Türken mehr endlich für

die kritische Masse in Deutschland sorgen, die wohl noch erforderlich ist für das Sultanat Almanyā.“

Die Entwicklung des schleswig-holsteinischen DVU-Landesverbandes war im Berichtszeitraum geprägt von den Bemühungen des im Juni neu gewählten Landesvorstandes, die von Faust angekündigten neuen Strukturen aufzubauen. Die Mitgliederzahl stagnierte dennoch bei rund 210. Öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten gab es, abgesehen von Plakatierungen zur Europawahl, so gut wie nicht. Einzig die auf der neuen Internet-Seite des Landesverbandes veröffentlichten Beiträge waren ein Beleg für die tatsächliche Existenz eines hiesigen Landesverbandes. Im November wurde in einem Beitrag auf dieser Internet-Seite die Gründung der Kreisverbände Preetz und Nordfriesland angekündigt. Zudem sei der Kreisverband Stormarn gegründet worden. In Nordfriesland wäre die Verantwortung für die Gründung eines Kreisverbandes dem ehemaligen Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Nordfriesland/Schleswig-Flensburg/Flensburg übertragen worden.

Die Aktivitäten der DVU in Schleswig-Holstein können nicht darüber hinweg täuschen, dass die Zukunft der Partei derzeit eher düster aussieht. Vor allem dürfte es ihr nicht gelingen, sich als Alternative zur NPD darzustellen. Da sich zudem ihre finanzielle Situation durch die fehlenden Einnahmen aus der staatlichen Teilfinanzierung zugespitzt hat, ist selbst ein Zerfall nicht mehr auszuschließen. Bezeichnend für die derzeitige Situation ist eine Aussage des als „Mäzen“ vorgesehenen Patrik Brinkmann nach seinem Parteiaustritt Anfang 2010: Die DVU, so Brinkmann, habe keine politische Zukunft mehr.

3.3 Neonazistische Personenzusammenschlüsse in Schleswig-Holstein

Um staatlichen Verboten zu entgehen, organisieren sich die Neonazis bereits seit Mitte der 1990er-Jahre überwiegend in eher lockeren Strukturen. Eine der seltenen Ausnahmen ist die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG). Sie gehört zu den wenigen in diesem politischen Spektrum noch existierenden „eingetragenen Vereinen“ nach dem Vereinsgesetz. Die etwa 30 Mitglieder aus Schleswig-Holstein widmen sich der materiellen und ideellen Betreuung inhaftierter Gesinnungsgenossen. Für die Bewertung des Neonazismus in Schleswig-Holstein spielt die HNG eine eher symbolische Rolle.

Die „Freien Nationalisten“ bilden seit Mitte der 1990er-Jahre den Kern der schleswig-holsteinischen Neonazi-Szene. Eine Folge ihrer damaligen Aktivitäten war die Gründung zahlreicher „Kameradschaften“. Diese sind in Schleswig-Holstein inzwischen „Geschichte“. Die „Freien Nationalisten“ bauten allerdings frühzeitig länderübergreifende Informationsstrukturen auf, die auch heute noch Bestand haben. Der Kreis der dort maßgeblich aktiven Personen hat sich seit Jahren nicht verändert. Der neonazistische „Nachwuchs“ tendiert gegenwärtig zu den „rechts-autonom“ strukturierten Gruppierungen, die weniger fest in das Netzwerk der „Freien Nationalisten“ eingebunden sind (siehe dazu unter Nr. II 2.1). Durch die Öffnung der NPD für Neonazis und die daraus resultierende Gründung der so genannten Volksfront von Rechts im Jahr 2004 sind eigene politische Inhalte der „Freien Nationalisten“ in den Hintergrund geraten. Beispielhaft für diese Entwicklung ist, dass die von einer „Redaktionsgemeinschaft Freier Nationalisten in Schleswig-Holstein“ herausgegebene Publikation „Durchblick - Sozialrevolutionäre Zeitschrift aus Norddeutschland“ nicht mehr erscheint. Für den größten Teil der Protagonisten steht nunmehr die Arbeit in der NPD im Vordergrund. Dennoch wurden die Neonazis von der Partei keineswegs „assimiliert“. Für die meisten von ihnen war und ist die NPD nur „ein Mittel zum Zweck“. Die weitestgehende Übereinstimmung der „Freien Nationalisten“ mit den Inhalten des historischen Nationalsozialismus stand nie zur Diskussion. Zu Beginn des Jahres 2009 hatte sich das Verhältnis führender norddeutscher „Freier Nationalisten“ zur NPD vorübergehend eingetrübt. Prompt waren wieder verstärkte eigenständige Aktivitäten der „Freien“ zu beobachten. Hervorzuheben ist im Berichtsjahr eine ausländerverfeindliche Kampagne, für die mit einem Falblatt mit dem Titel „Ausländer Rein? Wir sagen Nein!“ geworben wurde.

Im ersten Halbjahr veranstalteten die Neonazis überregional beachtete Demonstrationen in Lübeck, Itzehoe und Pinneberg (Einzelheiten dazu siehe unter Nr. II 3.5). Die hinlänglich bekannten Themen waren „Geschichtsrevisionismus“ (Lübeck) und „Überfremdungspolitik“ (Itzehoe, Pinneberg).

Eine Aufwärtsbewegung, die auch den Anstieg der Zahl der Neonazis in Schleswig-Holstein erklärt, ist durch die Bildung von autonom strukturierten Personengruppen, die sich selbst häufig als „Aktionsgruppen“ bezeichnen, erkennbar. Sie bilden gegenwärtig auch noch eine Art Nahtstelle zwischen dem ideologisch gefestigten Kern

von „Freien Nationalisten“ und der Subkultur-Szene, deren Verbindungen zu den „Freien“ immer brüchiger geworden waren. Auf der Internet-Seite „mein-sh.info“ gab es unter der Rubrik „Aktionsgruppen“ fast 20 Eintragungen. (Zu den Einzelheiten der sich verändernden Struktur des aktionistischen Rechtsextremismus siehe auch unter Nr. II 2.1 und 2.3.)

Inzwischen umfasst das aktionistische rechtsextremistische Netzwerk fast alle Regionen Schleswig-Holsteins. Somit ist, trotz des sich abzeichnenden Bedeutungsrückgangs der ursprünglichen „Freien Nationalisten“, das neonazistische Personenpotenzial im Land angewachsen.

3.4 Rechtsextremistische Subkultur-Gruppen und deren Musik

Die rechtsextremistische Subkultur bildet eine heterogene Szene, die über kein gefestigtes ideologisches Weltbild verfügt. Deren Einstellung ist unter anderem geprägt durch Nationalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. In der Öffentlichkeit werden die rund 735 Personen, die der Szene angehören, in der Regel aufgrund ihrer latenten Gewaltakzeptanz sowie durch Besuche rechtsextremistischer Musikveranstaltungen wahrgenommen.

Der „klassische Skinhead“ der 1990er-Jahre existiert nur noch in Einzelfällen. Auch 2009 veränderten Einflüsse anderer Subkulturen die rechtsextremistische Szene. Durch Adaptieren ursprünglich szenefremder Kleidungs- oder Musikstile sind in den vergangenen Jahren klassische Trennungsmerkmale verloren gegangen. Dieser Trend wird beispielsweise durch einen im Februar des Berichtsjahres veröffentlichten Internet-Beitrag thematisiert:

„Aussehen bei Konzerten

Heil euch! Ich hätte mal eine Frage bezüglich Rechtsrock Konzerten. Wie wird denn dort mit leuten umgegangen die den Skinhead Stil nicht unbedingt befürworten.

Konkret geht es um meinen besten Kameraden und mich. Wir sehen beide normal aus, soll heißen kurze Haare, keine Anstecker oder Aufnäher an der Jacke und auch sonst eben recht unauffällig. Das einzige was auffallen könnte wäre, dass mein Kamerad Tunnel hat. (Gedehnte Ohrlöcher). Nun, wir würden eben gerne mal ein Konzert mit guter Musik besuchen Aber wir haben zum Teil Angst, dass wir Ärger bekommen weil wir keine Glatze haben und eben nicht das Skinhead Aussehen vertreten.

Bitte um Antwort!“
(Zitat aus dem rechtsextremistischen „Thiazi-Forum“, Internet)

Die Umschreibung „rechtsextremistische Subkultur“ stand in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten als Synonym für rechtsextremistische Skinheads. Neben den Skinheads, die weiterhin den größten Personenkreis bilden, sind zudem auch Angehörige anderer aktionsorientierter Subkulturen, wie rechtsextremistische Hooligans, rechtsextremistische Rocker sowie Teile der autonom agierenden „Aktionsgruppen“ dem Potenzial der rechtsextremistischen Subkultur zuzurechnen.

Ein anderer Faktor der Szene ist die Musik. Auch 2009 wurde in diversen Internet-Beiträgen rechtsextremistischer Nutzer deren Bedeutung herausgestellt:

„Musik war und ist immer noch eines der wichtigsten Medien für die Bewegung mit denen man die Jugend erreichen kann um Ihnen unsere Sache näher zu bringen.“
(Zitat aus dem rechtsextremistischen „Thiazi-Forum“, Internet)

Ein anderer rechtsextremistischer Internet-Nutzer bestärkt diese Grundaussage mit seinem Beitrag:

„Immerhin ist die Musik unsere stärkste Waffe.“
(Zitat aus dem Gästebuch der rechtsextremistischen Musikgruppe „Sturmwehr“, Internet)

Bundesweit fanden 2009 125 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte statt (2008: 127). In Schleswig-Holstein wurden davon fünf Konzerte durchgeführt (2008: drei). Zwei Konzerte fanden in Neumünster statt, drei weitere in südöstlichen Landesteilen. Der Polizei gelang es zudem, zwei Konzerte zu verhindern.

Neben den Konzerten gab es auch Auftritte rechtsextremistischer Liedermacher. Diese haben 2009 im Bund mit 38 (2008: 30) zugenommen. Von den acht Liederabenden in Schleswig-Holstein (2008: fünf) wurden sieben in den Räumlichkeiten des „Club 88“ in Neumünster durchgeführt. Ursächlich hierfür dürfte die „Planungssicherheit“ bezüglich des Veranstaltungsortes sein. Ein weiterer Liederabend fand in Lübeck statt.

Bei den sonstigen Musikveranstaltungen - übergeordnete Partei- oder Szene-Veranstaltungen mit nachrangiger Live-Musik - sind bundesweit 42 Darbietungen im Berichtsjahr bekannt geworden (2008: 50). In Schleswig-Holstein wurden zwei Veranstaltungen verzeichnet (2008: drei).

Als Trend innerhalb der schleswig-holsteinischen rechtsextremistischen Musik-Szene war 2009 festzustellen, dass

- die Veranstalter die Teilnehmer zunehmend konspirativer mobilisieren,
- die Veranstalter ausnahmslos aus der lokalen/regionalen rechtsextremistischen Szene stammen,
- die Interpreten (überwiegend) aus der lokalen/regionalen rechtsextremistischen Szene stammen,
- „Kleinstveranstaltungen“ mit einer/einem oder zwei Bands/Liedermachern gegenüber größeren Musikveranstaltungen favorisiert werden,
- vermehrt Veranstaltungen bekannt werden, bei denen rechtsextremistische Straftaten begangen werden.

		2005	2006	2007	2008	2009
Rechtsextremistische	Bund	193	163	138	127	125
Skinhead-Konzerte	Land	2	2	7	3	5
Rechtsextremistische	Bund	52	29	23	30	38
Liederabende	Land	9	3	2	5	8
Skinhead-Bands und Liedermacher	Bund	47	75	64	50	42
bei sonstigen Veranstaltungen	Land	8	2	2	3	2

Im Jahr 2009 waren in Deutschland insgesamt 152 rechtsextremistische Musikgruppen (2008: 146) sowie 32 rechtsextremistische Liedermacher (2008:30) aktiv.

Fünf Bands stammen aus Schleswig-Holstein. Neben den seit Jahren bekannten Gruppen „Das letzte Aufgebot“ (Raum Lübeck), „Holsteiner Wölfe“ (Raum Ratzeburg), „Einherjer“ (Raum Lübeck/Ostholstein) und „Words of Anger“ (Raum Ostholstein) trat 2009 erstmalig die Gruppe „Timebomb“ auf. Die aus dem südöstlichen Landesteil stammende dreiköpfige Band absolvierte bislang lediglich einige kleinere Auftritte.

Unter den bundesweit 32 agierenden rechtsextremistischen Liedermachern befinden sich vier aus Schleswig-Holstein, die aus den Kreisen Segeberg, Steinburg, Ostholstein sowie aus Lübeck stammen.

Für die Produktion und den Vertrieb rechtsextremistischer Musik- und Propagandamaterialien zeichneten 2009 bundesweit 68 Unternehmen verantwortlich (2008: rund 75). In Schleswig-Holstein sind (Online-) Vertriebe bzw. Ladengeschäfte in Kiel, Eckernförde, Lägerdorf (Kreis Steinburg) und Neustadt (Kreis Ostholstein) bekannt.

3.5 Aktionen und regionale Schwerpunkte in Schleswig-Holstein

Rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse sind heute in fast allen Landesteilen anzutreffen. Die Intensität der von ihnen ausgehenden verfassungsfeindlichen Bestrebungen ist aber sehr unterschiedlich und zudem sehr schnellen Schwankungen unterworfen. Beispielhaft und nicht abschließend sind nachfolgend besonders hervorzuhebende Aktivitäten in einigen Regionen aufgeführt.

3.5.1 Südwestliches Schleswig-Holstein

Durch das Verbot einer von norddeutschen Neonazis für den 1. Mai in Hannover (Niedersachsen) geplanten Demonstration kam es in Itzehoe (Kreis Steinburg) zu einer Ersatzveranstaltung für die schleswig-holsteinischen Teilnehmer. Rechtsextremisten aus Schleswig-Holstein und einige wenige Szene-Angehörige aus Dänemark hatten geplant, mit drei Bussen (rund 100 Personen) an der Demonstration in Hannover teilzunehmen. Nachdem die Polizei bereits am Treffpunkt in Neumünster eine Abfahrt verhindert hatte, trafen sich die „verhinderten“ Demonstrationsteilnehmer zunächst im „Club 88“ in Neumünster. Gegen Mittag sammelten sich dann rund 150 Rechtsextremisten am Bahnhof in Itzehoe. Die Szene formierte sich zügig und marschierte mit Transparenten, Fahnen und Megaphonen durch die Innenstadt. Während des halbstündigen Aufmarsches wurden Sprüche, wie „Hier marschiert der nationale Widerstand“, „Deutschland den Deutschen“, „USA - Völkermordzentrale“ und „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht“ skandiert. Auf seinem Weg zog der Demonstrationzug an einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vorbei. Hierbei kam es zu Auseinandersetzungen. Nach Eintreffen von Polizeikräften löste sich die Kundgebung der Rechtsextremisten schnell auf.

Bei der Auswahl des Demonstrationsortes dürfte der erneute Versuch, den Neonazismus in der Region Dithmarschen/Steinburg zu reorganisieren, eine Rolle gespielt haben. Im Januar 2009 war die „Aktionsgruppe Steinburg“ gegründet worden. Sie präsentierte sich mit einem Internet-Auftritt, in dem sie ihre Ziele darstellte und über Aktionen der Gruppe berichtete.

„Als nationale Aktivisten ist man von Schikanen und Repressionen seitens der Staatsmächte nicht verschont geblieben, doch wir werden uns nicht von diesem System aufhalten lassen unsere freie Meinung nach außen zu tragen und dem Volk, überwiegend hier im Kreis Steinburg, die Augen öffnen, in welchem Sch***System wir eigentlich leben und handeln. (...)

Wir fordern nationalen Sozialismus!!! Und zwar JETZT!!!!“

Die „Aktionsgruppe Steinburg“ organisierte verschiedene Aktivitäten, wie eine Kanufahrt mit anschließendem Grillen und dem Auftritt eines rechtsextremistischen Liedermachers aus Schleswig-Holstein, die Pflege eines Kriegerdenkmals, Teilnahme an Konzerten, Unterstützung des Wahlkampfes der NPD und die Verteilung von Flugblättern und Werbeaufklebern. Sie war erkennbar bemüht, eine gerade für Jugendliche attraktive Mischung aus geselligen Spaßveranstaltungen und politischen Aktionen anzubieten. Auf ihrer Internet-Seite hieß es demgemäß:

„Werde Aktiv! Wir sind die revolutionäre Jugend! (...)

* Geh zu Konzerten. Dort kannst Du Gleichgesinnte treffen, mit denen du gemeinsam in deiner Stadt aktiv werden kannst. Aber denke immer daran: der Nationale Widerstand ist nicht nur dazu da, um Spiel, Spaß und Action zu haben! (...)

* Reihe dich bei uns ein! Denn bei uns kannst Du in einer Gruppe mitwirken, die wie Du denkt und die wie Du handelt!

* Es gibt unendlich viele Möglichkeiten, sich für einen Nationalen Sozialismus einzusetzen!

Hast Du Interesse an unserer Arbeit oder möchtest unseren nationalen, sozialistischen und revolutionären Freiheitskampf unterstützen?

Dann melde Dich (...)

Im Kreis Dithmarschen waren rechtsextremistische Aktivitäten seit der Schließung einer als Szene-Treffpunkt genutzten ehemaligen Gaststätte in Neufeld rückläufig. Die Aktivitäten der „Aktionsgruppe Dithmarschen“ (vorher „Nationale Aktionsgruppe Dithmarschen“) waren zunächst wenig erfolgreich. Bis auf eine Internet-Präsentation, in der hauptsächlich Veröffentlichungen anderer rechtsextremistischer Internet-

Seiten gezeigt wurden, waren bis August 2009 keine Aktivitäten feststellbar. Im September vereinigten sich schließlich die „Neonazis“ der „Aktionsgruppen“ Steinburg und Dithmarschen zu einer gemeinsamen „Aktionsgruppe Steinburg/Dithmarschen“. Beispielhaft für die nun gemeinsam durchgeführten Aktivitäten war eine Demonstration am 22. November in Meldorf. Die Demonstranten zogen dort mit Fackeln und einer Flagge lautstark durch die Straßen. Bereits vor dem Eintreffen der Polizei wurde die Veranstaltung beendet. Auf der Internet-Seite der „Aktionsgruppe Steinburg/Dithmarschen“ wurde über die Aktion berichtet:

„In Dithmarschen fand am Totensonntag ein Rechtsseminar nationaler Aktivisten statt. Als man zum Ende kam, ergab sich plötzlich und ungeplant eine Spontandemonstration. (...) So protestierten ca. 30 Freiheitskämpfer, mitten in der der Meldorfer Innenstadt, gegen die Zustände in diesem System! Für mehrere Minuten setzte sich lautstark der Fahnen- und Fackelzug ohne Exekutive und Repression in Bewegung. (...) Nicht lange ließen die Schergen des Systems auf sich warten und so rückte ein Streifenwagen an, doch das kümmerte den Freiheitskämpfer wenig. (...) Der nationale Widerstand aus Dithmarschen hat sich zurück gemeldet. Der Kampf geht weiter bis zum Ende dieser abscheulichen BRD!“

Das Mitführen von Fackeln und Fahnen lässt allerdings vermuten, dass die Demonstration nicht ganz so „spontan“ war, wie wohl aus versammlungsrechtlichen Gründen dargestellt, sondern eher eine geplante Aktion war.

Bereits am 17. August hatte es im Kreis Steinburg eine Demonstration gegeben, die allerdings nicht auf die unmittelbare Planung der dortigen Neonazis zurückzuführen sein dürfte: Anlass war der Todestag von Rudolf Heß. An diesem Tag kommt es regelmäßig zu rechtsextremistischen Aufmärschen, die meist von den Protagonisten der „Freien Nationalisten“ organisiert werden. In den Abendstunden des 17. August marschierten mehr als 30 Personen mit Fackeln und Transparenten durch Kellinghusen. Die Teilnehmer waren durchweg schwarz gekleidet und zum Teil mit schwarzen Halstüchern und Sturmhauben verumumt. Der Polizei gelang es, den Aufzug zu stoppen und rund 20 Personen einen Platzverweis zu erteilen. Nach Auflösung der Demonstration versuchten die Teilnehmer, einer Personalienfeststellung zu entgehen. Dabei kam es zum Teil zu ungewöhnlich heftigem Widerstand gegenüber Poli-

zisten. Einzelne Rechtsextremisten legten es sogar darauf an, mit ihren Fahrzeugen Polizeibeamte anzufahren.

3.5.2 Raum Pinneberg

Die rechtsextremistischen Aktivitäten im Kreis Pinneberg werden vorwiegend durch den NPD-Bezirksverband Westküste (Landkreise Dithmarschen, Steinburg und Pinneberg) bestimmt. Dessen Vorsitzender Ingo Stawitz (Uetersen) ist bemüht, regelmäßig gemeinsame Aktionen von NPD und unorganisierten Rechtsextremisten durchzuführen, wie z. B. einen „Fackelmarsch“ am 15. November in Uetersen. Aus Sicht der Szene war das bedeutendste Ereignis im Jahr 2009 eine Demonstration in Pinneberg am 6. Juni. Rund 200 Rechtsextremisten aus dem norddeutschen Raum hielten unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft! Unser Signal gegen Überfremdung!“ eine Kundgebung ab. Die Absichten der Organisatoren wurden in einem Flugblatt wie folgt dargelegt:

„(...) sondern die Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass wir uns für den Erhalt unserer Identität, Kultur, Tradition und Werte einsetzen. Gegen Überfremdung, Verfall des Sozialsystems und Untergrabung der Demokratie, womit wir Volkes Stimme meinen.
Kurz: Wir setzen ein deutliches Signal gegen Überfremdung!“

Der Demonstration ging ein langwieriger Rechtsstreit voraus, in dem sich schließlich der Anmelder Thomas Wulff durchsetzen konnte. Dass mit Jens Lütke und Ingo Stawitz zwei ausgewiesene Aktivisten der schleswig-holsteinischen NPD als Redner auf der Kundgebung auftraten, verdeutlicht einmal mehr, wie eng NPD und Neonazi-Spektrum in Schleswig-Holstein mittlerweile verzahnt sind. Die Kundgebung selbst verlief, gesichert durch ein massives Polizeiaufgebot, ohne größere Zwischenfälle oder Konfrontationen mit Gegendemonstranten. Entsprechend positiv fiel dann auch die Nachbetrachtung der Veranstalter aus:

„Fazit: Der Tag der deutschen Zukunft wurde erstmals durchgeführt und ist von der Beteiligung und der Durchführung her positiv verlaufen. Es wurden viele Bürger mit unserem Anliegen erreicht, die Disziplin war vorbildlich, die Demonstration verlief ohne jegliche Störungen und das generelle Aufsehen, welches vor Ort erreicht werden konnte, war enorm.“

3.5.3 Region Neumünster/Bad Segeberg

Der „Club 88“ in Neumünster spielt trotz seiner für die Bewertung der Gesamtsituation des schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus eher nachrangigen Bedeutung für die regionale Szene in Neumünster und Umgebung weiterhin eine herausragende Rolle. Der seit über einem Jahrzehnt existierende Treffpunkt des rechtsextremistischen Lagers diente 2009 wiederum als Veranstaltungsort für zahlreiche Konzerte und Liederabende. Dabei kamen teilweise bis zu 70 Besucher zusammen. Vor allem eine gewisse „Planungssicherheit“ hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten dürfte die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen erleichtert haben. Im Gegensatz zu anderen Städten existiert in Neumünster durch den „Club 88“ eine zwar eher kleine, aber nahezu jederzeit für Rechtsextremisten verfügbare Örtlichkeit.

Der seit mehreren Jahren meist Ende September gefeierte „Club-Geburtstag“ fand 2009 nicht statt. Stattdessen war für den 24. Oktober in Schmalensee (Kreis Segeberg) eine größere Konzertveranstaltung mit dem Auftritt mehrerer rechtsextremistischer Musikgruppen zu Gunsten des Clubs geplant. Aufgrund frühzeitiger polizeilicher Intervention fand das Konzert jedoch nicht statt. Die bereits angereisten Besucher verteilten sich stattdessen auf die Räumlichkeiten des „Club 88“ und einer weiteren Gaststätte in der Neumünsteraner Innenstadt, die als Treffpunkt für Rechtsextremisten ebenfalls bekannt ist. Insgesamt fanden sich an diesem Abend rund 100 Personen im Bereich des „Club 88“ ein. Während zu früheren „Club-Geburtstagen“ teilweise mehrere hundert und im Jahr 2008 immerhin noch rund 150 Teilnehmer anwesend waren, verdeutlicht dieser Rückgang, dass die überregionale Anziehungskraft des Clubs nachgelassen hat. Außerhalb des subkulturellen Spektrums wird die aktuelle Entwicklung des Szene-Treffs zudem durchaus kritisch beobachtet. Durch die Annäherung von dort verkehrenden Rechtsextremisten zum Rocker-Umfeld, insbesondere aus dem Bereich der „Bandidos“, wurden Äußerungen von Rechtsextremisten bekannt, wonach das Ansehen ihrer Szene durch die Zusammenarbeit mit Kriminellen Schaden erleiden könne.

Der NPD-Kreisverband Segeberg/Neumünster war im Jahr 2009 praktisch inaktiv. Er verfügt nach wie vor kaum über Personen, die sich ernsthaft für die Partei engagie-

ren wollen. Auch verfestigte neonazistische Strukturen konnten im Kreisgebiet nicht beobachtet werden. Allerdings gibt es auch hier Einzelaktivisten, die sporadisch in rechtsextremistischen Zusammenhängen auffallen. Ein Beispiel hierfür ist eine zentrale Gedenkfeier der Neonazi-Szene am 15. November in Bad Bramstedt. Rund 40 Rechtsextremisten aus allen Landesteilen nahmen am so genannten Heldengedenken teil und legten, von der Öffentlichkeit aber weitgehend unbeachtet, einen Kranz zu Ehren gefallener deutscher Soldaten nieder.

3.5.4 Region Lübeck/Ostholstein

Die alljährlich im März in Lübeck durchgeführte Demonstration „Bomben für den Frieden? - Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ war auch im Jahr 2009 das wichtigste Ereignis für den Rechtsextremismus in der Region. An den Vorbereitungen und dem Veranstaltungsverlauf zeigt sich die in Lübeck besonders deutlich ausgeprägte Verflechtung der Landes-NPD mit der neonazistischen Szene. Die Veranstaltung führt außerdem jeweils zu einer Mobilisierung von Rechtsextremisten auch außerhalb Schleswig-Holsteins und mindestens ebenso vieler Linksextremisten, die zusammen mit bürgerlichen Gegendemonstranten das öffentliche Leben in den betroffenen Stadtteilen von Lübeck beeinträchtigen.

Der Veranstaltung am 28. März voran ging eine offenkundig der Provokation dienende „Mahnwache“ am 21. März. Sie richtete sich gegen eine vom „linken“ Bündnis „Wir können sie stoppen“ angemeldete Kundgebung mit dem Tenor „Internationaler Tag zur Beseitigung des Rassismus“ am gleichen Tag in der Lübecker Innenstadt. Anmelder und Versammlungsleiter der rechtsextremistischen Veranstaltung war ein Mitglied des NPD-Landesvorstandes.

Der dann am 28. März mit rund 350 Teilnehmern durchgeführte „Trauermarsch“ wurde sowohl vom Veranstalter als auch von Szene-Angehörigen als Erfolg gewertet. Als besonders positiv wurden dabei der aus rechtsextremistischer Sicht störungsfreie Ablauf und die im Vergleich zum Vorjahr erneut gesunkene Zahl von Gegendemonstranten empfunden. Massive Kritik richtete sich allerdings gegen das aus Sicht der Veranstaltungsleitung sowie vieler Teilnehmer äußerst schikanöse Verhal-

ten der Polizeikräfte. Der Veranstalter verurteilte das rigorose Vorgehen der Polizei scharf und kündigte gleichzeitig an:

„Zunehmende polizeiliche Schikanen sind für uns nicht nur Anlass zur rechtlichen Prüfung, sondern auch Motivation für die kommenden Trauermärsche.“

Als Redner bei den verschiedenen Zwischenkundgebungen traten neben dem Veranstalter der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Jens Lütke, das NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas Wulff, Christian Worch sowie ein führender niedersächsischer Rechtsextremist auf.

Neben der Demonstration gab es im Jahresverlauf in Lübeck nur wenige auf Außenwirkung gerichtete rechtsextremistische Aktivitäten. Am 8. Mai trafen sich Lübecker Neonazis an einem Ehrenmal, um „eine Gedenkstätte für gefallene Soldaten des ersten Weltkrieges, welche sich im Gegensatz zur Gedenkstätte für die Opfer der Gewaltherrschaft in einem erbärmlichen Zustand befand“, zu reinigen. Schließlich gab es am Abend des 14. November auf dem Lübecker Ehrenfriedhof noch eine „konspirative“ Kranzniederlegung.

Im Kreis Ostholstein gab es keine herausragenden Vorkommnisse. Dennoch existiert auch dort neben einigen „versprengten“ NPD-Mitgliedern weiterhin eine rechtsextremistische Subkultur-Szene.

In Eutin wurde durch „nationale Sozialisten“ am 8. Mai ein Ehrenmal am Eutiner Schlosspark gesäubert. Am 24. Juli fand im Raum Neustadt eine Mobilisierungsveranstaltung für eine am 5. September in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) stattfindende „Antikriegstags-Demonstration“ statt, zu der sich rund 25 Rechtsextremisten einfanden.

Der NPD-Kreisverband Lübeck/Ostholstein engagiert sich seit geraumer Zeit gegen die geplante Fehmarnbeltquerung und betrieb am 12. und 26. September und am 7. November in Burg/Fehmarn Informationstische. Bei allen Veranstaltungen war die Resonanz jedoch gering.

3.5.5 Südöstliches Schleswig-Holstein

Die Aktivitäten einer in Ratzeburg (Kreis Herzogtum Lauenburg) tätigen Gruppe von Neonazis, die entweder als „Nationale Sozialisten Lauenburg“ (NASO-LB), „Nationale Offensive Lauenburg“ (NOL) oder „Nationale Sozialisten Ratzeburg“ (NASO Ratzeburg) auftritt, haben in der Region öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Die provokativen Absichten der Verantwortlichen werden unter anderem daran deutlich, dass sie sich selbst als „NS-Anlaufstelle in Ratzeburg“ bezeichnen. Die Ratzeburger Neonazis unterhalten umfangreiche Kontakte zu Gleichgesinnten. So veranstaltete die NOL am 4. Juli zusammen mit Neonazis aus Mecklenburg-Vorpommern einen Informationsstand in Ratzeburg, in dessen Verlauf es zu einem Handgemenge mit Körperverletzungen zwischen „Linken“ und „Rechten“ kam. Eine so genannte Outing-Kampagne linksextremistischer Kräfte gegen zwei führende Rechtsextremisten aus der Region sowie eine „Gedenk-Demonstration“ der „Antifa Herzogtum Lauenburg“ aus Anlass der Brandanschläge vom 23. November 1992 in Mölln nahm die NASO-LB zum Anlass, Flugblätter in Mölln und Ratzeburg zu verteilen. In ihren Einlassungen warfen sie „ewig gestrigen Linken“ vor, den Trauermarsch für eigene Zwecke auszunutzen und gegen „Deutsche zu missbrauchen“: „Wir hingegen gedenken den wirklich Opfern von damals, den Angeklagten, weil wir die Wahrheit wissen ...“

Der benachbarte Kreis Stormarn gehört weiterhin zu den schleswig-holsteinischen Regionen, die unterdurchschnittlich von rechtsextremistischen Bestrebungen betroffen sind. Dennoch gibt es neuerdings auch dort zumindest Ansätze für das Entstehen rechtsextremistischer Strukturen. Angeblich wurde dort ein Kreisverband der „Deutschen Volksunion“ gegründet. Darüber hinaus präsentieren sich seit Mai „Autonome Nationalisten Stormarn“ mit einer eigenen Seite im Internet. Die Initiatoren bezeichnen sich als parteiunabhängiger Personenzusammenschluss junger Menschen mit dem Ziel, nationale und sozialistische Strukturen und Ideen im Raum Stormarn bekannt zu machen. Auf der „Bilderseite“ werden Fotos von neonazistischen Demonstrationen sowie eine Schusswaffe, gerichtet auf Polizisten, gezeigt. Darunter heißt es: „Das System hat uns den Krieg erklärt, es wird Zeit, darauf zu antworten“. Bislang handelt es sich aber bei den dort Aktiven nur um Einzelpersonen, die mit Hilfe des Internet auf sich aufmerksam machen wollen.

3.5.6 Nördliches Schleswig-Holstein

Die Aktivitäten von Rechtsextremisten in den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und in der Stadt Flensburg hielten auch im Berichtszeitraum weiter an. Das lag vor allem an der Teilnahme der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) an der Landtags- und Bundestagswahl am 27. September und den damit verbundenen Wahlkampfaktivitäten des NPD-Kreisverbandes Nordfriesland/Schleswig-Flensburg/Flensburg. Dabei kam es zu diversen Flugblattaktionen, unter anderem in Friedrichstadt, Tönning und Niebüll. Unterstützung erhielt der Kreisverband auch von so genannten Freien Nationalisten. Auf seiner Internet-Seite veröffentlichte er Berichte von diesen Wahlkampfaktivitäten und versuchte, diese regelmäßig als Erfolg darzustellen:

„So nahmen auch dieses Mal die Bürger gerne unser Informationsmaterial an, selbst diejenigen, die sonst vielleicht NPD-Material keines Blickes würdigen, schauten sich das interessante Flugblatt über den HSH-Nordbank-Skandal in Zeiten der Regierungskrise in Schleswig-Holstein gerne an.“

Im Internet zeigte sich der Kreisverband äußerst präsent: In regelmäßigen Abständen veröffentlichte er Berichte zu durchgeführten Aktionen, wie Flugblattverteilungen, aber auch Berichte zu allgemein-politischen Themen, wie „Kindergarten als Mülldeponie ... Und niemand handelt!?“ oder NPD-typische Themen, wie „Linksextremistische Straftaten angestiegen“. Die Aktivisten suchten zudem gelegentlich Ausschusssitzungen des Kreistages auf und berichteten hierüber. Öffentliche Aufmerksamkeit konnte die NPD dadurch aber nicht erzielen.

3.5.7 Kiel und Umgebung

Rechtsextremistische Aktivitäten in der Landeshauptstadt wurden 2009 durch zwei politische Gruppierungen geprägt. Zum einen ist hierfür der NPD-Kreisverband Kiel/Plön verantwortlich. Zwar konnte trotz eines bei der Kommunalwahl 2008 für die Kieler Ratsversammlung gewonnenen Mandates kaum mediale Aufmerksamkeit erzielt werden, jedoch zeichnet der Kreisverband seit Jahren in unregelmäßigen Abständen für aktionsorientierten öffentlichkeitswirksamen Rechtsextremismus verantwortlich. 2009 wurden im Vergleich zu 2008 weniger öffentliche Veranstaltungen (Demonstrationen, Informationsstände, Flugblattverteilungen usw.) durch die Kieler

NPD im Stadtgebiet initiiert. Dennoch waren die Protagonisten der Partei bei diesen Aktionen stets bemüht, aktuelle Tagespolitik aus rechtsextremistischer Betrachtungsweise aufzugreifen und „Bürgernähe“ zu suggerieren. Der altbewährte „Kampf um die Straße“ scheint nach dem desaströsen Wahlergebnis der Kieler NPD bei der Landtagswahl 2009 (in den drei Kieler Landtagswahlkreisen wurden 0,6 %, 0,9 % und 1,5 % der Zweitstimmen erzielt) die einzig verbliebene Möglichkeit, politisch zu agieren bzw. zu agitieren. Dabei setzte der Kreisverband durch das Verteilen so genannter Schulhof-CDs der NPD sowie Comics der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ auch auf die Anpolitisierung Jugendlicher.

Zum anderen ist neben dem NPD-Kreisverband die als neonazistisch, „rechts-autonom“ zu bewertende „Aktionsgruppe Kiel - Nationale Sozialisten Kiel“ (AG Kiel) im Stadtgebiet aktiv. 2009 war das politische Handeln der rund 10 bis 15 Sympathisanten und Mitglieder umfassenden Gruppierung geprägt durch Teilnahmen an Demonstrationen, Flugblattverteilungen mit neonazistischem oder parteipolitischem Hintergrund, gewalttätige Auseinandersetzungen mit dem linksextremistischen Gegner sowie die Wahlkampfunterstützung der NPD.

Die AG Kiel veröffentlichte seit Beginn des Jahres auf ihrer Internet-Seite regelmäßig von sich selbst so genannte Frontberichte, die ihre Aktivitäten beschrieben. Dabei fällt insbesondere die Verwendung von Begriffen wie „Frontstadt“, „Rotfront“, „Brückenkopf“ oder „Vaterlandsverräter“ auf, die Assoziationen zur Kampfzeit des historischen Nationalsozialismus hervorrufen (sollten). Im Beitrag „Kiel: Landeshauptstadt wird wieder Frontstadt!“ heißt es:

„In den letzten Monaten war es verhältnismäßig ruhig geworden in Kiel und gewisse Strukturen (staatliche, sowie linkskriminelle) glaubten und hofften wohl, dass (...) das nationale Lager gelähmt und großteils zerschlagen wird. Das dem nicht so ist, hat der Nationale Widerstand aus Kiel in den vergangenen Wochen unter Beweis gestellt und wird diese Tatsache auch zukünftig unterstreichen, denn nationale Sozialisten der Landeshauptstadt haben die ‚Ruhepause‘ ausgiebig genutzt und sind gut vorbereitet in das Kampfsjahr 2009 gestartet.“

Ein Auslöser der verstärkten Aktivitäten in Form von Flugblattverteilungen und Informationsständen zu Beginn des Jahres war offenkundig eine Mitte Januar von Linksextremisten in Kiel und Umgebung durchgeführte so genannte Outing-Aktion, bei der

sowohl Personen aus der Kieler Subkultur-Szene als auch NPD-Mitglieder von Linksextremisten in ihrer Nachbarschaft und bei ihren Arbeitgebern „als Nazis geoutet“ wurden. Sie wurden bezichtigt, der AG Kiel anzugehören oder diese zumindest zu unterstützen. Die Gruppe verstärkte nach diesen Ereignissen im Frühjahr ihre Aktivitäten in Form von weiteren Flugblattverteilungen und Demonstrationen. Insbesondere im April kam es zu diversen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Angehörigen der linksextremistischen Szene. Zu Beginn der zweiten Jahreshälfte dauerte der aktionsorientierte Rechtsextremismus der AG Kiel zunächst weiter an. Unter anderem konnten im August Beteiligungen an neonazistischen Aktionen (Demonstration im niedersächsischen Bad Nenndorf, „Heiß-Marsch“ in Kellinghusen) festgestellt werden. Auch stellten sich die Sympathisanten und Mitglieder in den Dienst des Landtags- bzw. Bundestagswahlkampfes der NPD. Ab Ende September ist die Gruppierung nahezu inaktiv gewesen, da deren führende Köpfe aufgrund allgemein-krimineller Aktivitäten einem erhöhten Verfolgungsdruck durch Polizei und Justiz ausgesetzt waren. Insbesondere der temporäre „Rückzug“ des bisherigen Anführers der AG Kiel hat diese hinsichtlich ihrer Aktionsfähigkeit stark eingeschränkt. Auch kann die Beteiligung einzelner Protagonisten an einer neonazistischen Kundgebung im Dezember in Rendsburg nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gruppe zum Ende des Berichtsjahres im aktionsorientierten schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus kaum mehr wahrgenommen werden konnte.

4 *Schrifttum, Verlagswesen und Vertriebsdienste*

Von Unternehmen, die von der Verbreitung von NS-Devotionalien, Skinhead-Musik, revisionistischer Literatur oder auch Geschenkartikeln mit entsprechendem Bezug leben, gehen naturgemäß nur in den seltensten Fällen politische Aktivitäten aus, die von einer größeren Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Dennoch sind ihre Aktivitäten für die Bewertung der Bedrohungslage der freiheitlichen demokratischen Grundordnung von besonderer Bedeutung. Den Aktivisten der unterschiedlichsten rechtsextremistischen Erscheinungsformen vom Skinhead bis zum unverbesserlichen Alt-Nationalsozialisten verschaffen die angebotenen Erzeugnisse eine geistige Grundlage, die sie bei ihren politischen Tätigkeiten unterstützt. Bei diesen in Schleswig-Holstein tätigen Unternehmen handelt es sich durchweg um Verdachtsfälle verfassungsfeindlicher rechtsextremistischer Bestrebungen:

4.1 „Arndt-Verlag“ und zugehörige Verlage

In Schleswig-Holstein befindet sich mit dem „Arndt-Verlag“ der Sitz eines der bedeutendsten deutschen Verlage, in dem in nicht unerheblichem Umfang rechtsextremistische Literatur angeboten wird. Ein erkennbarer Schwerpunkt des Verlagsprogramms ist der Geschichtsrevisionismus. 2009 gab der Inhaber in einem an seine Leserschaft gerichteten undatierten Prospekt bekannt, er wolle gemeinsam mit dem Inhaber des „Nation und Europa“-Verlages ab Januar 2010 ein neues Zeitschriftenprojekt starten. Bereits das Vorwort einer in der Vorbereitungsphase verteilten „Kostprobe“ des neuen Projektes ließ anhand der ausgewählten Themen die Zielgruppe der neuen Zeitschrift erkennen. Die Aussagen waren unter anderem durch Ausländerfeindlichkeit und hinlänglich bekannte Verschwörungstheorien geprägt:

„(...) Es war ein Riesenfehler, daß nicht mehr Völker und Staaten über ihre eigene Volkswirtschaft bestimmen, sondern daß anonyme Mächte der Finanzwelt zusammen mit internationalen Großunternehmen sich auf Kosten der Völker bereichern dürfen.“

„(...) Heute bestimmt eine Einheitsphalanx aus politisch völlig gleichgeschalteten Fernsehsendern und Zeitungen das Nachrichtengeschehen. Deutsche Interessen werden in diesen Redaktionen nirgends vertreten, die weltweite Beteiligung Deutschlands an Kriegen wird dort unterstützt. EU-Wahn und Multi-Kulti werden beklatscht, Ausländerkriminalität wird einfach totgeschwiegen, und Tag für Tag wird der deutsche Schuld-Kult mit neuen Nachrichten und Kampagnen befeuert. Der einfache Bürger hat einfach keine Orientierung mehr über die tatsächliche Bedrohungslage unseres Volkes, ihm fehlen dafür die fundamentalsten Informationen.“

Die schließlich am 18. Dezember erstmals erschienene erste Ausgabe der Zeitschrift mit dem Titel „Zuerst!“ enthielt zwar keine offenkundig rechtsextremistischen Äußerungen. Einlassungen des Verlegers in einem Interview zeigten aber erneut die Zielrichtung auf. Nachdem sich eine konservative Wochenzeitung geweigert hatte, eine Anzeige zur Neuerscheinung von „Zuerst!“ zu veröffentlichen, nutzte er das Interview zu verbalen Angriffen auf diese Zeitung und ließ dabei zugleich seine offenkundig rechtsextremistischen Standpunkte erkennen:

„Wer wie die JF (Anmerkung: Gemeint ist die Wochenzeitung „Junge Freiheit“.) im November auf der Zeitungstitelseite einen vietnamesischen Bundesminister, eine Schönheitskönigin aus Sri Lanka und einen türkischen Kabarettisten als ‚Die neuen Deutschen‘ und Beispiele gelungener Integration in Deutschland willkommen heißt und gleichzeitig uns Patrioten anschnauzt, wir sollten endlich die Realitäten anerkennen, dass die ‚Rückführung von Ausländern eine Illusion‘ sei, der hat womöglich wirklich politisch einen etwas anderen Standort als ich.“

4.2 Sonstige rechtsextremistische Verlage

In Schleswig-Holstein gibt es noch drei weitere Verlage, die im Gegensatz zum „Arndt-Verlag“ ein Buchsortiment anbieten, das ausschließlich auf rechtsextremistische Bedürfnisse zugeschnitten ist.

4.3 Skinhead-Vertriebsdienste

Die Subkultur-Szene hat ihre eigenen Vertriebsdienste. In Schleswig-Holstein existieren derzeit vier derartige Unternehmen, bei denen sich überwiegend Angehörige der rechtsextremistischen Subkultur-Szene mit entsprechender Musik und anderen Szene-Devotionalien versorgen können (siehe dazu unter Nr. II 3.4).

**5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen
und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung
im Bundesgebiet 2007 bis 2009**

	2007	2008	2009
NPD/JN	240	240	230
DVU	250	210	210
Sonstige			
• nicht neonazistische Rechtsextremisten	80	100	100
• überwiegend neonazistisch orientierte Rechtsextremisten	100	110	180
Subkulturell geprägte und sonstige als gewaltbereit eingeschätzte Rechtsextremisten	740	760	735
Gesamt Land *	1.410	1.420	1.455
Gesamt Bund *	31.000	30.000	26.600

* Nach Abzug so genannter Doppelmitgliedschaften

III. Linksextremismus

1 Überblick

Im Jahr 2009 lag die Zahl der Linksextremisten in Schleswig-Holstein bei 830 Personen. Damit hat es in den vergangenen Jahren keine größeren Veränderungen gegeben.

Der dogmatische Linksextremismus tritt in seiner Entwicklung seit geraumer Zeit auf der Stelle. Insbesondere die „Deutsche Kommunistische Partei“ als früher führende Organisation hat infolge unübersehbarer Überalterung immer größere Schwierigkeiten - und dies selbst sceneintern -, politische Impulse zu setzen. Erfolge bei Wahlteilnahmen, soweit diese denn überhaupt erfolgten, blieben im Berichtsjahr gänzlich aus.

Demgegenüber ist im Bereich des undogmatischen Linksextremismus, wenn auch keine große Dynamik, so doch die Fortsetzung einer leichten Veränderung der Szene zu verzeichnen. Dabei verstärkte sich die Abgrenzung zwischen den beiden Polen, den klassischen Autonomen und den strukturiert vorgehenden undogmatischen Linksextremisten.

Letztere führten ihre Bestrebungen, den Grad der Organisierung und Vernetzung zu erhöhen, regional und insbesondere überregional fort, um ihre Schlagkraft und Wahrnehmbarkeit zu verbessern.

Die „klassische“ autonome Szene hat ihre schon im Vorjahr erkennbare größere Selbständigkeit weiter ausbauen können. Geführt von Protagonisten mit Aktionserfahrung setzte sie sich inzwischen recht selbstbewusst von den anderen linksextremistischen Strömungen ab.

Die Themen „Alternative/Autonome Zentren“ sowie „Anti-Atom“ waren für die linksextremistische Szene im Berichtsjahr von eher geringerer Bedeutung; hingegen wurden die Politikfelder „Anti-Faschismus“, „Anti-Repression“, „Anti-Globalisierung“, „Anti-Militarismus“, „Anti-Rassismus“ sowie „Sozialabbau“ häufiger Anlass von Aktivitäten.

Mehr als in den vergangenen Jahren stand linksextremistische Gewalt im Berichtsjahr im Fokus der öffentlichen Diskussion. Eine Vielzahl von Brandanschlägen hat die Frage aufgeworfen, ob diese Häufung von Straftaten den Beginn einer neuen Qualität der Akzeptanz und Anwendung planmäßiger Militanz bedeute. Jedenfalls ist festzustellen, dass ein Teil der Szene die jahrelang ausgeübte „Zurückhaltung“ bei der Anwendung von Gewalt zunehmend in Frage stellt.

Schleswig-Holstein war von dieser Entwicklung nur am Rande betroffen. Im Jahr 2009 sind hier 311 (2008: 247; 2007: 236) Straftaten, davon 67 (2008: 43; 2007: 38) Gewaltdelikte, im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität erfasst worden. Der Anstieg in den Jahren 2008 und 2009 begründet sich insbesondere durch Straftaten anlässlich der Beteiligung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) an der Kommunalwahl 2008 sowie an der Landtags- und Bundestagswahl 2009. Dieser Umstand mobilisierte das linksextremistische Spektrum in besonderem Maße und führte zu zahlreichen Auseinandersetzungen mit Rechtsextremisten.

Die Zahl der linksextremistischen Straf- und Gewalttaten bewegt sich in Schleswig-Holstein damit nach wie vor in der bekannten Schwankungsbreite. So waren z. B. im Jahr 2005 274 Straftaten, davon 86 Gewaltdelikte, zu verzeichnen. Seinerzeit hatten militant geführte Kampagnen von Linksextremisten gegen die Teilnahme der NPD an der Landtags- und Bundestagswahl zu einem signifikanten Anstieg der Straftaten geführt.

2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

2.1 Undogmatischer Linksextremismus

2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

In Schleswig-Holstein liegt die Anzahl undogmatischer Linksextremisten bei ungefähr 330 Personen und damit in etwa auf dem Niveau der Jahre 2003 bis 2006. Dagegen konnten 2007 und 2008 mit jeweils 350 Personen vorübergehend leicht erhöhte Zahlen festgestellt werden. Aufgrund besonderer Mobilisierungsanstrengungen zu Großdemonstrationen, wie denen zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligen-

damm 2007, hatte die Szene eine Zeit lang neue Unterstützer, aber auch Mitglieder gewinnen können. Von solchen geringen Schwankungen abgesehen kann aber als Fazit für das zu Ende gehende Jahrzehnt festgestellt werden: Nach dem moderaten Rückgang der Anzahl undogmatischer Linksextremisten zu Beginn des Jahrzehnts um ungefähr 10 % - damals lösten sich aufgrund fehlender Perspektiven viele feste Gruppenstrukturen auf -, liegt die Anzahl seither nahezu konstant um die 330 Personen.

Strukturbedingt liegen die örtlichen Schwerpunkte der undogmatisch-linksextremistischen Szene weiterhin in den großen Städten des Landes. Die sich vereinzelt immer wieder in mittelgroßen Städten bildenden Gruppen bestehen dagegen in der Regel nur über wenige Jahre, bis sich die führenden Personen Gruppierungen in den großen Städten anschließen.

2.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt

So vielfältig das linksextremistische Spektrum in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen ist, so unterschiedlich sind auch die Strategien und Aktionsformen zur Erreichung des wieder allen gemeinsamen Zieles, der Überwindung des Systems der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Dogmatische Linksextremisten versuchen als parlamentsorientierte Vertreter des Gesamtspektrums nach wie vor, Einfluss durch Teilnahme an Wahlen und der Erringung von Parlamentsmandaten zu gewinnen. Sie favorisieren die „klassische“ politische Auseinandersetzung. Veröffentlichungen in organisationseigenen Presseorganen, aber auch der direkte Bürgerkontakt an Informationsständen oder am Rande kleinerer Demonstrationen spielen eine vergleichsweise große Rolle.

Demgegenüber lehnen „klassische“ Autonome jede Form der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und deren Strukturen ab. Bürgerlichen Organisationen wird mit großer Skepsis begegnet, die nur in Ausnahmefällen, meist im Zusammenhang mit dem Aktionsfeld „Anti-Faschismus“, zu einer kurzfristigen Zusammenarbeit führen wird. Aktionsorientiert erfolgen Widerstand und Protest überwiegend spontan. Netzwerke werden eher anlassbezogen als strategisch langfristig gebildet und eingesetzt.

Gewalt zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele ist akzeptiert und wird als taktisches Mittel auch ohne Bedenken eingesetzt.

Die strukturiert vorgehenden undogmatischen Linksextremisten glauben demgegenüber erkannt zu haben, dass beide hergebrachten Strategien über Jahrzehnte zu keinem Erfolg geführt haben und diese Wege auch zukünftig wenig Erfolg versprechend sind. Nicht die Teilnahme am Parlamentarismus, sondern die Bildung einer möglichst großen gesamtgesellschaftlichen „Gegenmacht“ soll die revolutionäre Überwindung des bestehenden Systems bewirken. Die Erreichung dieses Ziels erfordere im Gegensatz zu klassischen autonomen Konzepten durchaus einen gewissen Grad an Organisation. Organisierte Strukturen seien länger anhaltend in der Lage, eigene Themen in das bürgerliche Lager hineinzutragen, dortige Akzeptanz für eigene Positionen zu wecken und dauerhafte - linksextremistisch dominierte - Bündnisse entstehen zu lassen.

Ungeachtet dieser unterschiedlichen Strategien ist das Selbstverständnis aller undogmatischen Linksextremisten grundsätzlich geprägt von antikapitalistischen, antifaschistischen und antisexistischen Einstellungen. Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Anti-Imperialismus“) bilden den Rahmen ihrer Aktivitäten.

Zum Informationsaustausch bedient sich die Szene auch weiterhin „bewährter“ Methoden, wie Szene-Publikationen, Infoläden und Treffen. Daneben nutzt sie die Mittel der modernen Informationsgesellschaft, wie Internet und Mobiltelefone, mit der Möglichkeit geschützter Kommunikation. Dies begünstigt das in weiten Teilen konspirative Verhalten von Linksextremisten, erhöht deren Aktionsfähigkeit und soll den Sicherheitsbehörden die Aufklärung erschweren.

Neben „offenen“ Formen politischer Betätigung, wie Agitation in Flugblättern, Plakaten, Internet-Aufrufen und Szene-Publikationen, praktiziert das undogmatisch-linksextremistische Spektrum auch militante Aktionsformen. Dabei kommt es je nach Situation immer wieder zu Straftaten, wie Sachbeschädigungen unterschiedlicher Art und Intensität, Brandanschlägen, gefährlichen Eingriffen in den Straßen- und Schie-

nenverkehr sowie Körperverletzungen, insbesondere gegen Polizisten und Rechtsextremisten.

Mehr als in den vergangenen Jahren stand linksextremistische Gewalt im Berichtsjahr im Fokus der öffentlichen Diskussion. Eine fast „unüberschaubare“ Anzahl von Brandanschlägen - überwiegend in großen Universitätsstädten, wie Berlin, Hamburg und Göttingen - führte zu einer auch pressewirksamen Aufmerksamkeit.

Schleswig-Holstein war von dieser Entwicklung nur am Rande betroffen. Der insgesamt gegenüber 2008 zu verzeichnende Anstieg von Gewalttaten ist in erster Linie auf Auseinandersetzungen mit der rechtsextremistischen Szene im Zusammenhang mit den im Jahr 2009 durchgeführten Wahlen zurückzuführen.

Bundesweit bleibt neben Publikationen im Internet das überregional bedeutsame linksextremistische Berliner Szene-Blatt „INTERIM“ eine gewichtige Plattform, auf der Beiträge zum Thema „Militanz“, Selbstbeichtigungsschreiben und Aufrufe jeglicher Art veröffentlicht werden. Dabei schreckten die Herausgeber nicht davor zurück, auch Aufrufe zum Bau von Brandbomben abzudrucken.

So wurde in der „INTERIM“ Nr. 701 vom 11. Dezember unter anderem eine Anleitung zum Bau von Brandsätzen unter Verwendung von Gaskartuschen veröffentlicht. Ende Dezember kam es dann zu einem Brandanschlag auf die Geschäftsstelle der Deutschen Polizeigewerkschaft in Berlin. Dabei wurde von unbekanntem Tätern eine unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung gezündet, die auch aus Gaskartuschen bestand.

Seit April 2008 war es im Zuge der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten gekommen (siehe dazu auch unter Nr. III 3.1). Nach einer Phase der Beruhigung gegen Ende des Jahres 2008 haben Angehörige des „klassischen“ autonomen Spektrums dann im Januar 2009 mehrere Neonazis vor ihren Wohnungen in Kiel „geoutet“. Im Anschluss an diese Aktion ist es im ersten Halbjahr zu einer ganzen Reihe von Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten gekommen. In

diesem Zusammenhang waren eingeworfene Scheiben, Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und auch Körperverletzungen festzustellen.

Bei einem letztendlich unaufgeklärten Brandanschlag im März auf ein Wohnhaus in Neumünster befand sich unter den Geschädigten auch ein bekannter Neonazi. Dieser Vorfall hat in der Folge zu einer erheblichen Unruhe im linksextremistischen Spektrum geführt, da umgehende „Antworten“ des politischen Gegners befürchtet wurden.

Personenbezogene Anschläge durch Linksextremisten mit dem Ziel der Verletzung oder gar der Tötung des politischen Gegners waren allerdings schon seit Jahren kein strategisches Mittel militanter linksextremistischer Überlegungen. So war es dann keine Überraschung, dass linksextremistische Gruppierungen aus Kiel und Neumünster sowie auch Einzelpersonen im Internet bereits 14 Tage später in einer „Notwendigen Klarstellung“ den Anschlag wegen der möglichen „Gefährdung von HausbewohnerInnen“ verurteilten und eine Beteiligung an diesem Vorfall ausdrücklich zurückwiesen. Erstmals seit Jahren begann damit auch in Schleswig-Holstein wieder eine Diskussion über Gewalt gegen Personen als Mittel der politischen Auseinandersetzung.

So gab es in der Juni-Ausgabe der „INTERIM“ einen Beitrag von „Einigen militanten Antifaschist_innen“ aus Kiel. Dieser befasste sich ausführlich „mit den Bedingungen und Ausprägungen des militanten Antifaschismus“ sowie mit dem zuvor beschriebenen Brandanschlag:

„Zeitungsberichten zu diesem Anschlag ist zu entnehmen, dass es sich hierbei um einen Brandanschlag gehandelt habe. Gerüchte innerhalb der antifaschistischen Szene sprechen jedoch vielmehr von einer außer Kontrolle geratenen Rauchbombe, welche durch ein zerstörtes Fenster in das Haus geworfen wurde. Eine Aufklärung des tatsächlichen Geschehens ist uns an dieser Stelle nicht möglich und liegt auch nicht in unserem vorrangigen Interesse. Vielmehr möchten wir dieses Ereignis zum Anlass nehmen, um einen Blick auf den Umgang der Autonomen Szene mit militanten Anschlägen zu werfen, und einige, aus unserer Sicht dringend notwendige Grundsätze des militanten Antifaschismus herauszuarbeiten (...).“

Zwar kommen die Verfasser im Ergebnis zu dem Schluss, „dass der Kampf gegen die Neonazis notwendig ist - auf allen Ebenen, mit allen Mitteln“. Dennoch sei „das Anzünden von Wohnhäusern zur jetzigen Zeit und an diesem Ort **nicht** das geeignete Mittel des politischen Kampfes gegen Neonazis“.

Die Anmerkung, „dass unsere kritische Solidarität natürlich auch diejenigen Aktivist_innen umfasst, welche Fehler auf dem Weg zur herrschaftsfreien und klassenlosen Gesellschaft begehen“, vermittelt dessen ungeachtet auch Verständnis und ist von einer distanzierenden Verurteilung der Tat weit entfernt. Der selbst für richtig gehaltene Verzicht auf bestimmte Gewaltstraftaten bedeutet eben gerade nicht, dass Gewalttaten anderer nicht auch „solidarisch“ akzeptiert und mitgetragen würden.

Ein bedeutsames Aktionsfeld für militante Linksextremisten war 2009 auch das Thema „Anti-Militarismus“ (siehe dazu auch unter Nr. III 3.4). So wurden mehrere Sachbeschädigungen, aber auch Brandanschläge gegen die Bundeswehr und sie unterstützende Unternehmen verübt.

In Kiel und Hamburg warfen unbekannte Täter im Februar Steine und mit roter Farbe gefüllte Christbaumkugeln zeitgleich auf Gebäude von Rüstungsunternehmen. In einem Selbstbeichtigungsschreiben haben sich unbekannte Täter zu den Sachbeschädigungen bekannt:

„(...) Mit dieser Aktion wenden wir uns gegen das Zusammentreffen internationaler Politiker_Innen der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten, (...) und Militärs, die sich Anfang Februar 2009 auf der 45. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik treffen.
(...) Zusätzlich sehen wir diese Aktion als einen Beitrag zum Auftakt der Proteste gegen den 60. Jahrestag der NATO in Baden Baden und Strasbourg Anfang April 2009.“

Im Januar wurden in Bredstedt (Kreis Nordfriesland) vier Fahrzeuge der Firma DHL in Brand gesetzt. Das Logistikunternehmen DHL und dessen Konzernmutter Deutsche Post AG sehen sich als Dienstleister der Bundeswehr seit einem Aufruf in der „INTERIM“ Nr. 682 vom 18. Dezember 2008 einer bundesweiten militanten Kampagne ausgesetzt. Zahlreiche Sachbeschädigungen an Briefkästen und Packstationen sowie Brandanschläge auf Fahrzeuge der genannten Unternehmen waren die Folge.

Für den Anschlag in Bredstedt liegt zwar kein Selbstbeichtigungsschreiben vor. Dennoch sprechen die Umstände der Tat für eine linksextremistisch motivierte Sachbeschädigung.

2.1.3 Entwicklungen der undogmatischen Szene

Die bei aller Vielschichtigkeit ursprünglich weitgehend einheitlich zu beschreibende undogmatische Szene hat sich in Schleswig-Holstein weiter verändert. Dabei verstärkte sich die Abgrenzung zwischen den beiden Polen, den klassischen Autonomen und den strukturiert vorgehenden undogmatischen Linksextremisten.

Letztere führten ihre Bestrebungen, den Grad der Organisierung und Vernetzung zu erhöhen, regional und insbesondere überregional fort. Ziel war dabei, durch Bündelung der Kräfte sowie eine Koordination der Aktionen eine größere Kontinuität und Schlagkraft zu erreichen. Zudem soll dadurch die Wahrnehmbarkeit dieser Strömung verbessert werden, was nicht nur die Durchsetzungskraft erhöhen, sondern auch die Attraktivität für weitere Gruppen und Einzelpersonen steigern soll, sich dieser Richtung anzuschließen. Die Aufbauarbeit sollte nach eigenem Verständnis mit ideologischer Fundierung durch Theoriearbeit einhergehen, was in der Praxis allerdings meistens vernachlässigt wurde.

Ansätze dieser Entwicklung sind bereits seit rund 20 Jahren zu beobachten. Der Vertreter dieser Linie in Schleswig-Holstein, die Organisation „Avanti - Projekt undogmatische Linke“, entstand 1989 durch den Zusammenschluss zweier autonomer Gruppen aus Kiel und Lübeck. Diese Fusion stellte damals den ersten Schritt zur dann langfristig erfolgten Lösung aus dem autonomen Spektrum dar: gerade typische Merkmale der Autonomen, z. B. die Unverbindlichkeit und die Organisationsfeindlichkeit, sollten überwunden werden. Bundesweit gab es in den 1990er-Jahren unter Beteiligung „Avantis“ mit der „Initiative zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation“ einen entsprechenden Versuch, sich zu organisieren. Auch wenn diese Initiative formal scheiterte, wurde hier die Basis für spätere tatsächlich durchgeführte Kooperationen gelegt.

„Avanti“ hat seinen Einflussbereich weiter ausgedehnt. Nach Hamburg, Hannover und Bremen gibt es nun ebenfalls in Berlin eine Ortsgruppe. Gemeinsam mit den vier Ortsgruppen im Stammland Schleswig-Holstein ist Norddeutschland somit räumlich weitgehend abgedeckt. Allerdings sind die entfalteteten Aktivitäten gerade in Schleswig-Holstein eher rückläufig. War die Ortsgruppe Flensburg noch nie als Aktivposten zu bezeichnen, lässt sich dies seit einigen Jahren zunehmend auch für die Ortsgruppe Norderstedt sagen. Die größeren Ortsgruppen Kiel und Lübeck waren zwar überregional in Bündnissen weiterhin durch Delegierte oder Einzelpersonen vertreten, werden aber ihrem eigenen Anspruch, wonach die „Verankerung und Weiterentwicklung vor Ort Priorität hat“ („Avanti“-Grundsatzprogramm, Nr. 6.2), gemessen an der festgestellten Außenwirkung nur im geringen Maße gerecht.

Die klassische autonome Szene hat an der grundsätzlichen Organisations- und Hierarchiefeindlichkeit festgehalten. Auch eine Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften ist weiterhin unerwünscht. Die Autonomen in Schleswig-Holstein mit Schwerpunkt in Kiel und Umgebung haben ihre bereits im Vorjahr erkennbare größere Selbständigkeit ausgebaut. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die momentan bestimmenden Personen der Szene szenerelevante Erfahrungen aufzuweisen haben und in der bestehenden Konstellation seit längerer Zeit zusammenarbeiten. Es handelt sich also um eine Hochphase des typischen zyklischen Verlaufs. Hinzu kommt aber auch die bewusste stärkere Abgrenzung zu den Strukturierten Undogmaten, deren Kurs man selbstbewusst die eigenen Vorstellungen entgegenhält.

Diese gegenläufigen Entwicklungen bei den Strukturierten Undogmaten und den Autonomen führten zwar zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen den Szenen. Eine punktuelle Zusammenarbeit war aber auch festzustellen und ist weiterhin jederzeit möglich.

2.2 Dogmatischer Linksextremismus

Dem dogmatischen Linksextremismus werden linksextremistische Parteien und Gruppierungen zugerechnet, die sich im Wesentlichen am Marxismus-Leninismus ausrichten. Sie verfügen über ein Weltbild, das den Anspruch wissenschaftlicher Folgerichtigkeit erhebt und geschichtlichen, gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen

Veränderungen bestimmte Gesetzmäßigkeiten unterlegt. Diese sollen unausweichlich auf die Ablösung der „bürgerlich-kapitalistischen“ Demokratie durch den Sozialismus als „höhere“ Gesellschaftsform hinauslaufen und damit die Beseitigung der bestehenden Verfassungsordnung zur Folge haben.

Das Spektrum des dogmatischen Linksextremismus umfasst in Schleswig-Holstein rund 500 Personen. Rund 170 sind der „Deutschen Kommunistischen Partei“ zuzurechnen.

2.2.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Die DKP versteht sich als „revolutionär-marxistische Partei der Arbeiterklasse“. Das Bekenntnis, dass der Sozialismus für sie grundlegende Alternative zum Kapitalismus sei, ist für die Partei nach wie vor der Weg und das Ziel. Von zentraler Bedeutung auf dem Weg zum Sozialismus sei die Bekämpfung der „kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse“.

Die Partei war bundesweit zur Europawahl am 7. Juni angetreten. Auf die 31 Personen umfassende Bundesliste entfielen bundesweit - wie auch in Schleswig-Holstein - 0,10 % der Stimmen. Unter den Listenkandidaten waren auf den ersten zehn Plätzen drei Kandidaten aus Schleswig-Holstein zu finden.

An der Bundestagswahl am 27. September beteiligte sich die DKP in Schleswig-Holstein lediglich mit einer Landesliste. An der am gleichen Tag stattfindenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein beteiligte sich die Partei - wie schon 2005 - nicht.

Mit der DKP eng verbunden ist der Jugendverband „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), der im Mai 1968 gegründet worden war. Nach eigenen Angaben unternimmt die SDAJ

„alle Anstrengungen, damit sozialistische Auffassungen unter der Jugend Verbreitung finden. (...) Sie kämpft für eine sozialistische Bundesrepublik Deutschland.“

Mitglieder der DKP sind nach wie vor auch in den Führungsgremien der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ vertreten.

2.2.2 Weitere Gruppierungen

Zu den weiteren im Lande vorhandenen dogmatisch-linksextremistischen Organisationen gehört unter anderem die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“, die seit 2004 „Montags-Demonstrationen“ gegen „Sozialabbau“ und „Hartz IV“ in Lübeck organisiert.

Weiterhin zählen zu diesem Spektrum die aus dem ehemaligen „Bund Westdeutscher Kommunisten“ hervorgegangene „Arbeitsgemeinschaft kommunistische Politik von unten in und bei der Partei DIE LINKE. Schleswig-Holstein“ sowie die trotzkistischen Organisationen „Sozialistische Alternative VORAN“ und das Netzwerk „Marx21“, das 2007 aus „Linksruck“ hervorgegangen ist.

2.3 „Rote Hilfe e. V.“

Ihr Selbstverständnis beschreibt die „Rote Hilfe“ mit der solidarischen Unterstützung aller, die aufgrund ihrer politischen Betätigung unter „staatlicher Repression“ zu leiden hätten.

Die aus unterschiedlichen überwiegend linksextremistischen Ausrichtungen stammenden Mitglieder der „Roten Hilfe“ gewähren Betroffenen aus dem gesamten linken und linksextremistischen Spektrum vornehmlich finanzielle Hilfe oder organisieren Anwälte. Die dazu benötigten Mittel werden über Spenden und Mitgliedsbeiträge aufgebracht. Nach Überzeugung der „Roten Hilfe“ sei jede Unterstützung ein Beitrag zur Stärkung der linken Bewegung.

„Jede und Jeder, die/der sich an politischen Kämpfen beteiligt, soll dies in dem Bewusstsein tun, dass sie/er später bei eventueller Strafverfolgung nicht alleine dasteht.“

Der Organisation, die seit 1986 ein eingetragener Verein ist, gehörten im Berichtszeitraum bundesweit rund 4.500 Mitglieder an, die sich zum großen Teil aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum rekrutieren.

Die Redaktion der Zeitschrift „Rote Hilfe“ hat ihren Sitz, wie auch der Bundesvorstand, in Göttingen (Niedersachsen). In der regelmäßig erscheinenden Publikation wird über Unterstützungsfälle, Strafverfahren, Demonstrationen und solche Rechtsänderungen, die aus Sicht der „Roten Hilfe“ den „Repressionsapparat“ des Staates stärken würden, berichtet.

Die „Rote Hilfe“ ist nach eigenen Angaben bundesweit in 50 Ortsgruppen und Kontaktadressen organisiert, die die aktive Arbeit des Vereins tragen. In Schleswig-Holstein hat der Verein rund 170 Mitglieder; es bestehen Ortsgruppen in Kiel, Lübeck und Flensburg. In Kiel ist zudem der Literaturvertrieb ansässig.

3 Aktionsfelder

Linksextremisten greifen gerne bestehende, gesellschaftlich kontrovers geführte Themen auf. Wenn möglich, schließen sie groß angelegte Aktionen an bestehende Protestbewegungen an und versuchen, diese für die Propagierung ihrer eigenen ideologischen Ziele zu instrumentalisieren. Daraus entwickelte sich in den letzten Jahren verstärkt ein aktionsbezogener Extremismus, für den die Austauschbarkeit der Themenfelder kennzeichnend war.

Ein klassisches Aktionsfeld der linksextremistischen Szene ist - trotz eines über die Jahre kontinuierlichen Bedeutungsrückgangs - der Protest gegen die Castor-Transporte und damit das Thema „Anti-Atomkraft“. In Schleswig-Holstein spielte dieses Thema im Berichtszeitraum allerdings keine Rolle, da für 2009 kein Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben (Niedersachsen) vorgesehen war.

Die „alternativen/autonomen Zentren“ sind in Schleswig-Holstein nach wie vor Anlaufpunkte für Linksextremisten, boten aber wie im Vorjahr keinen Anlass für nennenswerte Probleme. Die in den vorangegangenen Jahren gefundenen - teils vertraglichen - Lösungen sorgten weiterhin für weitgehende Konfliktfreiheit.

Nachfolgend benannte Aktionsfelder waren für Linksextremisten in Schleswig-Holstein von größerer Bedeutung:

3.1 „Anti-Faschismus“

Für undogmatische Linksextremisten ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus, der „Anti-Faschismus-Kampf“, eines der wichtigsten eigenen politischen Ziele. Ihr Feindbild sind aber nicht nur rechtsextremistische Strukturen, sondern auch und gerade der Staat selbst. Linksextremisten bewerten den Rechtsextremismus als ein systemimmanentes Merkmal der deutschen Gesellschaftsordnung. Sie unterstellen dem politischen System, den Rechtsextremismus bewusst zu fördern und zu instrumentalisieren.

Der revolutionäre „Anti-Faschismus“ der orthodoxen, dogmatischen Linksextremisten richtet sich primär gegen das kapitalistische System selbst und verfolgt als Ziel, die gesellschaftlichen Strukturen, die angeblich zwangsläufig Faschismus und Rassismus hervorbringen, zu zerschlagen.

Eines der zentralen Aktionsfelder der linksextremistischen Szene ist daher nach wie vor der „antifaschistische Kampf“ gegen Rechtsextremisten und deren Strukturen. Im Mittelpunkt stehen demonstrative Protestaktionen gegen Aufmärsche, Informationsstände und Veranstaltungen von Rechtsextremisten, aber auch das direkte Vorgehen gegen Einzelpersonen. Militante Aktionsformen werden als legitimes und probates Mittel im Kampf gegen Neonazis angesehen. Situationen, bei denen eine Eskalation erwartet wird, werden oftmals geradezu gesucht.

Im „Anti-Faschismus-Kampf“ der linksextremistischen Szene Schleswig-Holsteins sind im Jahr 2009 Demonstrationen am 28. März in Lübeck, am 6. Juni in Pinneberg und am 26. September in Neumünster als besonders bedeutsam zu bezeichnen.

Seit 2006 findet jedes Jahr in Lübeck der mittlerweile größte, wiederkehrende Aufmarsch der norddeutschen rechtsextremistischen Szene statt. Anlass ist der Jahrestag der Bombardierung Lübecks durch die britische Luftwaffe im März 1942. Auch 2009 wurde am 28. März dagegen mit einer „antifaschistischen“ Demonstration unter dem Motto „Wir können sie stoppen! Kein Nazi-Aufmarsch in Lübeck!“ protestiert. Es hatte sich ein breit gefächelter Widerstand gebildet. Ein Bündnis aus Kirchenvertre-

tern, Gewerkschaften, Parteien, bürgerlichen, aber auch linksextremistischen Gruppierungen hat dabei eine führende Rolle in der Gegenmobilisierung eingenommen. Wie in den Vorjahren spielte erneut die Lübecker Ortsgruppe der linksextremistischen Gruppierung „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ bei der Gesamtorganisation eine dominierende Rolle.

Neben etlichen, auch überregional stattgefundenen Vorbereitungstreffen wurde monatelang intensiv auf den lokalen, in der Szene bekannten Internet-Seiten und zusätzlich auf einer speziell eingerichteten Sonderseite für die Gegenkundgebung geworben. Dabei sahen die Veranstalter laut Aufruf die Aufmärsche der rechtsextremistischen Szene nicht

„... ‚nur‘ als ein Propagandamittel. Sie dienen auch der Integration von Jung-Nazis und der Festigung der Sympathisanten-Szene; und sie sollen in der Gesellschaft eine Gewöhnung an offenes Auftreten von Nazis schaffen - Nazis wollen zur deutschen Normalität gehören. Das ist das Fundament, von dem aus sie, allen voran die NPD, den ‚Kampf um die Parlamente‘ und den ‚Kampf um die Köpfe‘ angehen. Ihnen auf der Strasse eine Niederlage beizubringen, zielt strategisch also auch auf die Grundlagen ihrer Organisierung.“

Die insgesamt 1.500 Teilnehmer umfassende Gegendemonstration verlief anfangs größtenteils friedlich. Noch vor Ende der Veranstaltung versuchten rund 600 Störer der linken Szene (neben Schleswig-Holsteinern auch etliche aus Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und sogar Dänemark), zu der Marschstrecke des rechten Aufzugs vorzudringen. Dabei kam es zu Angriffen auf Polizeikräfte und Einsatzfahrzeuge, gewalttätigen Aktionen autonomer Kleingruppen und Sitzblockaden. Infolgedessen wurde die ursprüngliche Wegstrecke des rechten Aufzugs kurzfristig geändert, und eine geplante Zwischenkundgebung wurde untersagt; ein Aufeinandertreffen beider Demonstrationzüge konnte jedoch verhindert werden.

Eine herausragende Demonstration gegen Rechtsextremismus fand am 6. Juni in Pinneberg statt. Dort hatte sich ein breites Bündnis von über 50 Organisationen gebildet, um gegen einen zeitgleich stattfindenden Aufmarsch von Neonazis („Tag der deutschen Zukunft! Unser Signal gegen Überfremdung!“) gewaltfrei zu demonstrieren. Zu diesem Bündnis gehörten neben Initiativen, Gewerkschaften, Parteien, Kir-

chengemeinden auch linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Gruppierungen: Unter den über 2.000 Teilnehmern der friedlich verlaufenen Demonstration befanden sich rund 800 Personen des linksextremistischen Spektrums aus Norddeutschland, darunter rund 400 Gewaltbereite.

Schließlich fand am 26. September in Neumünster wiederum eine Demonstration unter dem Motto „Club 88 schließen - Nazistrukturen bekämpfen“ statt. Anlass war der 13. Geburtstag der überregional bekannten Gaststätte „Club 88“ im Neumünsteraner Stadtteil Gadeland. Diese fungiert als wichtige Anlaufstelle der norddeutschen Neonazi-Szene. Zu der Demonstration aufgerufen hatte ein breites Bündnis aus bürgerlichen und demokratischen Gruppierungen; jedoch waren auch wieder etliche Linksextremisten beteiligt. Im Gegensatz zu den Vorjahren sollte die Veranstaltung laut Anmeldung nicht nur in der Neumünsteraner Innenstadt, sondern auch im Stadtteil Gadeland und damit direkt am „Club 88“ vorbeiführen, was jedoch durch entsprechende Auflagen der Stadtverwaltung verwehrt wurde.

Der Demonstrationsaufruf mit dem Titel „Jetzt schlägts 13“ wurde auf diversen linksextremistischen Internet-Seiten aus Schleswig-Holstein und Hamburg eingestellt, es fanden mehrere Vorbereitungstreffen statt, Flyer wurden an verschiedenen Schulen verteilt und Plakate verklebt. Dabei beabsichtigten die Veranstalter laut Aufruf, „den Club-Geburtstag öffentlich zu problematisieren, den Nazis nicht die Innenstadt zu überlassen und durch die Proteste strenge Auflagen für die Nazifeier“ herbeizuführen. Das eigentliche Ziel seit der ersten Demonstration sei es, „irgendwann die Nazifeiern vollständig verhindern zu können“.

Die Demonstration selbst verlief dann mit rund 450 Teilnehmern größtenteils störungsfrei. Zwar versuchten vereinzelt einige Rechtsextremisten, den linken Aufzug zu stören, ein direktes Aufeinandertreffen zwischen Personen der rechts- und linksextremistischen Szene konnte jedoch durch die Polizei verhindert werden.

Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten spielten 2009 auch insgesamt eine deutlich größere Rolle als in den Vorjahren. Dies gilt insbesondere für den Kieler Raum.

Bereits im Jahr 2008 war es in Kiel im Zusammenhang mit dem Kommunalwahlkampf zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten gekommen. Mit einer so genannten Outing-Aktion wurden die Spannungen im Januar 2009 durch linksextremistische Autonome weiter angeheizt. Im Wohnumfeld von mindestens zehn Rechtsextremisten wurden überwiegend in Kiel, aber auch bis in den Raum Neumünster Flugblätter mit der Überschrift „Nazis raus aus der Anonymität“ verteilt. Darauf waren die jeweiligen Rechtsextremisten einschließlich Bild und Anschrift beschrieben. Auch Arbeitgeber wurden über die politische Ausrichtung dieser Personen benachrichtigt. In der folgenden Zeit kam es zu verschiedenen wechselseitig begangenen Übergriffen und Straftaten. Störungen und Körperverletzungen im Umfeld von Informationstischen in der Kieler Innenstadt, eingeschlagene Fensterscheiben sowie Bedrohungen häuften sich. Beide extremistischen Lager versuchten, mit einseitigen Darstellungen der Geschehnisse politisches Kapital aus den jeweils gegnerischen Aktionen zu schlagen.

3.2 „Anti-Repression“

Das Themenfeld „Anti-Repression“ nimmt eine immer gewichtigere Rolle in den Betätigungsfeldern von Linksextremisten ein. Der „Ausbau des Überwachungsstaates“ durch Technik oder Gesetzesänderungen ist geradezu ein Reizthema in der linksextremistischen Szene. Aus Sicht von Linksextremisten ist „Repression“ ein sichernder Pfeiler des Kapitalismus, will die Strukturen der Linksextremisten ausforschen und behindern und ist eine generelle Aufstandsprävention. Demnach sei das „System“ kriminell, nicht der Widerstand. Der Staat ist aus dieser Sicht der Feind („know your enemy!“).

Im Oktober wurden in Berlin die Urteile gegen drei Angehörige der „militanten gruppe (mg)“ verkündet. Die Angeklagten waren im Juli 2007 in Brandenburg (Havel) bei einem versuchten Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge auf frischer Tat ertappt worden. Mit einer Verurteilung von drei Jahren und sechs Monaten bzw. drei Jahren folgte das Berliner Kammergericht den Anträgen des Generalbundesanwalts. Noch am selben Tag haben, unter anderem in Hamburg und Berlin, Solidaritätsdemonstrationen stattgefunden. Diese verliefen weitgehend störungsfrei.

Die „militante gruppe (mg)“ hatte sich bereits im Sommer in einem Interview in der klandestin hergestellten und vertriebenen Publikation „radikal“ zu drei Anschlägen in der ersten Jahreshälfte bekannt und ihre Selbstauflösung erklärt. Zu dem Prozess äußerte sie sich wie folgt:

„Wir können feststellen, dass wir weder durch die Festnahme von linken Aktivisten im Sommer 2007 in unserer personellen Gruppenstruktur tangiert worden wären noch sonst in unserer Existenz gefährdet sind.“

Man hoffe nun auf eine „Öffnung zu anderen linksradikalen Gruppen“, die eine „personelle Stärkung“ ermöglichen könne.

Seit der Festnahme im Sommer 2007 war die von der „militanten gruppe (mg)“ initiierte „Militanz-Debatte“ verstummt. In Schleswig-Holstein hatte sie ohnehin kaum eine Rolle gespielt.

In Hamburg findet „traditionell“ einmal im Jahr das unangemeldete „Schanzenviertel-Fest“ mit Flohmarkt und Bühnendarbietungen statt. Ebenso „traditionell“ kommt es regelmäßig nach dem Fest in den Abendstunden und nachts zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und der Polizei. Der Hamburger Innensenator hatte nach den Ausschreitungen im Jahr 2008 wütende Proteste der linksextremistischen Szene auf sich gezogen, als er mitteilte, ein unangemeldetes Fest in 2009 auf jeden Fall verhindern zu wollen. Das „Schanzenviertel-Fest“ steht in der linksextremistischen Szene für einen großen öffentlichen Freiraum, den man mit aller Macht verteidigen will. Aus Szene-Sicht ist es nur konsequent, sich der Staatsmacht, vertreten durch die Polizei, gegenüber zu stellen und - wo nötig - auch Gewalt auszuüben. Insbesondere vor dem Hintergrund der städtebaulichen Umstrukturierung (Gentrifizierung) im Hamburger Schanzenviertel enthält dieses Thema ohnehin eine zunehmende Bedeutung für weitere - auch gewalttätige - Auseinandersetzungen.

Auch beim „Schanzenviertel-Fest“ im Juli kam es wieder zu Ausschreitungen. Nach Meinung der Anwohner und Initiativen waren es „die heftigsten Angriffe der Polizei in der 21-jährigen Geschichte des Schanzenfestes“. Deshalb wurde im September ein zweites „Schanzenviertel-Fest“ organisiert, auf dem es ebenfalls zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam.

In Schleswig-Holstein war das Interesse an einer Teilnahme sehr groß. Allerdings zieht das Fest mittlerweile auch Personen an, die oft alkoholisiert ausschließlich auf das Szene-Erlebnis und Krawall aus sind.

Am 4. Dezember wurde im Hamburger Schanzenviertel dann die Polizeiwache Lerchenstraße von Linksextremisten überfallen und Polizeibeamte gezielt angegriffen. In einer Taterklärung wurde auf die Unruhen im Dezember 2008 in Griechenland hingewiesen und der Anschlag mit dem Gedenken an diverse Aktivisten begründet, die von „Bullen ermordet“ worden seien. Zur aktuellen Auseinandersetzung mit der Polizei hieß es:

„Auf dem Weg der Revolte/Revolution werden wir an handfesten Konfrontationen auch mit Repressionsorganen nicht vorbeikommen. Da kann es manchmal besser sein, sie überraschend und gut vorbereitet anzugehen, als sich auf Demos von den Robocops den Kopf blutig schlagen zu lassen.“

Die „Rote Hilfe“ (siehe dazu unter Nr. III 2.3) ist ein wichtiger Teil von „Anti-Repressionskampagnen“. Die „linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“ befasst sich fast ausschließlich mit „Anti-Repressionsarbeit“. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Organisation finanzieller und politischer Unterstützung für Betroffene von „staatlicher Repression“ und von Straftätern, die aus der linksextremistischen Szene kommen. Die „Rote Hilfe“ organisiert Informationsveranstaltungen zu „Rechtshilfe“ und „staatlicher Repression“ und gibt themenbezogene Broschüren heraus. Das Redaktionskollektiv schreibt in einer Broschüre dazu:

„Wir vergessen auch nicht, dass die GenossInnen aus der früheren Stadtguerilla jahrzehntelang in Geiselhaft gehalten wurden (...). Die aktuellen Ausweitungen sowohl der Überwachungs- als auch der Verfolgungsgesetze, einhergehend mit einem massiv geführten neuen ‚Terror‘-Diskurs von oben, sind für uns Anlass genug, diese Broschüre mit dem Schwerpunkt auf den so genannten ‚Terror‘-Paragrafen 129 a/b zu erstellen. Wir wünschen uns, damit einen kleinen Beitrag zu ihrer vollständigen Abschaffung zu leisten.“

Neben der „Roten Hilfe“ spielen in Schleswig-Holstein temporäre lokale „Anti-Repressions“- oder Solidaritätsgruppen eine Rolle, die sich um die Belange von ihrer Meinung nach von Repression verfolgten Betroffenen kümmern, sowie Ermittlungs-

ausschüsse, die als zentrale Sammel- und Koordinierungsstellen bei Demonstrationen für den Informationsfluss über „repressive Maßnahmen“ sorgen. Besondere Bedeutung kommt der Betreuung inhaftierter „Genossen“ zu. Diese haben damit einerseits die Möglichkeit, die ihnen widerfahrene „Repression“ öffentlich zu machen und können andererseits auch während der Zeit der Inhaftierung die Kontakte in die Szene aufrechterhalten.

3.3 „Anti-Globalisierung“

Linksextremisten unterschiedlichster Ausrichtungen und Globalisierungsgegner versuchen, die im Zuge der Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm vermeintlich neu entstandene Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland zu bewahren und weiterzuentwickeln und sie im Rahmen neuer Mobilisierungsbemühungen zu nutzen. Genutzt werden dabei ausgeklügelte logistische Vorbereitungen, Blockadenkonzepte und die so genannte 5-Finger-Taktik, mit der versucht wird, durch mehrere Demonstrationsabschnitte vorhandene Polizeikräfte zu teilen und an verschiedene Orte zu binden.

2008 fand der G8-Gipfel in Japan statt und damit außerhalb der Reichweite der meisten deutschen Linksextremisten. Das Gipfeltreffen 2009 in Italien sollte zunächst auf der kleinen Mittelmeerinsel La Maddalena stattfinden, war dann aber in das von einem schweren Erdbeben heimgesuchte Gebiet um L’Aquila verlegt worden. Nach den einst 300.000 Demonstranten gegen den G8-Gipfel 2001 in Genua kamen am 10. Juli in L’Aquila lediglich noch gut 3.000. Sie riefen dazu auf, endlich etwas für die Erdbebenopfer, die immer noch in Zelten wohnten, zu tun. Proteste gegen das Gipfeltreffen blieben praktisch aus. In einer Szene-Zeitung wurde im Anschluss bemängelt:

„Ihre Verschiebung (Anmerkung: die Austragungsorte für Gipfeltreffen) von Metropolen in abgelegene ländliche Gebiete ist Teil des räumlichen Aspekts der Sicherheitsplanung. Nach militanten Protesten gegen die G8 in Genua 2001 (...) wurde kein Gipfel mehr in einer größeren Stadt abgehalten. Orte wie Kananaskis in den kanadischen Rocky Mountains (...) und Heiligendamm liegen in strukturschwachen Regionen ohne linke oder linksradikale Basis.“

Die Erwartung, die Dynamik von Heiligendamm erhalten zu können, hat sich nicht erfüllt. Nach der Vorstellung der Veranstalter sollten am 28. März in Berlin und Frankfurt/Main mindestens 40.000 Menschen auf die Straße gehen, um Druck auf den G20-Weltfinanz-Gipfel im April in London (Großbritannien) auszuüben; immerhin kamen gut 30.000. In London selbst waren es während des Gipfels dann nur 4.000 Demonstranten.

Beim NATO-Jubiläums-Gipfel im April in Straßburg (Frankreich) und Baden-Baden (siehe dazu auch unter Nr. III 3.4) kamen einerseits 16.000 friedliche Demonstranten in Straßburg zusammen - andererseits gab es schwerste Auseinandersetzungen von Linksextremisten mit der französischen Polizei, eine Vielzahl von Straftaten und sogar brennende Häuser. Dies schreckt die Masse der Bevölkerung ab und stößt ganz überwiegend auf völliges Unverständnis.

Auch Friedensaktivisten erreichen ihre selbst gesteckten Ziele nicht. Zu ihrer Kundgebung in Baden-Baden kamen statt der erwarteten „mindestens 5.000“ lediglich 600 Personen. Je kleiner aber die Zahl der Teilnehmer, umso schwieriger ist es für Linksextremisten, Demonstrationen zu manipulieren und für eigene Ziele einzusetzen.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die zu erwartende Resonanz in der Bevölkerung auf bestimmte Themen bei der Entscheidung über die Demonstrationsbeteiligung von Linksextremisten und eine entsprechende Mobilisierung der gewaltbereiten Szene eine immer größere Rolle spielen. Auch in Schleswig-Holstein haben Szeneprotagonisten erkannt, dass G8-Treffen nicht die einzigen Veranstaltungen sind, die weltweite Aufmerksamkeit erlangen und damit thematisch auch die deutsche Bevölkerung erreichen. Auch andere institutionell veranstaltete Tagungen versuchen sich an der Lösung globaler Probleme, wie Klimawandel, Wirtschaftskrise oder Massenarmut. Damit würden stärker als früher z. B. Zusammenkünfte der G20 oder auch der Weltfinanz-Gipfel Anfang April in London sowie Ende September im amerikanischen Pittsburgh Gegenstand linksextremistischer Mobilisierungsüberlegungen.

In Schleswig-Holstein wurde vom 9. bis 11. September in Plön das zweite „Global Economic Symposium“ (GES) durchgeführt. Das Treffen führender Köpfe aus Wirt-

schaft, Wissenschaft und Politik wurde von friedlich verlaufenden Demonstrationen in Kiel und Plön sowie von einer Kundgebung vor dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel begleitet. Am Rande der Tagung kam es aber auch zu Straftaten. Bei einer Podiumsdiskussion in Kiel im Rahmen des GES wurde der Leiter des Instituts für Weltwirtschaft, einer der Gastgeber des GES, mit Eiern attackiert. In Plön wurden die Fassaden von verschiedenen Bankgebäuden und zwei Modehäusern mit Farbwurfgeschossen, in Kiel das Gebäude eines Jobcenters mit Pflastersteinen und Farbe beschädigt.

Das Hauptinteresse des linksextremistischen Spektrums richtete sich 2009 in Schleswig-Holstein neben dem „Anti-Faschismus-Kampf“ auf die Proteste gegen den Klima-Gipfel im Dezember in Kopenhagen (Dänemark). Bereits im August 2008 wurde von den beteiligten Organisatoren eines in Hamburg durchgeführten „Camps“, darunter auch Linksextremisten aus Schleswig-Holstein, das Thema „Klimawandel“ als eine Möglichkeit gesehen, an das Niveau der internationalen Mobilisierung der G8-Proteste in Heiligendamm im Sommer 2007 anzuknüpfen. Die systemüberwindenden Ziele stellten die Organisatoren in einem Diskussionspapier zur „Klima-Debatte“ klar:

„Die Ursache für Armut, Hunger, soziale Ausgrenzung und Unterdrückung ist dieselbe wie die für den Klimawandel. Somit ist auch das politisch zu bekämpfende dasselbe. Der Kapitalismus mit seiner Wachstums- und Verwertungslogik nutzt alle ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die Verwertungslogik mitsamt der Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus warf und wirft die ‚soziale Frage‘ erst auf. Darum kann eine Bewegung, die sich kritisch mit dem Klimaproblem auseinandersetzt, an anderen sozialen Bewegungen anknüpfen, die sich mit den Auswirkungen des Kapitalismus oder dem Kapitalismus selbst auseinandersetzen. (...) Beispiele hierfür sind die Anti-Atombewegung, die Arbeiterinnenbewegung, die globalisierungskritische Bewegung, die antifaschistische Bewegung, die anarchistische oder kommunistische Bewegung. Alle diese Bewegungen setzen sich direkt oder indirekt mit dem Kapitalismus auseinander. Wie bereits seit mehr als einhundert Jahren basieren etliche Probleme auf diesem Wirtschaftssystem. Es gehört abgeschafft.“

Die Verfasser des Diskussionspapiers und Organisatoren des „Camps“ sahen damit in der Klima-Thematik eine inhaltliche „Klammer“ für die Zusammenführung verschiedener politischer Felder. Das Thema „Klima-Politik“ sollte in der Verbindung mit

anderen linksextremistischen Aktionsfeldern ein möglichst großes Mobilisierungspotenzial auch auf internationaler Ebene entstehen lassen.

Die UN-Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Dezember wurde daher in das Zentrum internationaler Mobilisierung gestellt. Letztendlich waren mehrere internationale Netzwerke mit über 450 Organisationen und Gruppen aus dem linksextremistischen und nicht-extremistischen Spektrum beteiligt. Einzelne Netzwerke waren untereinander verbunden; Aktivisten mehrfach eingebunden. Auch hier waren schleswig-holsteinische Linksextremisten beteiligt. Zur Vorbereitung der Proteste fanden mehrere internationale Vorbereitungstreffen statt. Im Vorfeld gab es Informationen über Anreise- und Unterkunftsmöglichkeiten, Informationspunkte, „Volxküchen“ und sonstige erforderliche Logistik. Auch in Schleswig-Holstein wurden im Vorfeld der Proteste Vorbereitungs- und Informationstreffen zur Mobilisierung durchgeführt. Um Einreiseprobleme möglichst zu umgehen, wurde im Flensburger Infoladen „Subtilus“ ein Anlaufpunkt eingerichtet, in dem Informationen zu „Grenz-Überwindungs-Punkten“ abgefragt werden konnten. In Aussicht gestellt wurde „solidarischer Beistand im Notfall durch Vokü und Unterkunft“.

An der internationalen Großdemonstration in Kopenhagen am 12. Dezember nahmen rund 100.000 Personen - überwiegend aus dem bürgerlichen Spektrum - teil, an kleineren Demonstrationen im Laufe der Aktionswoche vom 7. bis zum 18. Dezember zwischen 300 und 1.200 Protestierende. Die Demonstrationen verliefen weitgehend friedlich. Allerdings fanden während der Aktionswoche auch etliche gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Linksextremisten und der dänischen Polizei statt.

Linksextremisten kritisierten das Vorgehen der dänischen Polizei, jede gewalttätige Aktion zu unterbinden und kündigten an, dass sie nicht bereit seien, dieses Maß an „Repression“ unbeantwortet zu lassen. Dazu wurde auf dänische Konsulate und Botschaften als Ziel „frei wählbarer“ Aktionsformen hingewiesen. In Kiel und Lübeck wurden Solidaritäts-Demonstrationen abgehalten und Transparente mit der Aufschrift „Dänemark, lass die Klimaschützer frei, vier Greenpeaceer seit 17 Tagen in Haft für friedlichen Klimaprotest!“ befestigt. In Kiel wurde das Gebäude, in dem das dänische Konsulat residiert, mit Farbe beworfen und ein Fenster zerstört.

Einer der Organisatoren resümierte anschließend:

„In Kopenhagen haben zwei bedeutsame Ereignisse gleichzeitig stattgefunden: Der Startschuss und die Sinnkrise der internationalen Klimaprotestbewegung. (...) Es gibt keine wirkungsmächtige Beeinflussung der Verhandlungen durch zahme Appelle. Es gibt aber auch keine erfolgreiche Delegitimierung des UN-Prozesses durch eine neue, kämpferische, systemantagonistische Klimabewegung.“

Das Produktivste an Kopenhagen sei die Mobilisierung im Vorfeld gewesen, da kaum ein Politikfeld solch einen Facettenreichtum unterschiedlichster Interessen und Spektren in radikale Systemkritik zusammengeführt hätte:

„Leider ist es aber nicht gelungen, über praktische Aktionen im Vorfeld unsere Botschaft stärker nach Außen zu tragen und uns zum Beispiel gegenüber der Presse als wichtiger Faktor zu etablieren.“

Der Autor sieht als Resultat der Mobilisierung die 100.000 Teilnehmer bei der Großdemonstration am 12. Dezember und wertet dies als Startschuss für eine neue internationale Bewegung im Politikfeld „Klima“ enorm beeindruckend.

3.4 „Anti-Militarismus“

Militarismus wird in der linksextremistischen Szene vielfach als ein „reaktionäres politisches System herrschender Ausbeuterklassen“ verstanden, das der „Unterdrückung der Volksmassen“ des eigenen Landes (Militarismus nach innen) und zur Verwirklichung ihrer „Expansionspolitik“ (Militarismus nach außen) diene.

„Wir widersetzen uns einem kapitalistischen Machtsystem, das für Profit über Leichen geht, keinen Frieden ohne Krieg kennt und seine ökonomischen Interessen sowohl militärisch als auch über Institutionen wie WTO, IWF, Weltbank oder die G8 durchsetzt.

Zeigen wir den selbst ernannten Weltherrschern und Kriegsstrategen: (...) Eurer Politik von neoliberaler Wirtschaftsmacht und Ausbeutung, von Aufrüstung und Sozialabbau setzen wir Protest und Widerstand entgegen: (...).“

Im Mittelpunkt linksextremistischer „Anti-Militarismus“-Agitation stehen traditionell die USA einschließlich ihrer Verbündeten und damit auch die Bundesrepublik Deutschland. Vor dem Hintergrund des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan sowie des

NATO-Treffens im April in Straßburg (Frankreich) und Baden-Baden sind linksextremistische Aktivitäten im Aktionsfeld „Anti-Militarismus“ im Berichtsjahr angestiegen.

Die jährlich im Februar stattfindende „Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik“ war ein Schwerpunkt dieser Proteste. Für den 7. Februar hatte ein „Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“, zu dem auch linksextremistische Organisationen, wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ oder Netzwerke wie die „Interventionistische Linke“ gehörten, unter Beteiligung der norddeutsche Gruppierung „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ zu einer Demonstration in München aufgerufen. Bei der weitgehend friedlich verlaufenden Demonstration unter dem Motto

„Gegen Krieg, für Frieden,
gegen die NATO-Sicherheitskonferenz,
gegen Rassismus und Nationalismus,
für Demokratie und Versammlungsfreiheit,
gegen Polizeigewalt und Überwachungsstaat.“

wurden bis zu 3.500 Teilnehmer, darunter auch einige Schleswig-Holsteiner, gezählt. Rund 1.500 Personen des linksextremistischen Spektrums beteiligten sich, davon etwa 700 gewaltbereite Linksextremisten, in einem „Schwarzen Block“.

Im Vorfeld der „Sicherheitskonferenz“ war in Kiel das Gebäude einer Firma, die Zubehör für die Marine produziert, mit Farbe beschmiert und Fenster zerstört worden.

Die ersten Vorbereitungstreffen in der linksextremistischen Szene für Proteste gegen das am 3./4. April anlässlich des 60-jährigen Bestehens der NATO stattfindende Gipfeltreffen in Straßburg (Frankreich) und Baden-Baden (siehe dazu auch unter Nr. III 3.3) fanden bereits ein Jahr vorher statt. Ein Bündnis verschiedenster linksextremistischer Ausrichtungen unter Beteiligung von Gruppierungen des bürgerlichen Spektrums, wie der Friedensbewegung, hatte im Rahmen der von ihm initiierten „No NATO-Kampagne“ zwei Aktionskonferenzen organisiert, die einen „Aktionsplan“ für die Protestwoche rund um den eigentlichen Konferenztermin ausgearbeitet hatten, der auch weitgehend realisiert werden konnte.

Die „Interventionistische Linke“ mobilisierte Anfang Dezember 2008 unter der Überschrift „Make NATO History! Auf die Straße gegen den NATO-Gipfel!“ im Internet zur Beteiligung an den Protesten. Sie forderte dazu auf, den NATO-Gipfel „zu belagern, zu umzingeln, zu blockieren; (...) massenhaft Blockaden und andere Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen das Treffen der KriegstreiberInnen“ durchzuführen.

Die logistischen Voraussetzungen sollten organisiert werden, wie es in Heiligendamm anlässlich des G8-Gipfels 2007 praktiziert wurde: Camp, Convergence-Center, Bezugsgruppen, örtliche Karten, telefonisch erreichbare lokale Organisatoren vor Ort, anlassbezogene Zeitungen sowie dezentrale Vorbereitungstreffen, auch in Schleswig-Holstein. Vertreter der norddeutschen Gruppierung „Avanti“ waren maßgeblich beteiligt.

Während die Demonstrationen auf der deutschen Seite des Rheins in Baden-Baden und Kehl weitgehend friedlich verliefen, waren die Aufzüge auf französischer Seite von deutlich mehr Aggressivität und erheblicher Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Den Demonstranten gelang es kurzfristig, Zufahrtstraßen zu blockieren. Polizisten wurden angegriffen, brennende Barrikaden errichtet und mehrere Gebäude in Brand gesetzt.

Der linksextremistischen Szene ist es in Straßburg gelungen, eine nahezu einheitliche Protestfront zu bilden. Diese setzte sich vornehmlich aus Aktivisten der antimilitaristischen und „Anti-Globalisierungs“-Bewegung zusammen. Die Anzahl der Teilnehmer war mit 16.000 deutlich geringer als in Heiligendamm. Die Proteste gegen den NATO-Gipfel waren trotzdem seit langer Zeit die größte internationale Mobilisierung zum Aktionsfeld „Anti-Militarismus“. Obwohl die Eskalation der Gewalt in Straßburg von einigen militanten Autonomen öffentlich begrüßt wurde, war insgesamt aber eine Euphorie wie nach Heiligendamm und damit eine Stärkung der antimilitaristischen Szene nicht festzustellen.

Neben diesen Großveranstaltungen war im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Anti-Militarismus“ eine Vielzahl kleinerer Aktionen festzustellen.

Bereits in einer Veranstaltung mit dem Titel „Kriegsgerät interessiert uns brennend“ wurden im Februar 2008 in Berlin „antimilitaristische Blockade- und Sabotageaktionen“ sowie die „Legitimität und Notwendigkeit von antimilitaristischem Widerstand und direktem Eingreifen im Sinne selbstorganisierter Abrüstung“ thematisiert.

Mit der Veröffentlichung eines Positionspapiers „DHL-olivgrün unter postgelbem Tarnanstrich“ der dem undogmatischen Spektrum angehörenden Berliner Initiative „Libertad!“ im Herbst 2008 wurde eine Kampagne gegen die „Kriegsprofiteure“ Deutsche Post und deren Tochterunternehmen DHL initiiert. In der Folge kam es zu einer erheblichen Anzahl von Brandanschlägen und Beschädigungen am Eigentum dieser Unternehmen; es wurden aber auch Bundeswehrfahrzeuge durch Brandanschläge zerstört.

Im Sommer 2009 folgte ein sechsseitiger Flyer „Feinderkennung. Eine Gebrauchsanweisung für den Alltag“ mit der Aufforderung, „Soldatinnen und Soldaten nicht in Ruhe zu lassen, sie anzupöbeln, zu denunzieren, anzugreifen“.

Anhand abgebildeter Rangabzeichen der Bundeswehr werden als angemessen empfundene „Maßnahmen“ gegen die Soldaten empfohlen:

„Ab Hauptmann: Farbe, schlechtes Parfüm, Auto kaputtmachen, Uniform ausziehen. (...)
Ab Oberstleutnant: Schienbein treten, Ohrfeige, Hauswand besprühen, Auto abfackeln, öffentliche Empfänge versauen.
Ab General: Nicht zögern. Reinhauen. Und zwar richtig. (...)
Wer direkt reinhaut, macht nichts verkehrt.“

Ähnliche Vorgehensweisen wurden bislang nur gegen „Faschisten“ und Polizisten („Bullenschweine“) propagiert. Die bislang vorherrschende Trennung in der linksextremistischen Szene zwischen der Anwendung von Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen scheint aber weiter zu bestehen: tatsächliche Angriffe gegen Soldaten sind nicht bekannt geworden.

In Schleswig-Holstein wurden 2009 ein Brandanschlag auf vier Fahrzeuge der Deutschen Post und verschiedene Sachbeschädigungen durch Farbe oder Aufkleber im Aktionsfeld „Anti-Militarismus“ festgestellt.

3.5 „Anti-Rassismus“

Linksextremisten sehen die Ursachen für Rassismus in der von Klassengegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägten kapitalistischen Gesellschaft. In entsprechenden Publikationen wird auch der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, die eigene Wirtschaftsmacht weiter auszubauen. Um die „herrschende imperialistische Weltwirtschaftsordnung“ aufrecht zu erhalten, würden alle Flüchtlinge abgeschoben, die nicht der „Profitgier der kapitalistischen Verwertungsolitik“ entsprechen würden. Flüchtlinge in Deutschland würden kriminalisiert, verfolgt und „weggesperrt“. Das Asylrecht sei mit „rassistischen Sondergesetzen“ vergleichbar und im Kern abgeschafft.

Linksextremisten versuchen, auch in diesem Themenfeld bei Protestaktionen mit demokratischen und humanitären Organisationen zusammenzuarbeiten. Dabei verfolgen sie das Ziel, die gemeinsamen Aktivitäten zu dominieren. Durch zeitlich begrenzte Kampagnen mit regionalem Schwerpunkt werden Forderungen, wie „genereller Abschiebestopp“ oder „Grenzen auf - Bleiberecht für alle“ erhoben. Regelmäßig propagieren sie dabei auch die Bekämpfung des Kapitalismus, da dieser für rassistische Zustände in der Gesellschaft ursächlich sei.

Im Berichtsjahr waren in Schleswig-Holstein immer wieder Linksextremisten an von nicht-extremistischen Gruppen und Flüchtlingsorganisationen getragenen Veranstaltungen beteiligt. Im Blickpunkt antirassistischer Aktionen standen Abschiebungen, die „Lagerunterbringung von Flüchtlingen“ sowie Aktionen „gegen ein rassistisches Grenzregime“.

So war die Abschiebehafteinrichtung in Rendsburg vom 25. bis 30. Mai wieder Ziel einer „Antira-Aktionswoche“. Auf der Internet-Seite zur Aktionswoche erklärten die Veranstalter:

„Der Abschiebeknast in Rendsburg ist, wie alle Abschiebeknäste, ein besonders deutlich sichtbares Zeichen für den Umgang mit MigrantInnen. In Abschiebeknästen werden Flüchtlinge und MigrantInnen eingesperrt, um sie in das Herkunfts- oder ein anderes Land abzuschieben.“

Dort erwarten sie oft Folter, Mord, Hunger oder Knast. Abschiebeknäste sind menschenrechtsverletzend! Kein Abschiebeknast - nirgendwo!!!"

Die am Ende der Woche friedlich verlaufende Abschluss-Demonstration stand unter dem Motto „Abschottung. Ausgrenzung. Abschiebeknast. gegen festung europa & abschiebeknäste! Für globale bewegungsfreiheit!“.

3.6 „Sozialabbau“

Nach wie vor sahen auch im Berichtsjahr Linksextremisten in Personen, die von den sozialpolitischen Reformen der „Agenda 2010“ betroffen waren, ein Mobilisierungs- und Rekrutierungspotenzial für Veranstaltungen gegen vermeintlichen „Sozialabbau“. Ziel war es, demokratisch organisierte und dominierte Proteste verstärkt für eigene Ziele zu nutzen.

So hatte ein breites Bündnis aus Linksextremisten und Gruppen des demokratischen Spektrums bundesweit im Rahmen einer „Aktionswoche gegen Krise und Krieg“ für den 28. März zur Teilnahme an zwei Großdemonstrationen in Berlin und Frankfurt/Main unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure KRISE! Für eine solidarische Gesellschaft!“ aufgerufen. Im Mittelpunkt der Aktionswoche standen das G20-Treffen in London am 2. April und der NATO-Gipfel am 3./4. April in Straßburg und Baden-Baden. Wie schon bei anderen Bündnissen stellte sich aber auch hier heraus, dass linksextremistische Positionen und Forderungen bei entsprechend großer und engagierter Beteiligung des bürgerlichen Spektrums nicht mehrheitsfähig sind.

Mit dem Aufruf „Unser Protest geht weiter - gemeinsam und entschlossen in lokalen Bündnissen“ wurde bundesweit zu einem dezentral organisierten Aktionstag am 17. September aufgerufen. In Lübeck hatte ein Aktionsbündnis, an dem ebenfalls Linksextremisten beteiligt waren, unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ zu einer Demonstration aufgerufen. Die Veranstalter konnten allerdings lediglich 120 statt der erwarteten 500 Personen mobilisieren.

**4 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen
und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung
im Bundesgebiet 2007 bis 2009**

	2007	2008	2009
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	500	500	500
Gewaltbereite undogmatische Linksextremisten	320	350	330
Gesamt Land	820	850	830
Gesamt Bund	30.800	31.200	31.600

IV. Extremistische Bestrebungen mit Auslandsbezug

1 Überblick

Derzeit ist die sicherheitspolitische Gefährdungslage durch komplexe und hochdynamische Risiko- und Bedrohungsphänomene gekennzeichnet. Substaatliche Akteure betreiben asymmetrische Kriegsführung, und selbst räumlich entlegene Krisen, Destabilisierung und Staatszerfall können sich in erheblichem Maße auf die nationale und letztlich damit auch auf die landesinterne Sicherheitslage auswirken. Dabei wirken sich die Problemfelder Islamismus einschließlich islamistischer Terrorismus, regionale Konflikte (insbesondere in Nahost, Irak und Afghanistan) sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise besonders auf die Sicherheitslage aus.

Der islamistische Terrorismus hat sich in den letzten Jahren zur größten Bedrohung entwickelt und hält unvermindert an. Regional begrenzte Konflikte wirken immer wieder als Katalysatoren für eine extremistische Emotionalisierung und Politisierung, insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund. Zusammen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, deren politische und soziale Implikationen sich nur schwer abschätzen lassen, treffen sie auf sicherheitsrelevante gesellschaftliche Phänomene. Zu nennen ist hier die demografische Entwicklung, die unter anderem gekennzeichnet ist von einem wachsenden Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund und der bereits manifesten Gefahr der Segregation in Parallelgesellschaften. Auch spielen in diesem Zusammenhang Bildungsarmut und Politikferne eine nicht unerhebliche Rolle.

Diese Phänomene bieten einen Nährboden für extremistische Bestrebungen, aus dem heraus sich militante und terroristische Aktivitäten entwickeln können.

Mit der modernen Kommunikationstechnologie stehen Extremisten und Terroristen vielfältige Möglichkeiten zur Agitation, Mobilisierung, Rekrutierung und Bildung klandestiner Gruppen zur Verfügung.

Der islamistische Terrorismus stellt seit nunmehr über zehn Jahren die global stärkste Bedrohung der Sicherheit dar, seit 2002 in zunehmendem Maße auch in Deutschland. Beispielhaft und mit Schleswig-Holstein-Bezug seien hier nur der in Kiel-

Gaarden lebende „al-Qaida“-Unterstützer Redouane El Habhab (2005) sowie der ebenfalls in Kiel lebende verhinderte „Kofferbomber“ Youssef Mohamad El Hajdib (2006) erwähnt.

Die Gefährdung deutscher Interessen begründet sich dabei vor allem durch den Bundeswehreinsatz in Afghanistan, was unter anderem in einer Vielzahl von Internet-Verlautbarungen zum Ausdruck kommt. Die bereits im Rahmen der ersten Medienkampagne 2008 aufgebaute Drohkulisse gegen Deutschland wurde mit Beginn des Jahres 2009 mit zuvor nicht bekannter Intensität verschärft. Die insbesondere im Vorfeld der Bundestagswahl im September offensichtlich mit dem Ziel der Einflussnahme verstärkte auch unmittelbar gegen Deutschland und seine Verfassungsorgane gerichteten Drohungen haben dabei die Qualität einer regelrechten Medienoffensive erreicht. Besondere Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden erlangten auch die anhaltenden Reisebewegungen aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum von und zu Schauplätzen des internationalen *Jihads*, unter anderem um dort eine entsprechende terroristische Ausbildung zu erhalten.

Damit steht Deutschland nach wie vor im unmittelbaren Fokus islamistischer Einzeltäter bzw. Gruppierungen. Ziel der Medienoffensive von „al-Qaida“ dürfte dabei neben der Einflussnahme auf die deutsche Politik vor allem gewesen sein, die Verfügbarkeit eines islamistischen Personenpotenzials in Deutschland auf Dauer zu fördern. Eine besonders große Radikalisierungswirkung auf gewaltbereite Anhänger dürften die deutschen Protagonisten des *Jihads* gehabt haben, die sich in ihren Video-Botschaften, die oft im Umfeld realer Kampfgebiete inszeniert wurden, direkt an Deutsche gewandt haben.

In Schleswig-Holstein sind weiterhin keine terroristischen Strukturen feststellbar. Es liegen aber Anhaltspunkte für die Existenz von Einzelpersonen mit ideologischer Nähe und Kontakten in das *jihadistische* Spektrum vor. Hier ist mit Besorgnis die Tendenz festzustellen, dass sich dieses Personenpotenzial zunehmend mit Gleichgesinnten in Deutschland, aber auch über deutsche und europäische Grenzen hinaus vernetzt.

Daneben gibt es weiterhin Hinweise auf ein unstrukturiertes Anhängerpotenzial der irakisch-kurdischen Terrororganisation „Ansar al-Islam“.

Der Islamismus insbesondere der salafistischen Ausprägung ist weiterhin eine Gefahr für die Grundsätze des demokratischen Rechtsstaates und steht oft am Anfang der Radikalisierungskette des islamistischen Terrorismus.

Auch in Schleswig-Holstein spielt bei den meisten Radikalisierungsprozessen die salafistisch geprägte Ideologisierung eine zentrale Rolle. Diese besonders rigide sunnitisch-islamistische Richtung mit hoher missionarischer Energie findet seit einigen Jahren in Deutschland immer mehr Anhänger. Diese Entwicklung ist bemerkbar. Salafisten konzipieren ihre Idee von der einzig „wahren Religion“ mit einer kompromisslosen Buchstabengläubigkeit und einem vollkommenen Absolutheitsanspruch in Bezug auf andere religiöse und gesellschaftliche Konzepte. Für sie geht damit häufig auch eine notwendige Abkehr von der aus ihrer Sicht verdorbenen Mehrheitsgesellschaft einher, verbunden mit antisemitischen Stereotypen und antiwestlichen Resentiments. Deshalb eignen sich auch die gewaltlosen salafistischen Strömungen als Nährboden für eine weitergehende Radikalisierung.

Dagegen tritt die transnationale Missionsbewegung „Tablighi Jama'at“ (TJ) kaum öffentlich in Erscheinung. Weder existiert eine formale Organisationsstruktur noch hat die Bewegung eine dezidiert politische Agenda. Gleichwohl strebt die TJ eine langfristige weltweite Islamisierung an und weist Überschneidungen mit salafistischen Überzeugungen auf. Auch in Schleswig-Holstein sind Moscheen bekannt, die regelmäßig von TJ-Missionierungsgruppen aufgesucht werden.

Bei der „Türkischen Hizbullah“ handelt es sich um eine kurdisch-islamistische Gruppierung, die ihr Ziel, die Errichtung einer islamistischen Herrschaftsordnung in den Kurdengebieten der südöstlichen Türkei, in der Vergangenheit auch mit gewaltsamen Methoden verfolgt hat. Die Aktivitäten des in Deutschland existenten Anhängerpotenzials nahmen in den vergangenen Jahren zu.

Schließlich stehen auch so genannte legalistisch-islamistische Organisationen im Fokus der Verfassungsschutzbehörden.

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) zählt als größter türkisch-islamistischer Verband in Deutschland zu den legalistischen Organisationen, die ihre Ziele im Rahmen der deutschen Rechtsordnung verfolgen. Trotz neuerer Tendenzen hin zu einer Emanzipation von den Vorgaben der türkischen „Milli-Görüs“-Bewegung bleibt die Zielrichtung der IGMG allerdings die unbedingte Bewahrung einer eigenständigen türkisch-islamischen Identität, was mit desintegrativen Tendenzen einhergehen kann. Ob die 2009 eröffnete „Zentrums-Moschee“ in Rendsburg künftig eine zentrale Position innerhalb der IGMG-Gemeinden in Schleswig-Holstein und im norddeutschen Raum einnehmen wird, bleibt abzuwarten. Die Moscheegemeinde versucht, sich derzeit noch als tolerante und weltoffene Religionsgemeinschaft darzustellen, die inneren Strukturen weisen jedoch IGMG-Bezüge auf.

Die Mehrzahl der nicht zum islamistischen Extremismus bzw. Terrorismus zählenden säkularen Organisationen mit Auslandsbezug ist Teil der in ihren Heimatländern terroristisch agierenden Gruppierungen, die sie von Deutschland aus unterstützen.

In Schleswig-Holstein bildet dabei die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), die schon zahlenmäßig die weitaus stärkste Gruppierung darstellt, den Beobachtungsschwerpunkt. Die Organisation strebt die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates in den türkischen Kurdengebieten an. In Deutschland verfügt die PKK über offene wie auch verdeckte Strukturen mit zahlreichen Unterorganisationen. Für die schleswig-holsteinische Anhängerschaft stellt die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ in Kiel die zentrale Anlaufstelle dar. Der meist friedliche Verlauf von Demonstrationen der PKK sowie das Ausbleiben von Übergriffen auf türkische Einrichtungen deuten darauf hin, dass der PKK derzeit grundsätzlich nicht an einer Eskalation in Deutschland gelegen ist, sondern Deutschland mehr als Rückzugsraum denn als Aktionsfeld betrachtet wird.

Die erneute Mandatsverlängerung für grenzübergreifende Interventionen des türkischen Militärs und das Verbot der „Partei für eine Demokratische Gesellschaft“ bestärken jedoch die Führung der PKK in ihrem erheblichen Zweifel an der Bereitschaft der Türkei an einer kooperativen Beilegung des Dauerkonfliktes. Mittelfristig scheint angesichts dieser Ausgangslage ein Scheitern der beidseitigen Bemühungen vorprogrammiert, so dass eine erneute Eskalation der Auseinandersetzungen in der

Türkei nicht mehr auszuschließen ist. Dies dürfte dann auch zwangsläufig vermehrte Aktivitäten der PKK in Deutschland nach sich ziehen. Diese könnten in der ersten Phase lediglich eine Zunahme demonstrativer Aktionen bedeuten. In der weiteren Entwicklung sind aber, wie auch schon in der Vergangenheit, gewalttätige Aktionen, insbesondere durch die Jugendorganisation der PKK, „Komalen Ciwan“, nicht auszuschließen.

2 Islamismus

2.1 Islamistische Ideologie

2.1.1 Islamismus: Ein religiös motivierter politischer Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden definieren Islamismus als eine Form des politischen Extremismus. Damit unterscheiden sie den politischen Islam klar von der islamischen Religion, die für den Verfassungsschutz nicht relevant ist. Deshalb stehen auch gläubige Muslime wegen ihrer Ausrichtung nicht im Fokus der Beobachtung.

In Abgrenzung zur islamischen Religion versteht man unter Islamismus eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Die Religion wurde unter dem Eindruck bestimmter historisch-politischer und gesellschaftlicher Umstände des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts zur Konstruktion einer Ideologie instrumentalisiert. Der Verfassungsschutz beobachtet islamistische Bestrebungen, die sich gegen Wert- und Ordnungsvorstellungen in Deutschland richten, insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Dennoch kann der Übergang vom Islam zum Islamismus im Einzelfall in einer Grauzone liegen. So fordern alle Islamisten das Kopftuch, aber nicht jede Kopftuchträgerin ist eine Islamistin. Wo also hört ein konservativ gelebter Glaube auf und wo beginnt die extremistische Ideologie? Für die Verfassungsschutzbehörden besteht die Herausforderung darin, diese Grenzen konkret abzustecken: Das Vorhandensein islamistischer Wesensmerkmale muss immer wieder neu geprüft werden.

2.1.2 Was wollen Islamisten? Ziele und Charakteristika

Der Verfassungsschutz unterscheidet islamistische Organisationen und Personen-Netzwerke nach ihrem Durchsetzungsverhalten in Bezug auf ihre Ziele, das heißt je

nach Intensität ihrer Aktivitäten und der Wahl ihrer Mittel. Gefragt wird auch, inwieweit es sich um ein konkretes Ziel oder eine Utopie handelt und ob ihre Durchsetzungsstrategien aktiver oder passiver Natur sind. Danach werden die Gruppierungen und Einzelpersonen in drei Kategorien eingestuft:

- Unterstützung des transnationalen *Jihadismus*: Gruppen und Personen-Netzwerke, die sich mit einem weltweiten gewaltsamen „*Jihad* zur Verteidigung und Ausbreitung des Islams“ solidarisieren und damit den transnationalen Terrorismus in Ausführung oder Planung bzw. finanziell, logistisch oder medial unterstützen;
- Organisationen, deren Ziel die gewaltsame Veränderung der Herrschaftsverhältnisse in den Herkunftsländern ihrer Anhänger ist, verknüpft mit einer islamistischen Agenda;
- Organisationen, die ihre Ziele gewaltlos mit einer legalistischen Strategie unter Ausnutzung der deutschen rechtlichen Freiräume verfolgen und keinen Straftatbestand erfüllen; in der Konsequenz würden ihre Aktivitäten jedoch zu einer Konsolidierung von islamistischen, desintegrativen Milieus in Deutschland führen, die wiederum den Boden für weitergehende Radikalisierung bilden könnten.

Das islamistische Spektrum ist sehr breit gefächert. Islamistische Organisationen und Netzwerke können sehr unterschiedliche Ausformungen annehmen. Gemeinsamer Nenner aller Strömungen ist jedoch die Vorstellung von einer Rückkehr der Gläubigen zu den Idealen eines vermeintlich vollkommenen Urislams zur Zeit des Propheten Mohammed und seiner Gefährten. Nur in dieser kurzen Zeitspanne habe es, so die Idee, eine wirklich gerechte - weil gottbestimmte - gesellschaftliche Ordnung gegeben. Dabei wird die Diskrepanz zwischen der gegenwärtig desolaten Lage vieler mehrheitlich islamischer Länder und Regionen und der einflussreichen Rolle, die islamische Reiche in den ersten Jahrhunderten islamischer Zeitrechnung spielten, von vielen Muslimen schmerzhaft wahrgenommen und macht ein Gutteil der großen Attraktivität aus, derer sich islamistische Bewegungen aktuell erfreuen. Unter dem Motto „Der Islam ist die Lösung“ behaupten diese, eine Antwort für alle politischen und gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart zu haben und propagieren die Renaissance des „goldenen islamischen Zeitalters“, das der unterdrückten und gespaltenen Gemeinschaft der Gläubigen (*umma*) zu Einheit, Gerechtigkeit und neuer Größe verhelfen werde. Nur so würden Muslime wieder den führenden Platz in der Weltgemeinschaft einnehmen, der ihnen eigentlich zusteht.

Da Gottes Gebote für die Menschen universal und zeitlos gültig seien, könnten sie - so der islamistische Leitgedanke - auch im 21. Jahrhundert unmittelbar angewandt werden. Der Koran und die umfangreichen Überlieferungen vom Leben des Propheten Mohammed (*Sunna*) werden buchstabengetreu zur alleinigen und allgemein gültigen Grundlage allen persönlichen und politischen Handelns gemacht.

Aus Sicht von Islamisten basieren heutige westliche staatliche Rechtsordnungen auf lediglich menschengemachten Gesetzen, die nicht in der Lage sind, ein wirklich gerechtes, menschenwürdiges gesellschaftliches Zusammenleben zu garantieren. Dies könne es nur unter der alleinigen Herrschaft von Gottes Gesetz geben. Deswegen fordern sie die Erhebung des islamischen Rechtskanons (*Scharia*) zu geltendem Recht, ungeachtet der vielfältigen, teilweise sogar widersprüchlichen Traditionen, die die islamische Rechtslehre im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hat. So schreibt ein Teilnehmer in einem islamistischen Internet-Forum zu diesem Thema:

„Werden die Gesetze und Regeln Allahs nur unvollständig oder gar nicht umgesetzt, so häufen und vertiefen sich die Probleme und Schwierigkeiten des Einzelnen wie die der ganzen Gesellschaft und der ganzen Bevölkerung der Erde.“

Nur durch das bedingungslose „Befolgen der Gebote Allahs“ ließen sich diese Probleme lösen. Ein anderer Nutzer im selben Forum, das auch von schleswig-holsteinischen Islamisten als Informations- und Kontaktbörse genutzt wird, beschreibt das islamistische Idealbild vom Menschen als ergebenem „Diener Allahs“, der „alle anderen Gesetzgeber“ verleugnet, nur den „Befehlen seines Schöpfers“ gehorcht und „nur mit seiner Gesetzgebung zufrieden“ ist.

Die Diskrepanz zwischen der islamistischen Utopie und der tatsächlichen Gestalt der angestrebten islamischen Herrschaft stellt die islamistischen Denker jedoch vor eine Reihe von Problemen. Es ergeben sich mehrdeutige Interpretationsfragen und eine Reihe von Widersprüchen, die nicht aufgelöst werden können. Und so gibt es wie bei jedem utopischen System auch innerhalb des islamistischen Spektrums eine Vielzahl von Kontroversen. Die Entwürfe einer „wirklich“ islamischen Gesellschaft reichen von nationalstaatlichen Modellen, wie sie z. B. von Organisationen angestrebt werden, die der ägyptischen „Muslimbruderschaft“ nahe stehen, bis hin zu transnati-

onalen Konzepten, wie der Errichtung eines weltumspannenden Kalifats, wie es z. B. die in Deutschland verbotene „Hizb ut-Tahrir“ anstrebt. Eine solche Rechtsordnung stünde jedoch in teilweise eklatantem Widerspruch zur deutschen Verfassungsordnung, insbesondere zu einer Reihe von Grundrechten und zu wesentlichen Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung: Statt des Prinzips der Volkssouveränität wäre eine islamische Herrschaft von einer Art „Gottessouveränität“ bestimmt. Herrschen würden letztlich diejenigen, die für sich in Anspruch nähmen, das religiöse Gesetz alleingültig zu interpretieren. Prinzipien wie Gewaltenteilung oder Parteienpluralismus wären damit ebenfalls ad absurdum geführt. Abweichende Wertvorstellungen und die Ausbildung einer politischen Opposition wären ausgeschlossen.

In seiner Schmähschrift „Demokratie - eine Religion“ polemisiert der in islamistischen Kreisen bekannte Gelehrte Abu Muhammad al-Maqdisi, der als Mentor des 2005 getöteten Anführers von „al-Qaida im Irak“, Abu Mus'ab al-Zarqawi, gilt, gegen demokratische Staatsordnungen, die er als eine Art pervertierte Religion charakterisiert. Die Verfassungsordnung westlich geprägter Staaten vergleicht er mit der Anbetung eines Götzen. Für die „polytheistischen Sklaven der Demokratie und der irdischen Verfassung“ sei es bedeutungslos, „ob diese erfundene Gesetzgebung mit dem Buch Allahs übereinstimmt oder nicht“. Und so rüttelt al-Maqdisi seine Leser auf:

„Seid ihr euch immer noch nicht sicher, dass dies das Spiel der Ungläubigen ist? Ein geschlossenes, krummes polytheistisches Schauspiel.“

Er beendet diesen Abschnitt mit einer donnernden Absage an das demokratische Prinzip:

„Wir sagen uns los von euch und eurem *Din* (= Religion; gemeint ist die Demokratie). Wir entgegnen euch mit Unglauben, euch und eurer polytheistischen Gesetzgebung und euren heidnischen Parlamenten. Und die Feindschaft und der Hass bestehen zwischen uns und euch. Bis ihr glaubt an Allah allein!“

Für diese und vergleichbare Schriften gibt es deutsche Übersetzungen, aus denen auch im Berichtsjahr in deutschsprachigen islamistischen Internet-Foren Auszüge abgedruckt wurden. Ansprechend formatiert kursieren sie auch als digitale Doku-

mente in der islamistischen Szene und sind für Interessenten einfach und kostenlos erhältlich.

Anlässlich der Bundestagswahl 2009 war die Frage nach einer Beteiligung an der Wahl ein unter Islamisten intensiv diskutiertes Thema: Manche befürworteten eine Teilnahme mit dem Argument, dass man indirekt auch als Nichtwähler eine Wahlaussage treffen würde, wenn auch zu eigenen Ungunsten, während man mit der Wahl einer Partei des geringsten Übels noch etwas zur Verbesserung der eigenen Situation unternehmen könnte. Zumeist wurde die Wahrnehmung des Wahlrechts jedoch vehement abgelehnt und damit begründet, dass man damit das politische System anerkennen und so quasi Götzendienerei betreiben würde.

Für das Leben in einer nicht-islamisch geprägten Mehrheitsgesellschaft bestehen aus islamistischer Sicht besondere Herausforderungen. Ist doch der Gläubige hier gezwungen, sich Gesetzen und Vorschriften zu unterwerfen, die sich mit den vermeintlichen religiösen Geboten nicht decken oder ihnen sogar widersprechen. Das kann die Schulausbildung der Kinder, Bekleidungs- oder Speisevorschriften betreffen, aber auch bis zu einer grundlegenden Ablehnung der „ungläubigen“ Rechtsordnung reichen.

Daneben genießen im Konzept islamischer Herrschaft Anhänger anderer Religionen oder auch Atheisten keine vollen Bürgerrechte; Religions- und Meinungsfreiheit wären nicht gewährleistet. Schließlich kollidiert eine islamische Herrschaftsordnung auch mit dem Gleichheitsgrundsatz zwischen Mann und Frau, da die im Islam postulierte Gleichwertigkeit der Frau vor Gott nicht gleichbedeutend ist mit dem modernen, im Grundgesetz verankerten Konzept der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Im polarisierten islamistischen Weltbild mit seiner pointierten Abgrenzung von anderen politischen Systemen und Weltanschauungen stehen die USA und Israel schon seit vielen Jahren synonym für die grundlegenden Widersacher der Muslime. Die USA werden in diesem Denken als der allmächtige Aggressor wahrgenommen, dessen Ziel die militärische, aber auch die kulturelle Durchdringung der gesamten Welt sei. Das hat sich auch seit der Wahl des US-Präsidenten Barack Obama nicht geändert. Allerdings stellte dessen Versuch, einen neuen Politikstil einzuführen, die Verfasser antiamerikanischer Polemik vor neue Herausforderungen: So erregte Obama

im März mit seiner Kairoer Rede an die islamische Welt Aufsehen, indem er versuchte, den bekannten antiamerikanischen Stereotypen Signale für eine von gegenseitigem Respekt geprägte internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe entgegenzusetzen. In den Kommentaren von islamistischer Seite herrschte daraufhin der Tenor vor, dass der vermeintlich neue Stil der USA nur Doppelzüngigkeit sei, während die tatsächliche Politik dieselbe bleiben würde.

Damit einher geht häufig die gängige Verschwörungstheorie, letztlich würden auch die USA bloß von Israel bzw. dem Judentum beherrscht - ein weiteres Charakteristikum islamistischer Weltanschauung: Das Feindbild Israel wird ebenso wie das davon kaum unterschiedene Judentum - unterstützt vom emotionalen Feuer des seit vielen Jahren ungelösten israelisch-palästinensischen Konfliktes - von antisemitischen Stereotypen genährt. Diese stützen sich auf das gesamte Arsenal des europäischen rassistisch motivierten Antisemitismus, aber auch auf christlichen und islamischen Anti-Judaismus.

Länger als die allgemeine mediale Aufmerksamkeit blieb das Interesse islamistischer Kreise auf die Auswirkungen der israelischen Gaza-Offensive von Anfang 2009 konzentriert. Die über 1.400 Toten auf palästinensischer Seite, darunter viele Frauen und Kinder, die Berichte über den Gebrauch von phosphorhaltigen Geschossen, die Bilder vom Ausmaß der Zerstörungen sowie die weiter andauernde Blockade des Gazastreifens nährten die bestehenden islamistischen Feindbilder und boten geeigneten Stoff für deren mediale Untermauerung. So wurde seither auf Video-Plattformen im Internet eine Vielzahl von Clips eingestellt, deren islamistische Inhalte mit aktuellen Bildern aus Gaza unterlegt sind. Solidarität und Hilfsbereitschaft gingen in manchen Freitagspredigten, Spendenaufrufen oder Solidaritätsveranstaltungen eine problematische Symbiose mit islamistischem Sendungsbewusstsein ein. Ohne Aussicht auf eine politische Lösung wird der israelisch-palästinensische Konflikt auch in Zukunft einen bedeutenden Nährboden für islamistischen Aktionismus darstellen.

Insbesondere wurde in islamistischen Kreisen der antisemitisch gefärbte Vorwurf der einseitigen Medienberichterstattung zu den Ereignissen in Gaza laut. So wurde auf einer islamistischen Internet-Seite von einer „systematischen Relativierung moslemischer Grundrechte in USA-/Israel-hörigen Medien“ gesprochen: Es sei in Deutsch-

land verpönt, hieß es weiter, „etwas gegen einen Juden zu sagen auch wenn er im Unrecht ist oder Israel wegen Ihres Apartheidsystems zu kritisieren. Stattdessen wird zugunsten der Zionisten gezielte Islamhetze betrieben.“

Islamisten versuchen zu zeigen, dass Muslime in Deutschland und anderen westlichen Staaten nicht nur zur Assimilation genötigt, sondern auch systematisch und gezielt rassistisch angefeindet und ihre Werte verunglimpft würden. Tatsächlich vorhandene Fälle von islamfeindlichen Provokationen, insbesondere aus dem rechtsextremen und rechtspopulistischen Bereich stellen sie als allgemein-gesellschaftliches Phänomen hin. Aus ihrer Sicht stellt das ein willkommenes Szenario dar, beweist es doch ihre These von einer bipolaren Konfrontation zwischen „den Muslimen“ und einer grundsätzlich feindlich gesonnenen nicht-islamischen Welt und zeigt die Dringlichkeit einer Abgrenzung der Muslime von der „ungläubigen Gesellschaft“.

Ein Beispiel für die Instrumentalisierung eines solchen Falles sind die Reaktionen von Seiten der islamistischen Szene auf die Ermordung einer Ägypterin in Dresden (Sachsen); sie war im Juli während einer Gerichtsverhandlung im Dresdener Landgericht von einem Russland-Deutschen erstochen worden, den sie wegen ausländerfeindlicher und rassistischer Beleidigung angezeigt hatte. In der Folge äußerten sich zahlreiche islamistische Stimmen - auch von internationaler Seite - zu dem Fall, und es kursierten mehrere Mordaufrufe. Der Fokus der Kommentatoren lag dabei auf den islamfeindlichen Motiven des Täters: Die Tat sei eine direkte Folge der medialen Hetze gegen Muslime und deren gesellschaftlicher Diskriminierung, so der Tenor. Es gab eine Kampagne im Internet, und der bekannte islamistische Prediger Pierre Vogel organisierte eine Reihe von Protestveranstaltungen. Er kritisierte, dass „in den westlichen Medien und im Internet (...) jeder Muslim, der die Religion praktiziert, automatisch als Terrorist sowie als Gefahr für die Gesellschaft dargestellt wird“.

2.1.3 Problematische Dynamik: Der Salafismus

In den vergangenen Jahren haben islamistische Netzwerke mit einer transnationalen Ideologie im Vergleich zu islamistischen Organisationen mit lokaler oder nationaler Agenda eine ungleich größere Dynamik entwickelt, die ihnen wachsenden Zulauf einbringt. Bei dieser Entwicklung spielt der Salafismus (arabisch: *salafiya*) eine ent-

scheidende Rolle. Unter diesem Oberbegriff versteht man eine islamistische Richtung, deren Anhänger die Wiederherstellung aller Aspekte des religiösen, politischen und gesellschaftlichen Lebens zur Zeit des Propheten Mohammed bzw. seiner Gefährten (*al-salaf al-salih*) durchsetzen wollen. Die Denker dieser „Reformbewegung“ fordern folglich die Bereinigung der islamischen Glaubensgrundsätze von allen Traditionen, die sich nicht direkt auf ihre Interpretation des Urislams zurückführen lassen. Ihr Hauptaugenmerk liegt somit darauf, ihr religiöses System vor „schädlichen Neuerungen“ (*bid'a*) zu bewahren.

Folglich richten sich salafistische Gelehrte unter Umgehung von mehreren Jahrhunderten islamischer Rechtsgeschichte nicht nach einer der vier sunnitischen Rechtsschulen, sondern nutzen ausschließlich die Urquellen Koran und Überlieferung (*Sunna*), die sie frei interpretieren, um ihre Vorstellung der islamischen Modellgemeinschaft in die Gegenwart zu übersetzen. Dabei legen sie sehr viel Energie in die Unterwerfung unter ein komplexes System aus Vorschriften und Regeln, stets darauf bedacht, sich keine Handbreit vom aus ihrer Sicht einzig wahren Weg abbringen zu lassen und damit in Gefahr zu geraten, das System selbst in Frage zu stellen und so dem Verderben anheim zu fallen. Die Angst vor Abweichung ist ein prägendes Element dieser islamistischen Ideologie. Die Dauerpräsenz des Satans (*shaitan*) als ständigem Versucher des Gläubigen geht dabei einher mit einer ausgeprägten Jenseitsorientierung, in der die Belohnung im Paradies ebenso ausführlich geschildert wird wie die farbigen Drohszenarien der Qualen des Höllenfeuers.

Hinzu kommt, dass der Salafismus die Unbedingtheit islamischer Glaubensgrundsätze, vor allem den absoluten Monotheismus (*tauhid*), auf die Spitze treibt und jeden Relativismus als unverzeihliche „Beigesellung“ (*shirk*) verdammt, bei der Gott nicht die alleinige Anbetung zukommt. Angehörige anderer islamischer Denkrichtungen und Konfessionen, kurz: alle Muslime mit anderen Glaubensansichten, werden ebenso wie Anhänger anderer Religionen pauschal zu „Ungläubigen“ (*kufar*) erklärt (*takfir*). Dabei stehen vor allem Schiiten im Visier der salafistischen Polemik. Ideologisch „bedient“ sich der moderne Salafismus in weiten Teilen bei der saudisch-wahhabitischen Orthodoxie, weist aber auch einige markante Unterschiede auf, allen voran die totale Ablehnung nationaler Herrschaftsstrukturen.

Trotz der Fixierung auf einen gesellschaftlichen Zustand von vor 1.400 Jahren handelt es sich beim Salafismus in seiner globalen Ausrichtung um eine überaus mo-

derne Bewegung, die dem Trend zur Individualisierung ebenso Rechnung trägt wie der Nutzung neuer Kommunikationsformen: Die Entwicklung und der derzeitige Vormarsch salafistischer Bewegungen wären ohne die modernen Medien, allen voran das Internet, so nicht denkbar. Ohne sich notwendigerweise an lokale Organisationsformen binden zu müssen, können Interessierte sich mittels individueller Internet-gestützter Ideologisierung flexibel im Spektrum salafistischer Argumentationsstrukturen bewegen und sich je nach Bedarf mit Gleichgesinnten vernetzen oder auch neue, möglicherweise „konsequenter“ Positionen aneignen. Das macht die besondere Attraktivität dieser islamistischen Strömung für jüngere, gut ausgebildete Muslime aus, paradoxerweise gerade auch für solche, die in einem urbanen, westlich geprägten Umfeld sozialisiert wurden, wie z. B. Muslime der zweiten oder dritten Einwanderergeneration oder auch Konvertiten.

Grundsätzlich stellt die salafistische Bewegung in ihrer absoluten Negierung aller ethnischen, nationalen oder herkunftsbezogenen Größen vor allem für junge Menschen ein attraktives Angebot dar, die in komplexen Identitätsfindungsprozessen nach klaren und konsequenten Antworten suchen. Statt der Selbstwahrnehmung als diskriminiertem gesellschaftlichen „Underdog“ verstehen seine Anhänger sich nun sogar innerhalb des islamistischen Spektrums als rechtgeleitete religiöse Avantgarde, die den „Fehlgeleiteten“ den Weg weisen muss.

Denn die Mission ihres Islamverständnisses ist für Salafisten eine zentrale religiöse Pflicht, auf die sie sehr viel Energie verwenden. Dem Begriff „*da'wa*“ (= Einladung, Mission) lässt sich eine Vielzahl von Aktivitäten zuordnen, darunter der Vertrieb salafistischer Traktate und Publikationen. Teilweise handelt es sich dabei um Übersetzungen saudischer Publikationen, die - ansprechend aufgemacht - häufig kostenlos vertrieben werden und beispielsweise auf so genannten Info-Ständen in Fußgängerzonen ausliegen. Auch im Internet finden sich überproportional viele salafistische Seiten. Wer sich im Netz über den Islam informieren möchte, stößt sehr schnell auf eine Vielzahl professionell aufgemachter Internet-Auftritte, die sich mit dem Anspruch, „den wahren Islam“ zu erklären, gerade auch an Nicht-Muslime richten.

Dennoch sind Salafisten darauf bedacht, die Kontakte zu Nicht-Salafisten auf ein Mindestmaß im Rahmen ihrer Missionspflicht zu beschränken. Dahinter steckt eine weitere salafistische Pflicht: Die bedingungslose Abgrenzung von der nicht-

islamischen Umgebung bei gleichzeitiger Betonung des inneren Zusammenhaltes unter den Muslimen (arabisch: *al wala wal-bar* = Loyalität [zum islamischen Glauben] und Lossagung [vom Unglauben]). Diese Abgrenzung kann bis zur Pflicht zur Auswanderung reichen, falls der Gläubige sich in der Erfüllung seiner religiösen Pflichten nachhaltig eingeschränkt sieht, bedeutet aber in jedem Fall eine totale Abschottung von der Mehrheitsgesellschaft und damit die Förderung parallelgesellschaftlicher Milieus.

Trotz individueller und virtueller Radikalisierung, die nicht zwangsläufig an eine bestimmte Organisation, eine einschlägige Moschee oder einen lokalen „Hassprediger“ gekoppelt sein muss, bedürfen auch Salafisten der Rückversicherung mit Ihresgleichen in der realen Welt: So ist auch in Schleswig-Holstein eine lokale Nachfrage nach salafistischen Anlaufstätten zu beobachten. Zwar kann man auch weiterhin nicht von salafistischen Zentren sprechen, dennoch gibt es insbesondere in Kiel und Lübeck, aber auch in einigen kleineren Städten Hinweise auf Moscheen oder Gebetsräume, in deren Umfeld sich vermehrt eine sehr dynamische und gut vernetzte Sympathisanten-Szene salafistisch orientierter Personen bewegt. Teilweise versucht diese auch, aktiv auf die ideologische Ausrichtung der Moschee Einfluss zu nehmen, z. B. durch die Organisation von Vortragsveranstaltungen einschlägiger Prediger. Empfänglich sind dafür insbesondere Moscheen mit einem heterogenen Besucherprofil, häufig wechselnden Imamen oder internen Konflikten. Denkbar sind aber auch Neugründungen oder Abspaltungen von bestehenden Moscheevereinen, wo salafistische Einzelpersonen oder Kleingruppen ihre missionarische Energie entsprechend zur Geltung bringen können.

Die salafistische Bewegung kennt gewaltlose - lediglich auf die Mission orientierte - Ausformungen ebenso wie gewaltbejahende und gewaltausübende Spielarten. Dabei folgen gewaltbereite Salafisten demselben Lehrsystem wie „Da'wa-Salafisten“, wählen jedoch zur Erlangung der gemeinsamen Ziele gewaltsame Methoden. Damit bilden sie zwar die Minderheit im salafistischen Spektrum, doch gibt es einen breiten Graubereich mit fließenden Übergängen zwischen beiden Seiten. Gewaltloser und gewaltbereiter Salafismus lassen sich nicht trennscharf voneinander abgrenzen, und Anhänger des Salafismus bewegen sich in diesem ideologischen Geflecht häufig mit einer besonderen Dynamik, wie individuelle Radikalisierungsprozesse zeigen. Die

meisten *jihadistischen* Gruppierungen, allen voran das „al-Qaida“-Netzwerk, stützen sich ideologisch auf die salafistische Lehre.

2.1.4 Jihadismus - eine eigenständige Ideologie

Jihadisten oder *jihadistische* Salafisten fordern wie gewaltlose Salafisten auch die unbedingte Rückkehr zu den „authentischen“ Quellen des Korans und der Überlieferung (*Sunna*). Zur Durchsetzung ihrer Forderung bedienen sie sich jedoch gewaltsamer Methoden. Je nach Ausprägung reicht das Spektrum von der bloßen Rechtfertigung von Gewalt als einer Option unter anderen zur Erlangung ihrer Ziele bis hin zur Fokussierung auf extreme Gewalt und Terrorismus, wie sie die verschiedenen Gruppen des „al-Qaida“-Netzwerkes verfolgen.

Um ihr Tun vor der großen Mehrheit der gewaltlosen Muslime zu rechtfertigen, nehmen *Jihadisten* für sich in Anspruch, die islamischen Rechtsquellen authentisch zu interpretieren, benutzen sie tatsächlich aber äußerst selektiv, indem sie einzelne Verse oder Berichte über Äußerungen des Propheten Mohammed außerhalb ihres Kontextes als unmittelbare Aufforderung zum Kampf gegen Andersgläubige interpretieren. Andere Passagen dagegen, die zur friedlichen Koexistenz von Völkern und Religionen aufrufen, haben für sie keine oder nachrangige Bedeutung.

Im Koran und in der *Sunna* spiegeln sich historische Ereignisse aus der Entstehungszeit des Islams wider: So kam es zwischen dem Propheten Mohammed und seinen Anhängern zu etlichen auch gewaltsamen Auseinandersetzungen mit dem gesellschaftlichen Establishment auf der arabischen Halbinsel. Denn immerhin hatte der Prophet mit seiner Botschaft von der Gleichheit aller Gläubigen vor dem einen Gott die traditionelle arabische Stammesgesellschaft in ihren Grundfesten in Frage gestellt. Wer sich mit ihm verbündete, akzeptierte auch seine Botschaft und nahm den neuen Glauben an, wer gegen ihn war, verharrte aus Sicht der jungen islamischen Gemeinde in Ungläubigkeit und Feindschaft. Auch nach Mohammeds Tod führten eine Reihe von Konflikten um die Frage der Nachfolge sowie Probleme im Zuge der Ausbreitung der islamischen Herrschaft zur Notwendigkeit in der frühen islamischen Theologie, ein Konzept für militärische Auseinandersetzungen unter islamischen Vorzeichen zu entwickeln. Danach ist z. B. das Töten von unbeteiligten

Zivilisten streng verboten. In das Zentrum dieses „islamischen Kriegsrechts“ stellten die Theologen den Begriff des „*Jihads*“: Die Grundbedeutung der „Anstrengung auf dem Wege Gottes“ hat viele Facetten, und in den Jahrhunderten nach Mohammeds Tod entstand eine komplexe *Jihad*-Theorie. Im Wesentlichen unterschied man den „großen *Jihad*“ (auch *Jihad al-nafs*, in etwa „Kampf gegen das eigene Ego“) vom so genannten kleinen *Jihad*. Bezeichnet der erste Begriff das persönliche Bemühen um das Gute im eigenen Leben und in der Gesellschaft, definierte man den „kleinen *Jihad*“ als streng reglementierten militärischen Einsatz zur Verteidigung und Ausbreitung des Glaubens. Um einer eventuell notwendigen Verteidigung der islamischen Glaubensgemeinschaft Genüge zu tun, konstruierte man den „kleinen *Jihad*“ als kollektive Pflicht, die unter klar festgesetzten Bedingungen von einigen Gläubigen stellvertretend für alle Muslime wahrgenommen werden konnte. Mit der Anerkennung des allgemeinen Kriegs- und Völkerrechtes in der Gegenwart hat der militärische *Jihad* seine Bedeutung in der islamischen Rechtslehre praktisch verloren.

Heutige *Jihadisten* definieren den *Jihad* dagegen vollkommen anders: Im Unterschied zur großen Mehrheit der Muslime hat der militärische *Jihad* für sie den Rang einer zwingenden individuellen Verpflichtung jedes einzelnen Gläubigen, insbesondere sobald der „Verteidigungsfall“ eingetreten ist. Unter der islamistischen Maßgabe, dass dem Koran universale Gültigkeit zukomme, übertragen sie die Konflikte der islamischen Frühzeit auf die aktuellen politischen und sozialen Verhältnisse. Gemäß dem frühislamischen Konzept des *Dar al-Islam* (wörtlich: „Haus des Islam“ = der islamisch befriedeten Welt) und des *Dar al-Harb* (wörtlich: „Haus des Krieges“ = der feindlichen Welt) konstruieren sie einen Kriegszustand zwischen zwei großen Blöcken, die sich mit ihren jeweiligen Verbündeten unversöhnlich gegenüberstehen. Nach ihrer Interpretation ist der „Verteidigungsfall“ nicht nur eingetreten, sondern die Gemeinschaft der Gläubigen wäre ohne das „heldenhafte“ Eintreten der *Mujahidin* (= wörtlich: der den *Jihad* Ausübende) dem Untergang geweiht.

Primär ziehen sie daraus die Aufforderung, ausländische Militäreinsätze in diversen regionalen Krisengebieten zu bekämpfen und begründen das damit, dass wie in Afghanistan oder im Irak „genuin islamisches Gebiet“ von „ungläubigen Truppen“ angegriffen und besetzt worden sei und dessen muslimische Bevölkerung unterdrückt werde. Diese Militäreinsätze können auch zur Rechtfertigung von Angriffen auf Ziele

in Europa und den USA herangezogen werden. Daneben befinden sich auch die Herrscher bzw. die staatlichen Institutionen islamisch geprägter Staaten im Fokus der *Jihadisten*, die diese als Heuchler betrachten, die sich - statt dem „wahren Islam“ in ihrem Herrschaftsgebiet zum Durchbruch zu verhelfen, wie in Pakistan oder Saudi-Arabien - mit den „Feinden des Islams“ verbündet hätten. Und schließlich geht es ihnen darum, die aus ihrer Sicht weltweit angegriffene islamische Religion mit allen Mitteln zu verteidigen. So werden z. B. die vor vier Jahren erstveröffentlichten dänischen Mohammed-Karikaturen immer wieder als Rechtfertigung für gewalttätige Übergriffe herangezogen, wie zuletzt im Dezember der Mordversuch an einem der Karikaturisten im dänischen Aarhus zeigte.

Zur Rechtfertigung terroristischer Angriffe auf „weiche Ziele“ (Märkte, Flugzeuge, Stadien etc.) definieren *Jihadisten* Zivilisten zu aktiven Kriegsteilnehmern um. So argumentierte der mutmaßlich im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet aufhältige deutsche Islamist Bekkay Harrach in einem Droh-Video im Vorfeld der Bundestagswahl im September, dass jeder wahlberechtigte Deutsche durch seine Wahlentscheidung direkt Verantwortung für die Geschehnisse in Afghanistan und damit auch für mögliche Anschläge in Deutschland trage. Gleichzeitig signalisierte er damit potenziellen Attentätern, dass Anschläge gegen deutsche Zivilisten aus Sicht von „al-Qaida“ ein legitimes Mittel zur „Verteidigung“ der „angegriffenen“ islamischen Gebiete darstellen (siehe dazu unter Nr. IV 2.2.2).

Als Minderheit unter den Muslimen stehen *Jihadisten* unter einem permanenten Rechtfertigungsdruck und müssen darüber hinaus mit dem Dilemma fertig werden, dass die meisten ihrer Opfer selber Muslime sind, während ihr eigener Anspruch auf Besitz der absoluten Wahrheit von den allermeisten Muslimen nicht anerkannt wird. Als Antwort darauf erklären sie mittels *takfir* (siehe dazu unter Nr. IV 2.1.3) sämtliche anders denkenden Muslime zu Ungläubigen und machen sie damit zu legitimen Angriffszielen ihres *Jihads*. So wurden in mehreren im Berichtsjahr an Deutschland gerichteten *jihadistischen* Droh-Botschaften neben deutschen Politikern auch die Vertreter der islamischen Dachverbände in Deutschland attackiert.

Die hier skizzierte *jihadistische* Ideologie existiert so gerade einmal 30 Jahre: Sie wurde maßgeblich durch die Ereignisse, die dem Einmarsch der Sowjets in Afghanis-

tan 1980 folgten, geprägt. Die Umdefinierung des Afghanistan-Krieges zum Glaubenskrieg, die massenhafte Anreise internationaler Kämpfer (*Mujahidin*) zum Kriegsschauplatz und ihre dort erfolgte Vernetzung gelten als „Stunde Null“ des „al-Qaida“-Netzwerkes. Seit den Ereignissen des 11. September 2001 ist es einer jungen Generation *jihadistischer* Gelehrter gelungen, die Koordinaten ihres Kampfes *fi sabilillah* (= auf dem Wege Gottes) an die veränderte weltpolitische Landschaft anzupassen. Überwiegend ohne Basis eines klassischen islamischen Studiums ziehen sie einen großen Teil ihrer Popularität und Bedeutung aus ihrer - englischsprachigen - Eloquenz, ihrem Charisma und vor allem ihrer Fähigkeit zur Nutzung moderner Medien. Zu ihnen gehört auch der jemenitisch-amerikanische Prediger Anwar al-Awlaki, der im Jahr 2009 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Al-Awlaki verfügte zeitweise über einen eigenen Internet-Auftritt, einen „Blog“ (Internet-„Tagebuch“) sowie eine Präsenz bei dem sozialen Netzwerk „Facebook“. Seine Predigten und Texte sind jederzeit für seine weltweite Anhängerschaft verfügbar und werden übersetzt und vielfach weiterverbreitet. So soll er in Kontakt zu dem Militärpsychologen gestanden haben, der im November im US-amerikanischen Militärcamp Fort Hood Amok gelaufen war. Auch der nigerianische Attentäter, der am 25. Dezember versucht hatte, ein amerikanisches Flugzeug über Detroit in die Luft zu sprengen, soll durch al-Awlaki ideologisch inspiriert gewesen sein.

Al-Awlaki ist es gelungen, die *Jihad*-Ideologie der ersten „al-Qaida“-Generation mit einer verständlichen, anschaulichen Bildersprache in den aktuellen politischen Kontext zu überführen. Vor allem für *Jihad*-Interessierte ohne ausreichende arabische Sprachkenntnisse stellen seine englischsprachigen Predigten eine zentrale Wissensquelle dar. Die Botschaft seines Werkes ist klar verständlich und drückt sich schon in Titeln wie „*Jihad* ist unsere Religion“, „44 Wege den *Jihad* zu unterstützen“ oder „Höllengehen und Tag des Gerichts“ aus. Er stellt sein ideologisches System nach dem Baukastenprinzip zusammen und punktet unter Umgehung der traditionellen islamischen Rechtsgelehrsamkeit mit Themenfeldern, die gerade für jüngere und männliche *Jihadisten* von brennendem Interesse sind: In schillernden Farben malt er die Belohnungen des Paradieses für die im Kampf gefallenen Märtyrer aus. Dabei spielt insbesondere der Kult um die Paradiesjungfrauen (*hur al-'ain*), die in mehreren Koranversen erwähnt werden, eine zentrale Rolle. Andere Interpretationen, die al-Awlaki verbreitet, sind für Kampfeswillige von ganz praktischem Nutzen: Wo die

Trennung oder gar der Bruch mit der Familie für Viele eine große Hürde auf dem Weg in den *Jihad* darstellt, kann die Aussage al-Awlakis, der Märtyrer könne bei Gott für 70 seiner „sündigen“ Familienmitglieder Fürbitte einlegen, einen entscheidenden Ansporn darstellen.

Al-Awlakis Predigten sind auch im deutschsprachigen Internet sehr präsent und werden, z. B. auf der Video-Plattform „Youtube“, kommentiert, redaktionell bearbeitet, teilweise mit deutschen Untertiteln versehen und weiterverbreitet. Dem Verfassungsschutz sind auch in Schleswig-Holstein einzelne radikalisierte Personen bekannt, die entsprechendes *jihadistisches* Material im Internet weiterverbreiten.

2.2 Islamistischer Terrorismus

2.2.1 Internationale Entwicklungen im Jahr 2009

Auch im Jahr 2009 ist wieder deutlich geworden, dass die Entwicklungen in den weltweiten Krisenherden und Konfliktregionen starken Einfluss auf die westliche Welt haben. Der missglückte Anschlag auf ein US-amerikanisches Verkehrsflugzeug am 25. Dezember über Detroit hat die andauernde Bedrohung der westlichen Staaten durch den islamistischen Terrorismus wieder greifbar gemacht. Auch hat dieser ein Schlaglicht auf den Jemen geworfen, der bisher in der öffentlichen Wahrnehmung im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus eine untergeordnetere Rolle spielte. Der nigerianische Attentäter wurde vermutlich durch „al-Qaida“-nahe Kräfte rekrutiert und ausgebildet. Die dortige Zentralregierung in Sanaa ist seit längerer Zeit in militärische Auseinandersetzungen mit schiitischen Rebellengruppen im Norden des Landes sowie sunnitischen Extremistengruppen verwickelt. Nach aktuellen Erkenntnissen ist zu befürchten, dass sich islamistische Terroristen die inneren Konflikte des Landes zunutze machen und sich im Jemen Rückzugsräume schaffen sowie terroristische Ausbildungslager errichten. Damit nimmt die Region für „al-Qaida“ eine besondere Rolle neben den bisherigen Hochburgen im Grenzgebiet von Afghanistan und Pakistan sowie in Somalia und Teilen der Maghreb-Staaten ein.

Den jemenitischen Sicherheitsbehörden sind die verstärkten Aktivitäten von „al-Qaida“ nahe stehenden Gruppierungen im Jemen seit Mitte des letzten Jahrzehnts bekannt. Seit dieser Zeit konnte eine zunehmende Verschlechterung der Sicherheits-

lage auf der arabischen Halbinsel festgestellt werden. Alleine im Jahr 2008 erfolgten im Jemen 19 Anschläge der damaligen „al-Qaida im Jemen“. Der operative Bereich der Terrororganisation konnte im selben Jahr weitgehend durch die dortigen Sicherheitsbehörden zerschlagen werden. Große Teile der Anführer kamen dabei ums Leben. Die verbliebenen Strukturen verübten als Vergeltungsmaßnahme am 17. September 2008 einen Angriff auf die US-amerikanische Botschaft in Sanaa. Die danach erfolgten Maßnahmen der Sicherheitsbehörden führten zur Zerschlagung dieser Strukturen.

Im Januar 2009 wurde durch jemenitische und saudische Terroristen die Gruppierung „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH) proklamiert, die ihren Aktionsraum vom Jemen nunmehr auch auf Saudi-Arabien ausdehnte. Ihre operative Aktionsfähigkeit konnte die Gruppierung bereits im März mit Anschlägen auf südkoreanische Staatsbürger unter Beweis stellen. Für den fehlgeschlagenen Anschlag auf die US-Verkehrsmaschine im Dezember hat sie im Internet die Verantwortung übernommen. Danach erfolgte der Anschlag als Reaktion auf die Angriffe jemenitischer Sicherheitsbehörden auf dortige Strukturen der AQAH, die vermeintlich mit Unterstützung der USA erfolgt sind. Das fehlgeschlagene Attentat wird von AQAH dennoch als Erfolg angesehen, da es der Organisation erstmals gelungen sei, außerhalb ihres bisherigen regionalen Operationsraumes alle Sicherheitsvorkehrungen der US-amerikanischen Sicherheitsbehörden zu umgehen und in den USA einen Anschlag durchzuführen, der nur aufgrund eines technischen Versagens nicht zur Umsetzung gekommen ist.

Somit hat die AQAH ihren regionalen Operationsraum verlassen und ihr „Kampfgebiet“ internationalisiert und ist zu einer direkten Bedrohung für die westliche Welt geworden.

Eine derartige Anschlagplanung ist eigentlich die Domäne der so genannten Kernal-Qaida, die allerdings aufgrund des andauernd hohen Verfolgungsdrucks in ihren Rückzugsgebieten in den Grenzregionen Afghanistans und Pakistans nur sehr eingeschränkt operative Planungen außerhalb dieses Bereichs, insbesondere in westlichen Ländern, umsetzen kann. Das fehlgeschlagene Attentat bestätigt damit den bereits in den letzten Jahren festgestellten Trend, dass die Terrororganisation „al-

Qaida“ von verschiedenen Organisationen als übergeordnetes „Markenzeichen“ verwendet wird.

Ein weiterer aktueller Schauplatz des weltweiten *Jihads* ist immer noch der Irak. Auch wenn es dort in den vergangenen Jahren zu einer spürbaren Verbesserung der Sicherheitslage gekommen ist, gelang es der „al-Qaida im Irak“ (AQil) 2009 speziell in Bagdad, Anschläge mit hohen Opferzahlen durchzuführen. Einiges deutet darauf hin, dass sich die AQil nach starken Verlusten in den letzten Jahren restrukturieren konnte und ihre Stärke auf hohem Niveau konsolidiert hat. Durch ihr großes Engagement im Kampf gegen westliche Ziele ist die AQil zum propagandistischen Aushängeschild der „al-Qaida“ geworden, wenngleich sich ihr Operationsraum bisher ausschließlich auf den Irak beschränkt. Neben dieser Gruppierung ist im Norden des Iraks weiterhin die Gruppe „Ansar al-Islam“ eine starke terroristische Bedrohung. Es bleibt abzuwarten, ob die beiden Terrororganisationen zukünftig weiterhin isoliert voneinander agieren werden oder ob gegebenenfalls eine Kooperation oder eine noch weitergehendere Zusammenarbeit angestrebt wird.

Die Sicherheitslage in Afghanistan und Pakistan ist weiterhin äußerst angespannt. In diesem Bereich kooperiert „al-Qaida“ mit einer ganzen Anzahl von anderen Terrororganisationen, wie z. B. der „Islamischen Jihad Union“ (IJU), der „Lashkar-e-Taiba“, den Taleban oder auch der „Hezb-e Islami“. Diese Kooperationen finden auf verschiedenen Ebenen statt. Mit der IJU scheint die „al-Qaida“ derzeit eine besonders intensive Zusammenarbeit zu verfolgen, wie kürzlich eine gemeinsame Video-Veröffentlichung von hohen Repräsentanten der Organisationen zeigte. In Afghanistan und in angrenzenden Stammesgebieten in Pakistan ist eine Vielzahl von terroristischen Ausbildungslagern angesiedelt, in denen nicht nur Rekruten aus der Region für den *Jihad* in Afghanistan ausgebildet werden, sondern in denen auch westliche Staatsangehörige eine terroristische Ausbildung erhalten. Da diese westlichen Staatsangehörigen ihre erworbenen Kenntnisse nicht nur im *Jihad* in der Region einsetzen können, stellen sie nach der Rückkehr in ihre Heimatländer eine direkte Bedrohung dar.

Ein vorrangiges Ziel der „al-Qaida“ sind immer noch symbolträchtige Großanschläge in den USA oder Europa. Der anhaltende Verfolgungsdruck und der damit einherge-

hende Verlust wichtiger Führungsstrukturen und -ebenen in Afghanistan und Pakistan dürften allerdings dazu führen, dass entsprechende operative Planungen zumindest verzögert werden. Dem Trend der letzten Jahre folgend hat sich „al-Qaida“ weiterhin auf ihre ideologische Vorreiterrolle im weltweiten *Jihad* konzentriert und in erster Linie ihr Markenzeichen „al-Qaida“ weiter durch eine intensive Propagandaarbeit insbesondere im Internet gefestigt. Durch das Internet werden weltweit alle *Jihad*-Interessierten erreicht und bedient. Somit besteht aus Sicht der „al-Qaida“ die Möglichkeit, bisher von ihren Strukturen nicht eingebundene *Jihadisten* zu erreichen, die sich über das Internet selbst radikalieren können und somit auch direkt in den westlichen Ländern eine unmittelbare Bedrohung darstellen. Allerdings ist fraglich, ob der hohe Stellenwert, den „al-Qaida“ derzeit im weltweiten *Jihad* einnimmt, auf Dauer trotz des Ausbleibens symbolträchtiger Anschläge in westlichen Ländern lediglich durch eine reine Propagandaarbeit aufrecht erhalten werden kann.

Deutschland ist in den letzten Jahren insbesondere aufgrund des Engagements der Bundeswehr in Afghanistan in den Fokus der „al-Qaida“ geraten. Insbesondere die Bundestagswahl im September hat „al-Qaida“ bewogen, die bereits 2008 eingeleitete Propagandaoffensive gegen Deutschland zu intensivieren, um letztendlich den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan zu erreichen. Dabei spielte insbesondere der Deutsch-Marokkaner Bekkay Harrach eine führende Rolle (siehe dazu unter Nr. IV 2.2.2).

Neben der „al-Qaida“ ist in der Region die IJU für diverse Anschläge verantwortlich. Die IJU sieht sich nicht nur dem weltweiten *Jihad* gegenüber verpflichtet, sondern verfolgt mit ihrem Bestreben nach der Errichtung eines Kalifats in Zentralasien und der damit einhergehenden Absetzung der usbekischen Regierung auch eine regionale Agenda. Auch deutsche Staatsangehörige, wie z. B. der Islam-Konvertit Eric Breininger, werden dieser Terrororganisation zugeordnet. Breininger ist unter anderem eine enge Kontaktperson zur so genannten Sauerland-Gruppe.

2.2.2 Islamistischer Terrorismus in Deutschland

Dass sich Deutschland unverändert im direkten Zielspektrum islamistischer Terroristen befindet, wurde im Jahr 2009 durch die fortgeführte Propagandaoffensive von

„al-Qaida“ und der IJU sowie besonders eindringlich durch die direkten Anschlagsdrohungen im Rahmen der Bundestagswahl bekräftigt. Kern der islamistischen Propaganda ist weiterhin die Beteiligung Deutschlands am weltweiten Anti-Terror-Kampf und insbesondere das Engagement der Bundeswehr in Afghanistan. Letzteres führte 2009 zu einer verstärkten Auseinandersetzung in der islamistischen Propaganda mit diesem Thema, da in der dortigen Öffentlichkeit der Einsatz der Bundeswehr einen immer offensiveren Charakter erhielt.

Wie bereits 2008 sind bei den veröffentlichten Verlautbarungen 2009 auch deutschsprachige Terroristen zu Wort gekommen. Hierbei sind in erster Linie Eric Breininger und Bekkay Harrach hervorzuheben. Breininger ist dem Umfeld der IJU, Harrach dem Umfeld der „al-Qaida“ zuzurechnen. Der Letztgenannte wandte sich bereits Anfang des Jahres 2009 mit zwei Veröffentlichungen des „al-Qaida“-Medienkomitees „as-Sahab“ an die Öffentlichkeit. In diesen bekennt er sich zum Gedankengut des weltweiten *Jihads* und zur Terrororganisation „al-Qaida“. Unter anderem verkündet er seinen Wunsch, als Märtyrer bei einem Selbstmordanschlag, möglichst gegen deutsche Ziele, zu sterben. Besondere Prominenz erlangte Harrach mit seiner Video-Veröffentlichung vom 18. September mit dem Titel „Sicherheit - ein geteiltes Schicksal“. Darin brandmarkt er das deutsche Volk als die Hauptverantwortlichen für die deutsche Politik und somit für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan: Das Volk als Souverän sei in der Demokratie direkt für politische Entscheidungen verantwortlich. Er kündigte an, dass das Schicksal des deutschen Volkes vom Ausgang der Bundestagswahl abhängen würde. An die Bundeskanzlerin wandte er sich mit der Frage, „welche logische Konsequenz ergab sich denn aus der Unterstützung der britischen und spanischen Konservativen für den Irak-Krieg?“. Hierbei spielte er offensichtlich auf die verheerenden Sprengstoffanschläge von Madrid (2004) und London (2005) an. Sollte das deutsche Volk, so führte er weiter aus, seine Soldaten nicht zurückbeordern, so habe es sein Urteil gefällt, denn in einer Demokratie seien Zivilisten nicht unschuldig. Die Botschaft von Harrach endet mit der Bitte an die Muslime in Deutschland, „sofern das deutsche Volk sich nicht für den Abzug seiner Soldaten aus Afghanistan entscheidet, nach der Wahl von allem, was nicht lebensnotwendig ist, fernzubleiben. Behält in dieser Zeit bitte Eure Kinder in Eurer Nähe. Möge Allah auch eure Kinder und auch alle Kinder beschützen.“ Abschließend legt er einen Treueeid auf Usama Bin Ladin, Mullah Omar und Aiman al-Zawahiri ab.

Diese Botschaft war als eindeutige Drohung im Hinblick auf die Bundestagswahl zu verstehen. Der Bezug insbesondere zu den spanischen Konservativen war unmissverständlich. Am 11. März 2004 ereigneten sich in Madrid unmittelbar vor der dortigen Parlamentswahl mehrere Anschläge auf den Schienenverkehr mit insgesamt 191 Toten und 2.051 Verletzten. Nach diesen Anschlägen änderte sich die Stimmung in Spanien derart, dass ein sicher geglaubter Vorsprung der konservativen Kräfte, die den Irak-Krieg befürworteten, zusammenschmolz und letztlich die Oppositionspartei die Parlamentswahl gewann. Die darauf folgende Regierung kündigte noch unter dem Eindruck der Anschläge den Abzug der spanischen Truppen aus dem Irak an.

Aus der Sicht Schleswig-Holsteins ist bei der Verlautbarung von Harrach eines besonders bemerkenswert: Die Stadt Kiel solle demnach während der gesamten Zeit eine sichere Stadt bleiben. Was Harrach hiermit zum Ausdruck bringen wollte, ist bisher nicht abschließend geklärt. Möglich ist unter anderem, dass sich hinter der Formulierung eine codierte Nachricht verbirgt oder aber, dass die Sicherheitsbehörden durch diese Formulierung lediglich verunsichert werden sollten.

Optisch auffallend ist in dem Video die Aufmachung von Harrach; er tritt nicht, wie sonst üblich, mit muslimischem Turban bekleidet und einer Maschinenpistole bewaffnet auf, sondern westlich gekleidet vor einem roten Vorhang. Dies soll vermutlich auf den US-Präsidenten Barack Obama anspielen, der in ähnlicher Kleidung und Ausstattung am 4. Juni in Kairo eine viel beachtete Rede an die muslimische Welt hielt. Mit seinem fast staatsmännisch anmutenden Auftreten wollte Harrach vermutlich den Anspruch unterstreichen, als Vertreter von „al-Qaida“ auf einer gleichberechtigten Ebene mit den Repräsentanten der westlichen Welt wahrgenommen zu werden.

Der Video-Botschaft von Harrach folgten noch weitere Verlautbarungen von „al-Qaida“-Mitgliedern, bis sich am 25. September und 28. September der „al-Qaida“-Führer Usama Bin Ladin und danach sein Stellvertreter Aiman al-Zawahiri zu Wort meldeten. Bin Ladin ruft die Europäer zur Beendigung ihrer Ungerechtigkeit und zum Abzug der Truppen aus Afghanistan auf. Sollte dies geschehen, so sei „al-Qaida“ bereit, ihnen zu vergeben und mit ihnen Frieden zu schließen. Er verknüpft dies auch

mit der Erwähnung der Anschläge von Madrid und London und stellt damit ebenfalls eine indirekte Drohung in den Raum.

Mit diesen Verlautbarungen wird von „al-Qaida“ eine Argumentationskette aufgebaut, die auch die Rechtfertigung der Tötung von Zivilisten in Deutschland einschließt: Wenn bei der Bundestagswahl eine Regierung gewählt wird, die die Bundeswehr nicht aus Afghanistan abzieht, ist letztendlich die wahlberechtigte Bevölkerung in ihrer Gesamtheit in Deutschland verantwortlich und somit ein legitimes Ziel.

Die Medienoffensive von „al-Qaida“ wurde von anderen islamistischen Gruppen, wie z. B. der IJU, aufgegriffen und fortgeführt. Auch wenn entgegen der Drohung im Zusammenhang mit der Bundestagswahl am 27. September kein Anschlag in Deutschland oder gegen deutsche Interessen im Ausland erfolgte, führt dies nicht automatisch zu einer Relativierung der angespannten Gefährdungslage. Darüber hinaus beinhaltet die Medienkampagne aufgrund des damit einhergehenden hohen Mobilisierungs-, Rekrutierungs- und Emotionalisierungspotenzials die Gefahr, dass autonom agierende, islamistisch motivierte Kleinstgruppen oder Einzeltäter Anschläge auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland begehen könnten.

Ein Echo auf die Medienoffensive war in der *jihadistischen* Szene in Deutschland in erster Linie in einschlägigen Internet-Foren zu verzeichnen. Dabei konnten überwiegend drei Arten von Reaktionen festgestellt werden:

- Die Drohkulisse wurde wiederholt, um so dieser weiter Nachdruck zu verleihen;
- die möglichen Anschläge in Deutschland wurden begrüßt und es wurden die möglichen Ziele diskutiert und
- es wurde über die vermeintliche Strategie von „al-Qaida“ gegen Deutschland spekuliert.

Neben dem Aufbau einer unmittelbaren Drohkulisse für Deutschland verfolgt „al-Qaida“ mit den Video-Verlautbarungen auch die Absicht, für die Teilnahme am *Jihad* zu rekrutieren. Harrach ruft z. B. in einer Botschaft direkt dazu auf, den bewaffneten *Jihad* zu unterstützen. Offensichtlich befinden sich aktuell bereits mehrere Personen mit einem unmittelbaren Deutschland-Bezug im Bereich Afghanistan und Pakistan

und beteiligen sich dort mutmaßlich am *Jihad*. Hieraus ergeben sich zwangsläufig Auswirkungen auf die dortige Sicherheitslage der deutschen Einrichtungen, aber auch auf Deutschland direkt. Bei einer Rückkehr ausgebildeter und gegebenenfalls mit Kampferfahrung ausgestatteter *Jihadisten* nach Deutschland geht von diesem Personenkreis eine besondere Gefahr für die Sicherheitslage aus. Deswegen werden mit großer Sorgfalt mögliche Ausreisewillige aus Deutschland, insbesondere zu den Schauplätzen des *Jihads* bzw. möglichen terroristischen Ausbildungslagern beobachtet.

Grundsätzlich sind für Personen aus dem islamistischen Spektrum Auslandsreisen, z. B. zur Teilnahme an Pilgerreisen, Kursen an einschlägigen Sprachinstituten sowie insbesondere in terroristische Ausbildungslager von besonderer Bedeutung. Das erfolgreiche Durchlaufen eines terroristischen Ausbildungslagers wirkt auf den Absolventen identitätsstiftend und begründet sein Ansehen.

Den Sicherheitsbehörden liegen derzeit Informationen zu insgesamt rund 200 Personen mit Deutschland-Bezug (deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund bzw. Konvertiten sowie in Deutschland aufhältig gewesene Personen anderer Staatsangehörigkeit) und islamistisch-terroristischem Hintergrund vor, die seit Beginn der 1990er-Jahre eine paramilitärische Ausbildung erhalten haben sollen bzw. eine solche beabsichtigten:

- Zu rund 65 dieser 200 Personen existieren konkrete Hinweise, die für eine absolvierte paramilitärische Ausbildung sprechen. Es wird davon ausgegangen, dass sich weniger als ein Drittel dieser 65 Personen aktuell wieder in Deutschland aufhält, davon ist rund die Hälfte derzeit inhaftiert.
- Von den insgesamt 200 Personen, bei denen eine Teilnahme an einer paramilitärischen Ausbildung zumindest angenommen wird bzw. die eine solche beabsichtigten, halten sich derzeit vermutlich rund 90 Personen (wieder) in Deutschland auf, davon sind rund 20 Personen inhaftiert.
- Rund 30 dieser 200 Personen haben sich mutmaßlich seit Beginn des Jahres 2001 an Kampfhandlungen in Krisenregionen beteiligt.

Bei einigen der festgestellten bzw. geplanten Ausreisen zeigte sich, in welchem konspirativen Maße die Szene sich zu gemeinsamen oder zumindest aber abgestimmten Ausreisen verabredet. Auch Personen mit Deutschland-Bezug halten sich in Re-

gionen, wie z. B. dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, auf, in denen sich Ausbildungslager islamistisch-terroristischer Organisationen befinden.

Von erheblicher Bedeutung ist, in welchem Lager die Personen ausgebildet werden. Denn dort erhalten die Absolventen durch die Reputation des Ausbilders Zugang zu weiteren Angehörigen der jeweiligen Terrororganisation. Spätestens mit einem solchen Lageraufenthalt erfolgt eine Anbindung an terroristische Strukturen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, dass der Absolvent diese Kontakte und Beziehungen dazu nutzt, um von seinem Heimatland aus auf ein bestehendes Netzwerk zurückgreifen zu können.

Das Ziel der *Jihad*-Freiwilligen ist grundsätzlich die Beteiligung am gewaltsamen *Jihad*. Die Hauptintention des Lageraufenthaltes liegt im Erlernen der notwendigen Kenntnisse für den bewaffneten Kampf, wie z. B. Bombenbau, Waffenbenutzung oder taktische und strategische Vorgehensweisen. Die erworbenen Fähigkeiten und Netzwerk-Kontakte befähigen die *Jihad*-Freiwilligen grundsätzlich auch zu Anschlägen in ihren Heimat- oder Drittländern. Damit tragen Absolventen terroristischer Ausbildungslager ein hohes Gefahrenpotenzial in sich, insbesondere wenn sie ihre Aktivitäten nicht auf die klassischen *Jihad*-Schauplätze beschränken, sondern motiviert den *Jihad* auch auf andere Länder, insbesondere die Heimatländer ausweiten wollen.

Dabei kommt potenziellen Rückkehrern mit Deutschland-Bezügen, darunter auch Konvertiten, eine besondere Bedeutung zu. Diese sind zum einen dafür prädestiniert, in Deutschland Anschläge zu verüben, da sie sich hier unauffällig bewegen können, und zum anderen als Rekruteure aktiv zu werden. Im Besonderen besteht die Gefahr des so genannten Multiplikatoreffektes. Durch das erfolgreiche Durchlaufen eines Ausbildungslagers und die mögliche Rückkehr in das Heimatland steigt die Reputation der Absolventen. Sie sind Vorbilder für andere Muslime. Dieses Phänomen wird von islamistischen Organisationen gezielt zu Propagandazwecken ausgenutzt. Durch die mediale Präsenz von Absolventen wie Breininger werden Muslime emotionalisiert, sogar manipuliert. Auf diese Weise werden die Absolventen zu so genannten medialen Rekruteuren gemacht. Breininger kann über den Einsatz von Medien als Multiplikator vom Ausland aus in Deutschland tätig werden, ohne in sein

Heimatland zurückzukehren. Solche Medienauftritte haben auf die Zielgruppe eine inspirierende Wirkung. Die in Medien präsenten Absolventen dienen potenziellen Attentätern als zusätzliche Motivation oder stellen ein ausschlaggebendes Moment für noch unentschlossene Sympathisanten des gewaltsamen *Jihads* dar.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass durch die oben genannten erworbenen Qualifikationen Absolventen terroristischer Ausbildungslager dazu befähigt sind, im Ausland zu kämpfen (beispielsweise *Jihad*-Gebiete in Pakistan und Afghanistan, Somalia, Jemen), einen Anschlag in ihrem Heimat- oder einem Drittland vorzubereiten und zu begehen. Je nach individuellem Radikalisierungsgrad ist davon auszugehen, dass diese Personen grundsätzlich bereit sind, im In- oder Ausland (Selbstmord-) Anschläge durchzuführen und dabei den Märtyrertod zu sterben. Schwer zu bewerten ist, ob die Bereitschaft, sich aktiv am *Jihad* bzw. an Kampfhandlungen in Krisengebieten, wie z. B. Irak, Afghanistan oder Tschetschenien zu beteiligen, letztendlich bei allen diesen Personen besteht. Den zurückkehrenden, möglicherweise auch ohne Kenntnis der Sicherheitsbehörden in entsprechenden Lagern ausgebildeten Personen kommt insoweit mit Blick auf die Gefährdungslage innerhalb der Bundesrepublik eine besondere Bedeutung zu.

Diese könnten als Rekruteure und geistige Führer tätig werden. Derartige Handlungsalternativen wurden bereits in der Vergangenheit von ausgebildeten Personen realisiert und haben sich durch die Vorbereitung entsprechender Anschläge (siehe „Sauerland-Gruppe“) gezeigt. Diese wurden oftmals durch Selbstbezeichnungen der jeweiligen Organisationen medial begleitet. Solche Entwicklungen haben Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland sowie deutsche Einrichtungen und Interessen im Ausland.

Der Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein ist bekannt, dass zu den genannten Personenzahlen auch Verbindungen nach Schleswig-Holstein bestehen. Die bekannten Personen werden aus diesem Grund aufmerksam vom Verfassungsschutz beobachtet.

2.2.3 Islamistischer Terrorismus in Schleswig-Holstein

Islamistisch-terroristische Strukturen sind in Schleswig-Holstein auch 2009 nicht feststellbar gewesen. Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt wurde, liegen allerdings zu einer Reihe von Personen in Schleswig-Holstein Anhaltspunkte für Kontakte unterschiedlicher Art und Qualität zum *jihadistischen* Spektrum vor. Es konnte insbesondere festgestellt werden, dass sich einige junge Muslime und junge Islam-Konvertiten zunächst über einschlägige Internet-Angebote mit dem Thema „*Jihad*“ auseinandersetzen und zum Teil später weiter radikalisierten. Sie verlassen dann die virtuellen Räume des Internets und suchen in einschlägigen Moscheen und Gebetsräumen den Austausch mit Gleichgesinnten. Hierbei ist aktuell eine sich abzeichnende weitere Vernetzung zum einen überregional über das Internet, zum anderen regional über bestimmte Anlaufstellen im Lande festzustellen. Dies wird im Hinblick auf eine weitergehende Radikalisierung mit großer Sorge beobachtet.

Neben diesen *jihadistischen* Islamisten werden in Schleswig-Holstein insbesondere Personen mit Kontakten zur irakisch-kurdischen Terrororganisation „Ansar al-Islam“ (AAI) beobachtet. Die AAI steht für eine besonders radikale salafistisch-*jihadistische* Ideologie und hat unverändert die Errichtung eines eigenen kurdischen islamischen Staates auf Grundlage der *Scharia* sowie die Befreiung des Iraks von ausländischen Truppen und Einflüssen zum Ziel. Die Anhänger in Deutschland unterstützen die Kerngruppe im Irak vor allem durch die Beschaffung von Geldmitteln und deren Transfer in den Irak, so dass ihnen zumindest finanzielle Hilfeleistungen an die AAI zugeschrieben werden könnten. Dass die AAI als ausländische terroristische Vereinigung auch die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, wurde gerichtlich wiederholt festgestellt. Der Bundesgerichtshof hat beispielsweise mit Beschluss vom 22. September das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 15. Juli 2008 gegen drei Mitglieder der AAI bestätigt und die Revisionen verworfen. Das Oberlandesgericht Stuttgart hatte drei irakische Staatsangehörige wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit der versuchten Beteiligung an einem Mord zu Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren verurteilt. Das Urteil ist nunmehr rechtskräftig.

2.2.4 Terrorprozesse gegen Personen aus Schleswig-Holstein

2009 fanden zwei Strafprozesse gegen Personen aus Schleswig-Holstein wegen deren Beteiligung am internationalen *Jihad* ihre Fortsetzung:

Am 4. Juni bestätigte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe das Urteil des Oberlandesgerichts Schleswig vom 24. September 2008 gegen den 25-jährigen marokkanischen Staatsangehörigen Abdelali Miftah und verwarf damit seinen Revisionsantrag als unbegründet. M. war im Zuge des Prozesses gegen Redouane El Habhab aus Kiel wegen Beihilfe zur Gründung und wegen Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt worden. Er war an der Rekrutierung und Schleusung von *Jihad*-Kämpfern beteiligt.

Der Bundesgerichtshof verwarf mit Beschluss vom 24. November die Revision des Youssef Mohamad El Hajdib aus Kiel gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 9. Dezember 2008 als unbegründet. Er war wegen versuchten vielfachen Mordes sowie der versuchten Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Im Juli 2006 hatte er gemeinsam mit einer weiteren Person versucht, aus Rache für die so genannten Mohammed-Karikaturen zwei zeitlich aufeinander abgestimmte Sprengstoffanschläge auf Regionalzüge in Nordrhein-Westfalen zu verüben, um eine Vielzahl von Menschen zu töten.

Das islamistische Spektrum in Schleswig-Holstein nahm zumindest öffentlich keinerlei Anteil an den Prozessgeschehen.

2.3 „Hizb Allah“ [„Partei Gottes“]

1982 entstand die „Hizb Allah“ vor dem Hintergrund des libanesischen Bürgerkrieges und dem Einmarsch der israelischen Armee, die die aus dem Libanon operierende „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO) vertreiben sollte. Die unter maßgeblicher ideologischer und finanzieller Unterstützung seitens des Iran gegründeten „Hizb-Allah“-Milizen veröffentlichten 1985 in ihrer zentralen politisch-programmatischen Schrift ihre Zielsetzung: der „Widerstand“ gegen Israel sowie die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Vorbild im Libanon. Ende November hat die Organisation ein neues Grundsatzdokument veröffentlicht, in dem sie

ihren so genannten Offenen Brief von 1985 weitgehend von revolutionärer Rhetorik befreit hat, ohne sich von ihrer grundlegenden Positionierung zu verabschieden.

In ihren Anfangsjahren verübte die „Hizb Allah“ inner- und außerhalb Libanons eine Reihe von Aufsehen erregenden Terrorakten und setzte dabei Selbstmord-Attentäter ein. Auf internationaler Ebene hat sie sich seit den 1990er-Jahren nicht mehr zu Gewalttaten bekannt und erachtet offensichtlich den Libanon als ausschließliches Operationsgebiet.

Seit 1992 ist Hassan Nasrallah Generalsekretär der „Hizb Allah“. Im selben Jahr beteiligte sich die Organisation erstmals an Wahlen und ist seither mit mehreren Abgeordneten im libanesischen Parlament vertreten. Aufgrund ihrer zahlreichen Aktivitäten im karitativen Bereich konnte und kann sie sich eines großen Rückhalts insbesondere in der ländlichen schiitischen Bevölkerung gewiss sein. In den südlichen Landesteilen des Libanons unterhält sie Schulen, Waisenhäuser, Kindergärten und Krankenhäuser und ist verantwortlich für bedeutende Infrastrukturmaßnahmen. Nach wie vor fließen beträchtliche Finanzströme aus Teheran und Damaskus in die Kassen der „Hizb Allah“. Weitere Zuwendungen stammen aus Spenden und dem Erlös parteieigener Wirtschaftsunternehmen.

Den Abzug der israelischen Truppen aus dem Süd-Libanon im Jahr 2000 feierte die „Hizb Allah“ selbstredend als Befreiung und vor allem als Triumph des Widerstandes. Dadurch erhöhte sich ihre Popularität in der Bevölkerung nicht nur des Libanons sprunghaft. Zudem steht die „Hizb Allah“ in dem Ruf, eine der wenigen politischen Kräfte im Lande zu sein, die nicht korrumpierbar sind. Einen weiteren Schub erhielt ihr Ansehen im arabisch-islamischen Raum im Sommer 2006 während des Krieges gegen Israel. Trotz der weit mehr als 1.000 Toten und der vielen Verletzten auf libanesischer Seite war es der israelischen Armee nicht gelungen, die operative Handlungskraft des Gegners zu zerstören.

Aus Sicht der Sicherheitsbehörden ist der Auslandssicherheitsdienst der „Hizb Allah“, die so genannte External Security Organisation, von besonderem Interesse. Sie war verantwortlich für die internationalen terroristischen Operationen der Organisation. Als ihr Chefplaner Imad Mughniya im Februar 2008 in Damaskus einem Mordan-

schlag zum Opfer fiel, verkündete Nasrallah, dass das Blut von Mughniya der Anfang des Niedergangs von Israel sei. Bis heute hat die Gruppierung diese angedrohte Vergeltung nicht in die Tat umgesetzt.

In dem im Dezember 2008 ausgebrochenen militärischen Konflikt zwischen Israel und der HAMAS im Gazastreifen intervenierte die „Hizb Allah“ nicht direkt, griff der verbündeten HAMAS allerdings mit psychologischer Kriegsführung unter die Arme. Kurz nach Ausbruch der Kampfhandlungen lancierte sie eine umfangreiche Medienkampagne, in der sie den Krieg im Libanon im Sommer 2006 mit der aktuellen Situation verglich und die Schwäche Israels konstatierte. Nasrallah stellte bei seinen Auftritten immer wieder den Bezug zur Situation im eigenen Land her und drohte, dass gegen das, was „Hizb Allah“ Israel für den Fall einer erneuten Konfrontation vorbereitet habe, der Konflikt von 2006 geradezu ein „Spaziergang im Park“ gewesen sei.

Im Libanon verfügt die „Hizb Allah“ im Vergleich mit anderen politischen Akteuren über den mit Abstand am effizientesten organisierten Parteiapparat. Die Funktionäre treten in der Öffentlichkeit diszipliniert und eloquent auf. Die Organisation vergibt Stipendien an Studenten und Akademiker für die besten Universitäten im Lande. Zumindest verbal ist die „Hizb Allah“ abgerückt von ihren früheren Forderungen nach Errichtung eines islamischen Gottesstaates im Libanon nach iranischem Vorbild. So stellt ein angemessener Umgang für die westlichen Staaten mit der „Hizb Allah“ eine ständige Herausforderung dar. Auf der einen Seite richtet sie ihre Strategie schon seit längerem auf die Machtkonsolidierung im Libanon; andererseits vereint sie neben ihrer sozial-politischen Basis auch einen bewaffneten Arm, der Israel bekämpft und seine Vernichtung proklamiert.

Bei den Parlamentswahlen im Juni hat das christlich-schiitische Bündnis eine Schlappe erlitten: die vom Westen unterstützte so genannte Koalition des 14. März um Saad Hariri kam auf 71 Sitze, während die pro-syrische Allianz zwischen „Hizb Allah“ und der christlichen Partei „Free Patriotic Movement“ unter Führung von General Aoun lediglich 57 Mandate erringen konnte. Gleichwohl konnte sich die „Hizb Allah“ in den schiitischen Landesteilen behaupten.

In Deutschland verfügt die „Hizb Allah“ über keine einheitliche Organisationsstruktur. Von den rund 55.000 in der Bundesrepublik lebenden Libanesen werden ihr etwa 900 zugerechnet. In (fast) jedem Bundesland existieren „Hizb-Allah“-nahe Vereine, die weitgehend unabhängig voneinander agieren. Die Aktivitäten der Mitglieder sind überwiegend religiöser Natur. Alljährlich werden Feierlichkeiten organisiert, die an den Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon im Jahr 2000 erinnern. Auch zu dem von Ayatollah Chomeni 1979 ins Leben gerufenen so genannten Al-Quds-Tag, der die internationale muslimische Solidarität mit den muslimischen Palästinensern ausdrücken soll, mobilisierten bundesweit „Hizb-Allah“-Anhänger zu einer zentralen Veranstaltung in Berlin. Während der Demonstration gegen den Gaza-Krieg in deutschen Städten waren vereinzelt Flaggen der „Hizb Allah“ und Abbildungen von Nasrallah zu sehen. Insgesamt zeichnet sich in den zurückliegenden Jahren ein leichter Rückgang der von ihren Anhängern in der Bundesrepublik ausgehenden Aktivitäten ab.

In Schleswig-Holstein sind lediglich Einzelpersonen als Sympathisanten bzw. Aktivisten der „Hizb Allah“ bekannt, die sich überwiegend unauffällig verhalten haben.

2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG)

Die IGMG ist seit Jahren Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes und zählt in Deutschland zu den größten legalistisch-islamistischen Organisationen. Gegründet auf der türkischen „Milli-Görüs“-Bewegung [„Nationale Sicht“] und noch immer unter der Führung des mit Politikverbot belegten ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan, strebt die IGMG als europäischer Ableger die Überwindung des türkischen Laizismus und die Schaffung eines national-religiösen türkischen Großreichs an. Die „Saadet Partisi“ [„Partei der Glückseligkeit“] fungiert als ihr politischer Arm in der Türkei. Angestrebt wird eine „gerechte Ordnung“, die auf dem Islam basieren soll, nicht nur in der Türkei, sondern weltweit. Auch wenn sich die Anzeichen einer Loslösung einiger Mitglieder vom strengen Erbakan-Kurs mehren, sind personelle und ideologische Verflechtungen zwischen der IGMG und der „Milli Görüs“ immer noch gegeben und damit auch die Verfassungsfeindlichkeit der Organisation. Beispielhaft dafür sei der Anti-Zionismus in der Weltsicht der IGMG ge-

nannt oder die Ungleichbehandlung von Mann und Frau. In der Ausgabe der „Milli Gazete“ - dem Sprachrohr der Bewegung - vom 9. Juni heißt es unter anderem:

„Und es gibt Rechte, die der Mann gegenüber der Frau hat, die Frau aber nicht gegenüber dem Mann. (...) Die sterbende Frau kehrt ins Paradies ein, wenn ihr Ehemann diesem zustimmt (...).“

In Deutschland erreicht die IGMG vermutlich weit über 100.000 Menschen, die Zahl ihrer Mitglieder bewegt sich bei rund 29.000. Die Geschicke der Organisation werden von der Zentrale in Kerpen (Nordrhein-Westfalen) gelenkt, an deren Spitze Osman Döring steht. Die IGMG verfügt über diverse Abteilungen, die hierarchische Strukturen aufweisen. Bedeutend ist unter anderem die Rechtsabteilung, die sich bei Aufenthalts- und Einbürgerungsfragen stark für Mitglieder einsetzt, aber auch die eigenen Interessen im Rahmen der Gesetze vertritt. Als Schwerpunkt ihrer Arbeit stellt sich jedoch der Bereich der Bildung und der Jugend dar. Die IGMG versucht, über einen Kinderclub, Nachhilfeunterricht und Sportangebote für Jugendliche, aber auch durch die Förderung von Studenten frühzeitig und kontinuierlich eine Bindung an die Organisation zu erreichen. Koranunterricht, regelmäßige Diskussionsrunden sowie Pilgerreisen in die Türkei sind ebenfalls Teil des umfangreichen Jugendprogramms.

Im Dezember wurden bundesweit mehrere Objekte der IGMG durch die Polizei und den Zoll durchsucht. Die Staatsanwaltschaft Köln ermittelt wegen des Verdachts des Spendenbetrugs und des Vorenthaltens von Sozialbeiträgen; die Schadenssumme soll mehrere Millionen Euro betragen. Während sich die Staatsanwaltschaft nicht zu Einzelheiten äußern wollte, sprach der IGMG-Generalsekretär Oguz Ücüncü von „haltlosen Vorwürfen“ und einem „verzweifelten Versuch, die IGMG zu kriminalisieren“. Das Verfahren ist derzeit nicht abgeschlossen.

Das „Islamische Zentrum e. V.“ in Rendsburg (IZR) stand im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein im Fokus des öffentlichen Interesses. Das IZR gehört mit seinen rund 100 Mitgliedern zu einem der zahlreichen Vereine in Deutschland, in dem sich die Anhänger der IGMG zusammengeschlossen haben. Neben Vereinen aus Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gehört das IZR auch dem „Bündnis der Islamischen Gemeinden Norddeutschlands e. V.“ (BIG) mit Sitz in Hamburg an. Die IGMG und das BIG stellen sich und ihre Arbeit im Internet unter „www.igmg.de“ und

„www.centrum-moschee.de“ (auch) in deutscher Sprache vor; das IZR unter „www.iz-rd.de“ jedoch überwiegend auf Türkisch.

Die offizielle Eröffnung der „Zentrums-Moschee“ in Rendsburg, die vom IZR betrieben wird, fand am 9. Oktober in Anwesenheit des IGMG-Generalsekretärs Ücücü und des Vorsitzenden des BIG, Ramazan Ucar, statt. Während die Bauphase kaum auf öffentliches Interesse stieß, löste der beantragte Gebetsruf heftige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Anwohnern und den Betreibern der Moschee aus. Es wurde von Toleranz und gegenseitigem Respekt, aber auch von Ängsten und Skepsis gesprochen. Die Entscheidung, ob und in welcher Form der Muezzin rufen darf, fällt in die Zuständigkeit der Ordnungsbehörde. Im Rahmen dieser Diskussion und der im Internet behaupteten Verbindungen des IZR zur IGMG äußerte ein Sprecher des IZR: „Wir machen hier nichts Illegales. Nichts, was der Gesellschaft schaden könnte. Wir verheimlichen nichts.“

Die Moscheegemeinde versucht, sich als eine tolerante, weltoffene Religionsgemeinschaft darzustellen, die sich darum bemüht, in friedlicher Koexistenz mit ihren christlichen Nachbarn zu leben. Die inneren Strukturen weisen jedoch IGMG-Bezüge auf.

Ob das IZR durch die repräsentative Moschee künftig eine zentrale Position innerhalb der IGMG-Gemeinden in Schleswig-Holstein und im norddeutschen Raum einnehmen wird, bleibt abzuwarten. Bei dem IZR handelt es sich um einen sehr engagierten Verein, der auf aktive Jugendarbeit besonderen Wert legt. Unter dem Aspekt einer möglichen Indoktrinierung wird dies von hier mit Sorge beobachtet. Inwieweit sich das Engagement des Vereins aber tatsächlich auswirkt, bleibt ebenfalls abzuwarten. Konkrete Auswirkungen, z. B. in Form von steigenden Mitgliederzahlen, sind bisher nicht bekannt.

2.5 „Tablighi Jama’at“ [„Gemeinschaft der Verkündung und Mission“]

Die „Tablighi Jama’at“ (TJ) stellt eine im Jahr 1926 in Indien gegründete islamische Missionsbewegung dar, die heute mit geschätzten 12 Millionen Anhängern zu den weltweit größten Bewegungen des Islams gehört. Neben Indien und Bangladesh

zählt Pakistan zu den wichtigsten Stützpunkten der TJ. Die europäische Zentrale befindet sich in Großbritannien.

Charakteristisch für die TJ sind deren Missionarsreisen, wobei eine Drei-Tage-Reise die Grundeinheit darstellt. Jährliche und längere Reisen bauen darauf auf, und von jedem TJ-Anhänger wird erwartet, dass er regelmäßig und unentgeltlich missionarisch tätig ist. Innere Einkehr und ein vorbildhaftes Leben nach einer streng fundamentalistischen Auslegung des Korans sollen andere Muslime religiös stärken, von einem Leben nach den Regeln der TJ überzeugen. Und obwohl die Bewegung keine politischen Forderungen stellt und Gewalt grundsätzlich ablehnt, ist es doch ihr Ziel, eine weltweite Islamisierung der Gesellschaft und damit die Etablierung eines islamischen Gottesstaates zu erreichen.

Die Beobachtung der TJ durch die Sicherheitsbehörden wird durch das Fehlen von Organisationsstrukturen, öffentlichen Publikationen oder einer Internet-Präsenz erheblich erschwert. Die Kommunikation innerhalb der TJ erfolgt grundsätzlich bei regelmäßigen Zusammenkünften über persönliche Kontakte. Diese Treffen finden nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland statt, z. B. im März in Hamburg und im Mai in Berlin.

In Schleswig-Holstein konnten im Berichtsjahr unter anderem in Lübeck TJ-Anhänger festgestellt werden, die die Moschee nicht nur für ihre Missionierungsaktivität nutzten, sondern auch TJ-Reisende betreuten. Eine Intensivierung der Tätigkeiten oder eine Zunahme von TJ-Anhängern konnte nicht beobachtet werden.

Die TJ bietet aufgrund ihres Islamverständnisses die Möglichkeit von Radikalisierungsprozessen und - wenn auch nicht beabsichtigt - logistische Unterstützung und Tarnung durch ihr weltweites Netzwerk. In Einzelfällen ist sogar belegt, dass Personen mit Terrorismus-Bezügen besonders die Infrastruktur der TJ für Reiseaktivitäten nutzen. Die Beobachtung der Bewegung durch die Sicherheitsbehörden ist daher mehr als geboten.

2.6 „Türkische Hizbullah“

Anfang der 1980er-Jahre schlossen sich im Südosten der Türkei unter dem Einfluss der iranischen Revolution von 1979 verschiedene kurdische Gruppierungen zusammen. Ihre überwiegend sunnitischen Anhänger bezeichneten sich zunächst als „Ilim“ (türkisch: Wissen) nach einem Buchladen in Diyarbakir, den der Gründer der Organisation, Hüseyin Velioglu, führte und in dem sich die Sympathisanten anfänglich trafen. Erstmals verwendete die Gruppierung die Selbstbezeichnung „Hizbullah“ im Jahr 2004.

Die „Türkische Hizbullah“ (TH), die keine organisatorische Anbindung an die „Hizb Allah“ im Libanon aufweist, befürwortet explizit gewaltsame Methoden zur Durchsetzung ihres Fernzieles: die Errichtung eines islamisch geprägten Kurdenstaates. Dabei ist die Gruppierung in einen politischen und einen militärischen Zweig untergliedert, deren jeweilige hierarchische Strukturen autonom agieren. In den 1980er- und 1990er-Jahren gingen zahlreiche Verbrechen auf das Konto der operativen Einheiten des militärischen Flügels der TH. Insbesondere die bewaffneten Auseinandersetzungen mit Anhängern der „Arbeiterpartei Kurdistans“ forderten in den 1990er-Jahren Schätzungen zufolge an die 2.000 Todesopfer. Ebenso gerieten Personen, denen ein „unislamischer“ Lebensstil vorgeworfen wurde, sowie moderate muslimische Geistliche in den Fokus der TH. Darüber hinaus entledigte man sich vermeintlicher Verräter in den eigenen Reihen, von denen etliche gefoltert und getötet wurden.

Im Januar 2000 gelang den türkischen Sicherheitskräften ein nachhaltiger Schlag gegen die Gruppierung, bei dem Velioglu ums Leben kam. Mit Hilfe des bei dieser Operation sichergestellten Hauptarchivs der Terrorgruppe konnte eine große landesweite Verhaftungswelle in Gang gesetzt werden. Das beschlagnahmte Datenmaterial brachte die grausamen Folter- und Tötungsmethoden der TH ans Tageslicht, und die Polizei konnte an verschiedenen Orten der Türkei hunderte von Massengräbern mit Opfern der „Hizbullah“ ausfindig machen.

Von diesem Schlag konnte sich die Organisation nur sehr langsam erholen. Die Führungsriege verschwand daraufhin fast ausnahmslos in türkischen Haftanstalten bzw. flüchtete ins Ausland, vornehmlich in die Niederlande und nach Deutschland. Die

türkische Polizei schätzt, dass sich in Europa unter Führung von Isa Altsoy etwa 200 Aktivisten aufhalten. Als Führer der Gesamtorganisation gilt der seit Mai 2003 in Diyarbakir inhaftierte Mehmet Besir Varol.

In der jüngeren Vergangenheit organisiert sich die TH in den kurdischen Gebieten der Türkei erfolgreich neu über Vereine. Nach dem Vorbild der HAMAS und der libanesischen „Hizb Allah“ engagiert sich die Organisation verstärkt im karitativen Bereich und tritt dabei nicht unter ihrem eigentlichen Namen auf. Der 2004 in Diyarbakir gegründete Verein „Mustaza-Der“ [„Mustaza-Verein“] hat inzwischen landesweit zahlreiche Zweigstellen eingerichtet. Im April 2006 gelang es diesem Netzwerk, für eine Großveranstaltung in Diyarbakir 80.000 Menschen zu mobilisieren. Insgesamt ist die TH aktuell in der Türkei sehr erfolgreich in der Rekrutierung und Mobilisierung neuer Anhänger.

In Deutschland existieren in mehreren Bundesländern Anlaufstellen für Sympathisanten der TH: Die Gruppierung agiert hochgradig konspirativ und rekrutiert nur nach gründlicher und zeitaufwendiger Vorbereitung neue Mitglieder, die fast ausschließlich aus dem kurdischen Teil der Türkei stammen. Die Sicherheitsbehörden stellen aktuell mit Besorgnis fest, dass die in Deutschland vorhandenen Netzwerk-Strukturen heute deutlich aktiver und gefestigter als noch vor wenigen Jahren sind.

Seit Anfang 2007 kann eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der TH beobachtet werden. In Lörrach (Baden-Württemberg) erscheint die Publikation „Yeni Müjde“ [„Neue frohe Botschaft“], während die Zeitschrift „Inzar“ [„Warnung“] mit einer Auflage von 20.000 in Istanbul (Türkei) hergestellt wird und auch in deutschen Moscheen ausliegt.

Ein Arbeitsschwerpunkt der TH liegt im Bereich der Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche. So versucht die Organisation schon frühzeitig, eine neue Generation von späteren Akteuren nachhaltig zu beeinflussen. Die TH-Publikation „Cocuk“ [„Kind“] richtet sich ausdrücklich an diese Altersgruppe.

In den genannten Zeitschriften werden klar antisemitische und antiamerikanische Standpunkte bezogen, die die integrationsfeindliche, islamistische und antiwestliche Grundhaltung der Organisation deutlich machen.

2.7 „Islamismus 2.0“ - Nutzung des Internets

In seiner Funktion als wichtigstes Kommunikations- und Propagandamedium erfüllt das Internet für Islamisten, und darunter insbesondere für transnational orientierte Netzwerke, eine zentrale Aufgabe und wird vielfältig genutzt. Das Engagement dieser „Cyber-Islamisten“ ist zwar zum großen Teil auf die virtuelle Welt beschränkt, kann aber auch jederzeit in reale Aktivitäten umschlagen. Denn gerade die salafistische Bewegung ist als moderne, globale und individualisierte Ideologie ohne institutionalisierte Strukturen untrennbar mit den neuen Medien verbunden und in ihrer besonderen Dynamik durch diese geprägt. Salafistische Inhalte dominieren die islamistischen Erscheinungsformen im Netz klar und werden von den Sicherheitsbehörden deshalb mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet.

Dabei kommen faktisch alle bekannten Internet-Formate, wie Internet-Seiten, „Blogs“ (Internet-„Tagebücher“) oder Diskussionsforen vor. Im missionarisch orientierten Salafismus spielen jedoch eher ansprechend aufgemachte informatorische Internet-Auftritte eine Rolle, während im *jihadistischen* Bereich andere (besser anonymisierbare und zum Teil passwortgeschützte) Formate, primär zur Kommunikation unter Gleichgesinnten, überwiegen. Aber auch audio-visuelle Medien, wie das Echtzeit-Konferenzportal „Paltalk“ oder der Internet-Telefonanbieter „Skype“, werden genutzt. Islamisten bedienen sich auch allgemeiner sozialer Netzwerke, wie z. B. „Facebook“, der Video-Plattform „Youtube“ oder des Studenten-Portals „Studi-VZ“, und können sich mittels Text-, Audio- und Videokommunikation, ob als „Privatnachricht“ oder an einer für alle sichtbaren „Pinwand“, in Echtzeit über alle denkbaren Themen austauschen.

Die Vorteile der Nutzung dieser Technik liegen auf der Hand: Das Internet bietet eine preisgünstige Möglichkeit des umfassenden Informationsaustausches, gewährt Anonymität, ermöglicht Kontakte zu Gleichgesinnten, Kommunikation und Vernetzung. Gerade transnational orientierte Salafisten können sich im Internet der Richtigkeit ihrer Überzeugungen versichern, indem sie sich hier - virtuell - als Teil einer einzigen großen Bewegung wahrnehmen, und schließlich ist über das Internet auch eine weitergehende Radikalisierung oder Rekrutierung für terroristische Zwecke möglich. In-

teressenten können hier z. B. auch Informationen über Schulungen oder Sprachaufenthalte bei einschlägigen Lehrinstituten im Ausland erhalten.

Salafistische Propaganda bedient sich unterschiedlichster Formate: So gibt es z. B. Online-Zeitschriften und digitale Handbücher, die Anleitungen zur ideologischen oder auch militärischen Schulung enthalten. Eine zentrale Rolle spielen jedoch Video- und Audio-Dateien mit Vorträgen, Predigten, Spendenaufrufen, Anschlagsbekennungen, Interviews mit Führern oder Verherrlichungen von „Märtyrern“ sowie sonstige Berichte zu den Themenfeldern, die für die Sympathisanten-Szene von Interesse sind. Grundsätzlich gilt: Je radikaler die Inhalte sind, umso schnelllebiger ist ihre virtuelle Präsenz. Dem Verfolgungsdruck der Sicherheitsbehörden ausgesetzt, weichen die Urheber solcher Inhalte dann teilweise auch auf unauffälligere Möglichkeiten zum Informationsaustausch aus, wie z. B. Portale, auf denen Dokumente hochgeladen und mit anderen Personen geteilt werden können. Hier können auch größere (Video-) Dateien bequem untereinander ausgetauscht werden. Allen diesen Internet-Aktivitäten ist das verschwörungstheoretische Motiv gemeinsam, den vermeintlich verfälschten, gesteuerten, verzerrenden Medien eine informationelle Gegenwelt entgegenzusetzen.

So gibt es eine große Anzahl von deutschsprachigen, ansprechend und professionell gestalteten Foren und Portalen mit einer gewaltlosen salafistischen Orientierung und starker missionarischer Ausrichtung. Zwar wird in diesen Foren nicht zu Gewalt aufgerufen, gleichwohl können sie einen Nährboden für weitergehende Radikalisierung bilden. Die Übergänge der salafistischen Richtungen sind, wie gezeigt, fließend, da es sich letztlich um dieselbe Ideologie handelt. In diesen Foren wird für eine salafistische Lesart des Islams als der einzig wahren Religion geworben, die im scheinbar modernen Gewand ein archaisches Menschen- und Gesellschaftsbild postuliert, das mit einer pluralistischen demokratischen Gesellschaftsordnung nicht vereinbar ist. Ob „Die wahre Religion“ oder „Einladung zum Paradies“ - die Namen dieser Seiten sind Programm: Hier können sich Interessierte Predigten zu theologischen, aber auch lebenspraktischen Fragen herunterladen, Video-Clips von Konversionen zum Islam anschauen, regionale Vortragstermine von bekannten Predigern erfahren oder auch telefonische Lebensberatung mit der Möglichkeit zur Konversion erhalten.

Im Berichtsjahr hat sich der Trend zur Professionalisierung und Diversifizierung der propagandistischen Internet-Nutzung fortgesetzt. Gerade auch salafistisch-*ji*hadistische Publikationen werden zunehmend aufwendig und qualitativ hochwertig gestaltet und die jeweiligen Zielgruppen direkter angesprochen. Die Internet-Aktivisten sind dabei mit besonderem Eifer am Werk, denn das Übersetzen und Weiterverbreiten von Inhalten gilt bei ihnen als Erfüllung ihrer Missionspflicht. Das wird vor allem im sprachlichen Bereich deutlich, wo Dokumente nicht nur immer zeitnaher und professioneller ins Deutsche übersetzt, sondern international eigens für einen bestimmten Sprachraum produziert werden. So zeigen die 2009 anlässlich der Bundestagswahl veröffentlichten Droh-Botschaften im Internet eine klare inhaltliche wie auch sprachliche Spezifizierung auf eine deutsche Zielgruppe. Das gilt insbesondere für die drei Videos von Bekkay Harrach (siehe dazu unter Nr. IV 2.2.2), aber auch für die von der *ji*hadistischen Medienstelle „Elifmedia“ produzierten Verlautbarungen deutscher *Mujahidin*-Gruppen in Afghanistan. Harrachs Botschaften hatten im Vergleich mit bisherigen deutschsprachigen Botschaften eine neue Qualität, was Ausführlichkeit, Dramaturgie und die vielfältigen Anspielungen auf aktuell in Deutschland diskutierte Themen betraf. Sie sollten die genauen Kenntnisse der *Jihadisten* von Deutschland demonstrieren, vor allem dienten die Videos aber der Rechtfertigung sowie der Rekrutierung: Während es in den beiden ersten Videos „Das Rettungspaket für Deutschland“ und „Sicherheit - ein geteiltes Schicksal“ (18. September) mit seinen gegen Deutschland gerichteten Drohungen hauptsächlich um Rechtfertigung ging, widmete sich das weniger bekannte dritte Video („Oh Allah, ich liebe Dich“, 20. September) unter dem Schatten rein religiöser Betrachtungen vor allem der Rekrutierung von neuen Aktivisten aus dem Kreis *ji*hadistischer Sympathisanten. Sehr subtil geht Harrach dabei auf die möglichen Vorbehalte seiner Zuhörer ein und versucht, ihnen die Ängste vor einer Beteiligung am gewaltsamen *Jihad* zu nehmen und die Vorteile des Märtyrertums zu erläutern. Es sei kein Hindernis, so Harrach, kein „perfekter Gläubiger“ zu sein; im Gegenteil könne der Gläubige auf dem „Schlachtfeld“ viel mehr Vergebung für seine Sünden erlangen als durch Fasten oder Gebet.

Es gibt mehrere deutschsprachige Diskussionsforen mit salafistischer Ausrichtung und teilweise deutlichen *ji*hadistischen Anklängen. Dabei wird von Seiten der Moderatoren versucht, eine Gratwanderung einzugehen zwischen der offenen Verbreitung ihrer *ji*hadistischen Ansichten und der pragmatischen Zurückhaltung von zu radikalen

Inhalten, um nicht ins Visier der Sicherheitsbehörden zu geraten. So haben die Administratoren eines Forums Regeln zur Einstellung von Inhalten aufgestellt: Dass das Verhalten der Nutzer mit ihrer Islam-Interpretation übereinstimmen soll und ihre Texte gegen keine salafistische Vorschrift verstoßen dürfen, versteht sich von selbst. Für Frauen und Männer gibt es neben dem allgemeinen Bereich zugangsbeschränkte separate Bereiche. Die „Leitung des Forums“ ging aber noch einen Schritt weiter und distanzierte sich explizit „von den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland“, deren „Rechtmäßigkeit gegenüber den Gesetzen Allahs“ sie nicht anerkennt. Eine „akademische Auseinandersetzung mit dem Thema *Jihad* und seinen Urteilen“ ist laut dem Regelwerk ausdrücklich zugelassen. Es dürfe auch „neutral über Geschehnisse auf den Schlachtfeldern“ berichtet werden. Nicht gestattet sei dagegen die Einstellung von „Veröffentlichungen der *Mujahidin*“, also z. B. einschlägige Video-Botschaften aus dem Umfeld des „al-Qaida“-Netzwerkes.

Die Benutzer dieses und vergleichbarer Foren geben sich teilweise martialisch anmutende Namen, wie z. B. „*Mujahid*“ [Kämpfer] oder „*Shahid*“ [Märtyrer], die Identifizierung der hinter den Pseudonymen stehenden Personen gestaltet sich häufig schwierig. Dennoch ist davon auszugehen, dass auch Personen aus Schleswig-Holstein in einschlägigen Foren aktiv sind.

Bemerkenswert ist, dass Frauen im Bereich der salafistisch-*jihadistischen* Internet-Propaganda nunmehr eine fest etablierte Rolle innerhalb des primär männlich dominierten Spektrums einnehmen. Sie bleiben zwar weiterhin vergleichsweise eine Minderheit, dennoch fallen immer wieder mutmaßlich weibliche Aktivisten auf, die - nicht weniger radikalisiert - salafistisch-*jihadistische* Inhalte ins Netz stellen, kommentieren oder weiterverbreiten. Obwohl oder gerade weil ihre Rolle in diesem Weltbild weitgehend auf die häusliche Sphäre und die Kindererziehung reduziert ist, scheinen sie von der Möglichkeit, vom heimischen Computer aus an der *jihadistischen* Medienfront zu kämpfen, bewusst Gebrauch zu machen. Einige bringen es dabei offensichtlich sogar zu einem gewissen Bekanntheitsgrad, viele arbeiten dagegen im Stillen und übersetzen z. B. islamistische Traktate.

3 Nicht islamistisch motivierter Extremismus mit Auslandsbezug: „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), ehemals „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

Die PKK stellt in punkto Anhängerzahl, Organisationsgrad und Mobilisierungspotenzial in Deutschland immer noch die bedeutendste Kraft im Bereich des säkularen Extremismus mit Auslandsbezug dar. Seit 1993 sind die PKK sowie ihre Teil- und Nachfolgeorganisationen in Deutschland nach § 20 Vereinsgesetz verboten. Sie gelten als extremistisch, da sie auf einer marxistisch-leninistischen Ideologie fußen, als zentralistisch geführte Kaderorganisationen konspirativ agieren, sich eigene Staatsfunktionen (unter anderem eine eigene Strafgewalt) anmaßen und - zumindest im Ausland - ihre politischen Ziele mit Gewalt in Form von Aufruhr, Besetzung öffentlicher Gebäude, Entführungen, Anschlägen, bewaffneten Angriffen etc. verfolgen. Die PKK steht aktuell auf der EU-Liste der terroristischen Organisationen.

Die PKK wurde 1978 unter der Führung von Abdullah Öcalan als Gegenbewegung gegen die staatliche Repression der Kurden in der Türkei gegründet. Die Hauptorganisation änderte mehrfach ihren Namen und baute eine verschachtelte Struktur von Teil- und Nebenorganisationen auf. Das Bundesministerium des Innern stellte im Juli 2009 klar, dass sich das vereinsrechtliche Verbot vom 22. November 1993 auf sämtliche weiteren Bezeichnungen der PKK erstreckt, namentlich auf KADEK, KONGRA-GEL, KKK und KCK. Daher einigten sich die Innen- und Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern, ab 2010 für die Gesamtorganisation wieder einheitlich die Bezeichnung „PKK“ zu verwenden.

3.1 Die PKK in Deutschland

In Deutschland verfügt die PKK über einen konspirativ und illegal operierenden, hierarchisch strukturierten Funktionärsapparat. Nach einem parteiinternen System ist die gesamte Fläche der Bundesrepublik Deutschland aufgeteilt in Zuständigkeitsgebiete, denen jeweils ein Kader als „Gebietsverantwortlicher“ zugeteilt wird. Der größte Teil Schleswig-Holsteins bildet zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern das „Gebiet Kiel“, das wiederum in einzelne Teilgebiete mit jeweils zuständigen Funktionären aufgeteilt ist. Zu den typischen Aufgaben dieser Funktionäre zählen z. B. der Verkauf von Publikationen und Eintrittskarten, die Spendensammlung und die Mobilisierung von Teilnehmern für Veranstaltungen.

Von den schätzungsweise 500.000 ethnischen Kurden in der Bundesrepublik Deutschland werden - seit Jahren konstant - 11.500 Personen zum festen Anhängerstamm der PKK gezählt. Die Anhängerschaft ist in Deutschland nahezu flächendeckend in Vereinen organisiert, die häufig dem Dachverband „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“ (YEK-KOM) angehören.

Die YEK-KOM tritt nach außen als selbständige Organisation auf, arbeitet aber im Sinne der PKK. Sie ist als Nachfolgeorganisation der 1993 vom Bundesministerium des Innern verbotenen PKK-Nebenorganisation „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland“ anzusehen. Nachrichtendienstlichen Informationen zufolge werden z. B. die Räumlichkeiten der YEK-KOM-Vereine auch für Treffen der so genannten Frontarbeiter und illegalen Kader der PKK genutzt.

In Schleswig-Holstein fungiert die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ (DKG) in Kiel als zentrale Anlaufstelle für die auf landesweit 650 Personen geschätzte Anhängerschaft der PKK. Die DKG ist Gründungsmitglied der YEK-KOM. Ihre Aktivitäten (z. B. Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, Feiern zu Jahres- und Gedenktagen, Fahrten zu Großveranstaltungen im In- und Ausland) sind überwiegend Teil bundes- oder europaweiter Kampagnen der PKK. Über die Veranstaltungen der DKG wird regelmäßig in der PKK-nahen Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ [„Neue Freie Politik“] und in dem ebenfalls PKK-nahen Fernsehsender „Roj TV“ berichtet.

3.2 Veranstaltungen

Mit einem Kanon jährlich wiederkehrender Veranstaltungen bindet die PKK ihre Anhänger an sich und verbreitet Organisationspropaganda. Die Großveranstaltungen ziehen allerdings auch zahlreiche unpolitische Gäste an, die die kurdische Kultur pflegen und Verwandte und Freunde aus ganz Europa treffen möchten.

Im Jahr 2009 fanden beispielsweise statt:

14. Februar	Großdemonstration in Straßburg (Frankreich) anlässlich des 10. Jahrestages der Festnahme Öcalans mit rund 10.000 Teilnehmern
8. März	Feier zum Weltfrauentag in Kiel (DKG)
20. März	Feier des kurdischen Neujahrsfestes „Newroz“ in Kiel (DKG)
21. März	Bundesweite Zentralveranstaltung (Demonstration und Feier) zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz“ in Hannover mit rund 15.000 Teilnehmern
4. April	Feiern zum 60. Geburtstag des PKK-Gründers Öcalan in Kiel (DKG) und Kaltenkirchen (Kreis Segeberg)
6. Juni	„Zilan-Frauenfestival“ in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) mit rund 4.000 Teilnehmern
14. Juni	Konzert mit dem kurdischen Sänger Sivan Perwer in Kiel (DKG)
11. Juli	„Mazlum-Dogan-Jugend- und Sportfestival“ in Köln mit rund 6.500 Teilnehmern
12. September	„17. Internationales Kurdisches Kulturfestival“ in Gelsenkirchen mit rund 40.000 Teilnehmern
10. Oktober	Großdemonstration in Straßburg anlässlich des 11. Jahrestages der Ausweisung Öcalans aus Syrien
13. Dezember	Feiern zum 31. Gründungstag der PKK in Kiel (DKG) und Lübeck

Darüber hinaus wurden in der DKG auch 2009 mehrere Gedenkfeiern für Guerillakämpfer der PKK abgehalten, die im Kampf gegen die türkischen Streitkräfte getötet wurden.

3.3 Einflussnahme über die Partei „DIE LINKE.“

Im Berichtszeitraum häuften sich die Anzeichen dafür, dass die PKK über die Partei „DIE LINKE.“ nachdrücklich versucht, in Deutschland politischen Einfluss zu gewinnen. Bundesweit traten auf zahlreichen Kundgebungen und Podiumsdiskussionen PKK-naher Organisationen auch Vertreter dieser Partei als Redner in Erscheinung. Laut „Yeni Özgür Politika“ vom 2. Februar veranstaltete die Partei „DIE LINKE.“ gemeinsam mit weiteren Organisationen, unter anderem dem „Alevitischen Kulturverein“, dem „Deutsch-Kurdischen Kulturverein“ (das heißt dem örtlichen YEK-KOM-Verein) und dem „Kurdischen Jugendausschuss“ in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) eine gemeinsame Kundgebung, auf der ein Vertreter des „Jugendrates“ forderte, dass alle kurdischen Jugendlichen die Aufgabe hätten, sich allerorts zu erheben. Die

in Deutschland lebenden kurdischen Jugendlichen seien außerdem verpflichtet, auf demokratische Weise mit Jugendlichen aus Deutschland und anderen Nationen gegen das kapitalistische und faschistische System zu kämpfen, das Europa ihnen aufdränge.

3.4 Enttäuschte Hoffnungen in der Türkei

Zur Jahreswende 2008/2009 gab es in der Türkei erste Anzeichen, dass die gegenwärtige Regierung die Restriktionen gegen die kurdische Sprache und Kultur lockern könnte. So nahm am 1. Januar der kurdisch-sprachige staatliche Fernsehsender „TRT 6“ den Sendebetrieb auf.

Bei den türkischen Kommunalwahlen am 29. März errang die pro-kurdische „Partei für eine Demokratische Gesellschaft“ (DTP) beachtliche Wahlerfolge. Zuvor war der Wahlkampf von den Kurden in Deutschland mit reger Anteilnahme verfolgt worden - die PKK hatte alle Sympathisanten in Deutschland dazu angehalten, ihre Angehörigen in der Türkei telefonisch zum Wählen der DTP zu motivieren. Massenweise Verhaftungen von DTP-Politikern in der Türkei nach der Wahl führten zu einer Protestwelle in Deutschland, unter anderem zu einer Demonstration der DKG in Kiel am 25. April.

In dieser Ausgangslage erklärte die PKK-Führung am 13. April eine „einseitige Waffenruhe“ zunächst bis zum 1. Juni, später bis zum „Ramadan“-Fest am 22. September. Der inhaftierte PKK-Gründer Öcalan kündigte an, im August in einer so genannten Roadmap darzulegen, wie der Kurdenkonflikt auf friedlichem Wege gelöst werden könne.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten signalisierte die türkische Regierung Dialogbereitschaft mit den Kurden, dabei richtete sie sich an die Partei DTP. Sie verkündete Pläne zu einer „demokratischen Öffnung“, das heißt zu einer Anerkennung von Volksgruppen als Minderheiten und zu einer Stärkung ihrer Rechte in der Türkei. Diese Entwicklung wurde von den Kurden in ganz Europa mit einer Mischung aus Hoffnung und Misstrauen aufgenommen. Die PKK verhielt sich abwartend, offizielle Verlautbarungen erfolgten in gemäßigtem Ton. Die PKK-Guerillakräfte verzichteten auf eigene Offensiven, lieferten sich jedoch fast täglich Gefechte mit den türkischen Streitkräf-

ten. Die Rekrutierung neuer Guerillakämpfer wurde unvermindert fortgesetzt; beispielsweise berichtete die „Yeni Özgür Politika“ am 9. November:

„Entgegen der Bemühungen des türkischen Staates schließen sich immer mehr Jugendliche den Guerillakräften an. So hat sich die Zahl der Guerilla laut Angaben der ‚Volksverteidigungskräfte‘ (HPG) seit Juli 2009 um genau 486 neue Kämpfer erhöht. Gerade erst haben wieder 46 Guerillaaanwärter ihre Ausbildung in den Medya-Verteidigungsgebieten beendet. Zu diesem Anlass (hielt) ein Mitglied im Kommandorat der HPG eine Rede (...). Darin hieß es, dass die Guerillakräfte für die Weiterentwicklung der Phase des demokratischen Friedens verstärkt werden müssten.“

Öcalans „Roadmap“ wurde von der türkischen Regierung nicht veröffentlicht. Der begeisterte Empfang einer „Friedensdelegation“ von PKK-Guerillakämpfern in mehreren Städten der Türkei führte zu einem innenpolitischen Eklat: Nationalisten schürten die Angst vor einer Spaltung der Türkei und erinnerten an die schätzungsweise 40.000 Todesopfer der militärischen Auseinandersetzungen seit 1984.

Als sich abzeichnete, dass die türkische Regierung Öcalan und die PKK nicht als Verhandlungspartner akzeptieren und die türkische Armee die Militärschläge gegen die PKK-Guerillas nicht einstellen würde, verschärfte sich der Konflikt erneut. Klagen Öcalans über eine angebliche Verschlechterung seiner Haftsituation lösten Ende November eine Welle von Demonstrationen aus, die in der Türkei schnell bürgerkriegsähnlich eskalierten und mindestens ein kurdisches Todesopfer forderten. Am 7. Dezember brach eine PKK-Guerillaeinheit den „einseitigen Waffenstillstand“ mit einem Anschlag auf einen Militärkonvoi, sieben türkische Soldaten starben. Am 11. Dezember verbot das türkische Verfassungsgericht die pro-kurdische Partei DTP. Als Reaktion auf diese Ereignisse in der Türkei demonstrierten Kurden in vielen westeuropäischen Städten; PKK-Sympathisanten besetzten in Großbritannien und in der Schweiz Gebäude von Sendeanstalten und Menschenrechtsorganisationen. In der Kieler Innenstadt veranstaltete die DKG am 19. Dezember eine friedliche Demonstration mit rund 100 Teilnehmern.

Die Reaktion der PKK auf das Verbot der einzigen pro-kurdischen Partei, die im türkischen Parlament vertreten ist, blieb moderat - letztlich erhebt die PKK den Anspruch, allein die legitime und wirksame Vertreterin kurdischer Interessen zu sein.

3.5 Exekutivmaßnahmen - PKK benennt Deutschland und Frankreich als Feindbild

Durch die Staatsanwaltschaft Flensburg wurden ab 2007 Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 Strafgesetzbuch gegen den ehemaligen PKK-Gebietsverantwortlichen und zwei seiner Nachfolger für das „Parteigebiet Kiel“ geführt. Im Verlauf der Ermittlungen konnten mehrere PKK-Aktivisten identifiziert werden, die als weitere Beschuldigte in die Verfahren aufgenommen wurden. Bei einer länderübergreifenden Durchsuchungsaktion am 26. Februar konnten die Landeskriminalämter Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern umfangreiches Beweismaterial sicherstellen.

Weitere polizeiliche Durchsuchungen in Objekten mit PKK-Bezug gab es im Juni bei einem kurdischen Verein in Heilbronn (Baden-Württemberg); im Dezember wurden die Wohnungen von elf kurdisch-stämmigen Personen in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen durchsucht.

Im Berichtsjahr wurden in Nordrhein-Westfalen und Hessen PKK-Funktionäre zu Freiheitsstrafen verurteilt wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, schwerer Brandstiftung, versuchter Brandstiftung und Nötigung.

Die Verhaftung mehrerer PKK-Funktionäre im Juni in Frankreich führte dort zu wütenden Protesten von Sympathisanten. Frankreich und Deutschland wurde aufgrund der Exekutivmaßnahmen eine kurdenfeindliche Politik unterstellt. In ihrer Juli-Ausgabe schreibt die PKK-Zeitschrift „Serxwebun“ [„Unabhängigkeit“]:

„Deutschland und Frankreich verfolgen der PKK gegenüber eine aggressivere Politik als die Türkei. Sie profitieren vom Krieg und wollen den Konflikt aufrechterhalten. Das hat das Vorgehen gegen kurdische Patrioten gezeigt.“

Weiter heißt es:

„Deutschland droht damit, das Aufenthaltsrecht Tausender Kurden aufzuheben und sie wieder in die Türkei zu schicken. Einige kurdische Jugendliche werden zu Agententätigkeit und Kollaboration genötigt. Das ist das wahre Gesicht Europas. Es ist angebracht und richtig, wenn unser Volk dieser Haltung Frankreichs, Deutschlands und der Europäischen Gemeinschaft mit großer Wut und großen Reaktionen begegnet.“

3.6 Finanzierung

Die PKK finanziert sich durch die Mitgliedsbeiträge der YEK-KOM-Vereine, durch monatliche Spenden, durch den Verkauf von Publikationen und von Eintrittskarten für Veranstaltungen, in erster Linie aber durch die jährlich mit dem „Internationalen Kurdischen Kulturfestival“ beginnende Spendenkampagne. In Deutschland erbringt die Spendensammlung regelmäßig Millionenbeträge. Um keine Ansatzpunkte für Exekutivmaßnahmen zu bieten, wurde die Spendensammlung 2009 äußerst konspirativ durchgeführt. Die PKK schätzt die jeweilige Einkommenssituation und legt im Voraus fest, wie viel „Revolutionssteuer“ jede kurdisch-stämmige Familie zu zahlen hat. Bei Gewerbetreibenden können dies unter Umständen vierstellige Eurobeträge sein.

In Schleswig-Holstein gab es erneut keine Hinweise auf Gewaltanwendung bei der Spendensammlung. Seit Jahren setzt die Organisation eher auf psychologischen Druck, beispielsweise durch den Einsatz von kriegsversehrten Veteranen der Guerillaeinheiten als Spendensammler und durch die drohende soziale und geschäftliche Ausgrenzung von Spendenverweigerern. Aber auch die freiwillige Spendenbereitschaft ist bei den Kurden in Schleswig-Holstein offenbar hoch.

Die Geldmittel werden vorrangig zur Finanzierung der Guerillaeinheiten, zur Aufrechterhaltung der konspirativen und der offenen Organisationsstrukturen der PKK und zum Betrieb des Fernsehsenders „Roj TV“ verwendet.

3.7 Ausblick

Das Verhalten der PKK-Anhänger in Deutschland hängt unmittelbar von der Entwicklung des Kurdenkonfliktes in der Türkei, von der Gesamtstrategie der PKK-Führung im Nord-Irak und von dem Befinden des inhaftierten PKK-Gründers Abdullah Öcalan ab. Als hierarchisch und straff geführte Kaderorganisation ist die PKK in der Lage,

ihre Anhänger zu abgestuften Formen des Protestes von friedlichen Kundgebungen bis hin zu Gewalttaten gegen Leib und Leben zu mobilisieren. Derzeit hält sie ihren „Friedenskurs“ in Europa aufrecht und versucht weiterhin, auf der politischen Bühne Einfluss zu nehmen. Deutschland wird als Rückzugsraum und als ergiebiges Spendenreservoir benutzt, daher ist eine Ausweitung militanter Aktionsformen auf Deutschland eher unwahrscheinlich. Einzelaktionen, wie z. B. der Brandanschlag einer so genannten Apoistischen (das heißt Öcalan-treuen) Jugendinitiative auf vier Autos in Berlin am 27. November, werden in der Regel so verübt, dass sich ein Handeln auf Befehl der PKK nicht juristisch beweisen lässt.

In der Türkei knüpft die PKK einen Friedensschluss an Bedingungen, die für den türkischen Staat unannehmbar sein dürften. Gefordert werden beispielsweise eine Akzeptanz als gleichberechtigter Verhandlungspartner sowie eine weitgehende Selbstverwaltung der Kurdengebiete mit einer bewaffneten Kurdenmiliz. Die Wahrscheinlichkeit für eine Fortsetzung der Kampfhandlungen in der Türkei ist daher hoch, zumal eine friedliche Lösung des Kurdenkonfliktes in letzter Konsequenz die Macht der PKK schwächen würde.

**4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerzahlen der extremistischen
Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und
Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2007 bis 2009**

	2007	2008	2009
Türkische Organisationen			
• linksextremistische Gruppen	50	50	*
• islamistische Gruppen	480	470	490
• extrem-nationalistische Gruppen	450	420	400
Kurdische Organisationen	650	650	650
Iranische Organisationen	25	25	25
Arabische Organisationen sowie nicht eindeutig zuzuordnende Einzelpersonen aus dem Spektrum arabischer Islamisten	80	85	95
Gesamt Land	1.735	1.700	1.660
Gesamt Bund	58.420	59.470	60.980

* Es sind nur noch Einzelmitglieder vorhanden, deren Anzahl nicht konkret beziffert werden kann.